Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 229 13. MAI 1978
Redaktionsschluß : Donnerstag, 16 Uhr, Tel. 0611/ 70 43 52
Einzelverkaufspreis: 1,5o DM incl. 6% MWST.

D 1870 CX

frankfurter
informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

Das besetzte Haus in Frankfurt, Bockenheimer Landstr. 93, soll geräumt werden - siehe Seite 15

Fortsetzung : Letzte Seite

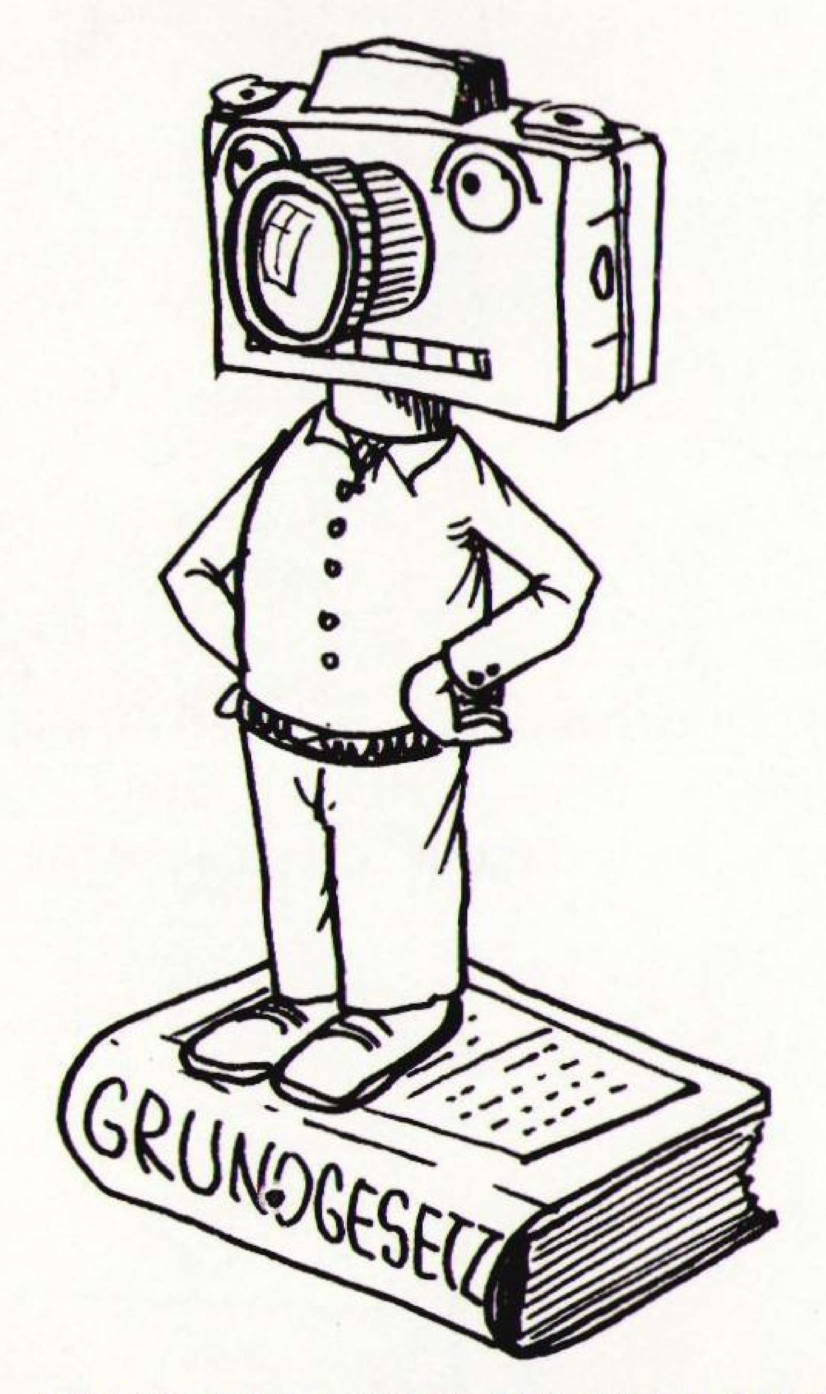
abonnement gegen voraus-kasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf
**postscheckkonto
52 52 28 – 602
postscheckamt frankfurt** (blz 500 100 60)
bitte **stichwörter** angeben: „neuabo" , „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.

HAUSMITTEILUNG

Liebe Abonnenten,
zur Zeit erreichen uns viele Postkarten und Briefe mit der Frage:"Warum muß ich auf meinem Adressaufkleber schon wieder die Fragezeichen sehen? Ich habe doch erst vor kurzem bezahlt. Jetzt sind die Zeichen zu sehen und die Zahl der bezahlten Exemplare hat sich verringert". Die Antwort auf diese Frage ist die folgende: "Während des Russells-Tribunals erschien der ID neun Tage lang täglich und wurde in einer Auflage von 5000 Exemplaren täglich in der BRD verteilt. Die Tagesausgaben wurden am Ende der Woche zusammengeheftet und an die Abonnenten verschickt. Die tägliche Ausgabe des ID hat sehr viel Geld gekostet. Da die Ausgaben, die an die Abonnenten verschickt wurden einen großen Umfang hatten, haben wir im ID 219 vorgeschlagen, daß wir den Abonnenten für die beiden Sammelausgaben je 4,50 DM berechnen. Das sind für die beiden Ausgaben sechs Exemplare, die von euren Guthaben abgezogen wurden. Üblicherweise berechnen wir 1,50 DM pro Ausgabe des ID. Durch den höheren Preis mußten wir noch zusätzlich vier Exemplare von eurem Guthaben bei uns abziehen.Wer also vor dem Tribunal bis zur Nummer 240 bezahlt hatte, der hatte nach dem Tribunal nur noch bis zur Nummer 237 bezahlt. In der Hoffnung, vielen Fragern eine Antwort gegeben zu haben,
ID

NEUES VOM BILDERDIENST

– Bilder von der Frauendemo in Frankfurt –
Bilder von den 1. Mai Unruhen in Paris.
Wenn ihr diese oder andere Bilder braucht, schreibt an: ID Frankfurt a. M. 90, Postfach 900343, oder wenn es schnell gehen soll, ruft an: Tel. 0611/704352



GRÜNER JAHRMARKT IN FRANKFURT

FRANKFURT
10. Mai

Vom 19. – 21. Mai 1978 findet nun endlich der GRÜNE JAHRMARKT in Frankfurt auf dem "Dippemess"-Gelände am Ratsweg statt. Zu erreichen ist der Ort des Jahrmarkts über die Straßenbahnlinien 18. 20, 25.
Am Freitag werden die Stände und Ausstellungen, am Donnerstag das große Zelt aufgebaut (7.30 Uhr, kommt massenhaft!). Es wird mehrere Großveranstaltungen und Diskussionen über Ökologie geben, u.a. mit W. Mossmann, C. Amery, Klaus Traube und Andre Gorz. Ebenso sind Diskussionen über die Beteiligung von GRÜNEN LISTEN an Parlamentswahlen vorgesehen. Dazu kommen Theater, Musik, Folklore, Informationen über Indianer und jede Menge Ausstellungen über die verschiedensten ökologischen Ansätze. Nach dem Willen der Veranstalter–Initiative soll der GRÜNE JAHRMARKT allerdings mehr sein als die bloße Anhäufung von Veranstaltungen und Ständen. Machen wir mehr draus!
Alle Menschen und Gruppen, die mithelfen wollen, wenden sich bitte schnellstens (spätestens bis 15. Mai) an:

"GRÜNER JAHRMARKT"c/o Distel, Kurfürstenstr. 16 H, Tel. 0611/779405 oder die Buchhandlung "Karl Marx" Jordanstr. 11!
Dort kriegt ihr auch das genaue Programm und die Eintrittskarten im Vorverkauf für die großen Musikveranstaltungen.

PROZESS GEGEN BESUCHER DES ROCK–FESTIVALS IN SCHEESSEL

LÜNEBURG
10. Mai

Letztes Jahr war für Scheeßel ein Rockfestival mit einem Haufen guter Gruppen angesagt. Viele der guten Gruppen sind nicht gekommen, der Veranstalter hat sich noch während des Festivals aus dem Staub gemacht und es kam zu Schlägereien zwischen der Polizei und den betrogenen Besuchern. Unter anderem ging die elektrische Anlage zu Bruch. Am 9. Mai hat nun in Lüneburg der Prozeß angefangen, in dem die verhafteten Besucher verantwortlich gemacht werden sollen. Dazu werden immer noch Augenzeugen oder bereits verurteilte Besucher des Festivals gesucht.

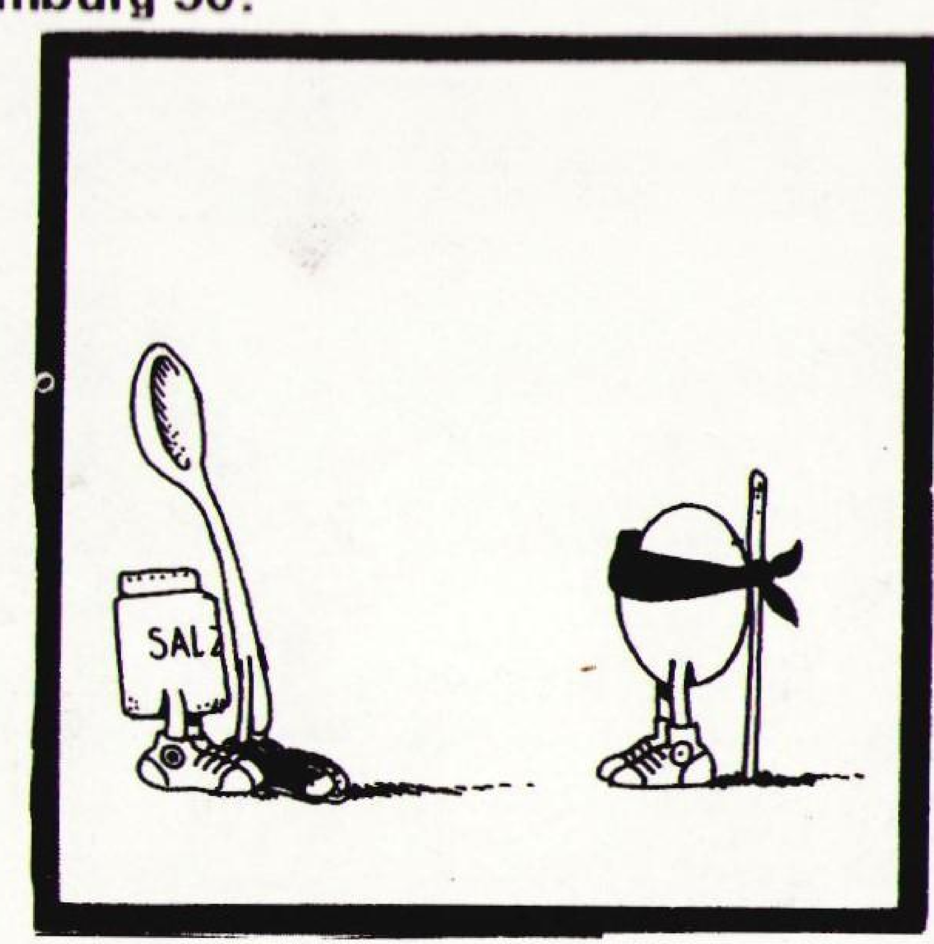
Kontakt: H. Holst, Hindenburgstr. 3b, 2120 Lüneburg

STROMPREISBOYKOTT

Am 19. bis 21. Mai findet das zweite Bundestreffen der Stromzahlungsboykottinitiativen in der Nähe von Dortmund statt, und zwar im:
Katholischen Jugendhaus der Gemeinde Ende-Syburg, Vaerstenberg 44, 5804 Herdecke-Ostende, Tel. 02330/70681.
Anmeldungen bei: Theo Hengesbach, Gr. Heimstr. 66, 46 Dortmund 1, Tel. 0231/104694

WO GIBT'S DEN AUFKLEBER „ATOMKRAFT PFUI DEIBEL" ?

Wir haben im ID Nummer 226 einen Aufkleber „Atomkraft – Pfui Deibel" abgebildet. Weil der offensichtlich manchem gefällt, hier die Adresse über die er zu beziehen ist:
E. Abelbeck, c/o Mechanische Vervielfältigung, Lobuschstr. 7 2000 Hamburg 50.



NEUER AKW-FILM

BIELEFELD
3. Mai

Die Projektgruppe Film an der Fachhochschule Bielefeld hat einen Anti-AKW-Film fertiggestellt, der die Entwicklung der AKW-Bewegung am Beispiel Grohnde schildert. Der Film ist im 16-mm-Format, schwarz/weiß mit Magnetton und dauert 26 Minuten.
Zu beziehen über: Antje Verleger, Walter-Rathenau-Str. 62, Bielefeld

ARGENTINIEN–INTITIATIVGRUPPE GEGRÜNDET

FRANKFURT
10. Mai
Anläßlich der Fußballweltmeisterschaft hat sich auch in Frankfurt eine Argentinien–Initiativgruppe gebildet.

Ziel dieser Gruppe ist es, über die politischen und ökonomischen Verhältnisse in Argentinien und deren Unterstützung vom Ausland zu informieren (ID 224) sowie den Zusammenhang von Sport und Politik aufzuzeigen.

Geplant sind Info-Stände, Filme, Veranstaltungen sowie die Wanderausstellung "Fußball und Folter – Argentinische Realität", deren Termine noch bekanntgegeben werden.

Kontaktadresse: Hermann, Tel., 0611/ 559765

ERFAHRUNGSBERICHTE AUS SELBSTVERWALTETEN JUGENDZENTREN

NEUSS
8. Mai
Die Neusser-Jugendinitiative für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung benötigt dringend Erfahrungsberichte über bestehende selbstverwaltete Jugendzentren; auch solche, die noch im Aufbau stehen.
Kontakt: Inge Teichmann, bei Burchert, Sternstr. 38, 4040 Neuss

BERICHTIGUNG:

Durch eine Notiz in einem ID vom Herbst 1977, in der wir Material über sozialwissenschaftliche Untersuchungen über KKW–Bürgerinitiativen suchten, haben wir neben dem Frankfurter Batelle-Institut und dem Institut für Zukunftsforschung Berlin auch die Berghof-Stiftung erwähnt und damit den Eindruch erweckt, die Berghof-Stiftung arbeite im Auftrag von Regierung und Atom-Industrie. Das ist natürlich Quatsch.

Nebenbei erwähnt: Das Münchner Finanzamt hat der Berghof-Stiftung (nach deren Angabe) kürzlich die Gemeinnützigkeit aberkannt.

Kontakt : AG krit. Sozialwissenschaftler im AK Umwelt Bielefeld, Jakob-Kaiser-Str. 2 c, 48 Bielefeld 1

BILDDOKUMENTE ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

STUTTGART
Mai 78
Die "Studiengruppe zur Geschichte Arbeiterbewegung" in Stuttgart – ein Non-Profit-Unternehmen – hat nach dem Reprint der Protokolle des Internationalen Sozialistenkongresses von 1907 nun eine zweite Veröffentlichung vorgelegt: eine 24 großformatige Blätter umfassende "Bilddokumentation zur Geschichte der Arbeiterbewegung". Die Mappe enthält eine Reihe von Porträts, u.a. Marx, Liebkencht, Luxemburg, Fotodokumente aus dem 1. Weltkrieg, Bilder der Industrialisierung, Kinderarbeit, Frauenrechtlicherinnen, sowie Reprints der Arbeiterpresse aus der Jahrhundertwende. Die stabile Mappe (Format 33 x 42 cm) kostet 19.80 DM zuzügl. Porto; übliche Rabatte für Wiederverkäufer.

In den Empfehlungen für den Gebrauch heißt es u.a., daß das Material ausgezeichnet für Jugendzentren, Seminare, vor allem aber auch als Kleinausstellung geeignet sei., z.B. zur Geschichte der Repression in Deutschland.

Bezug: Studiengruppe, Neckarstraße 178, 7000 Stuttgart 1



LESERBRIEF ZUM WALPURGNISNACHT–BERICHT

BIELEFELD *Ein ID-Leser aus Bielefeld schreibt dazu:*
10.Mai
Im ID Nr. 228 lese ich zur Walpurgisnacht 78 du hattest Wut "auf die Linken die mit treudoofen Solidaritätskundgebungen unbedingt an der Seite ihrer Freundin mitlaufen mußten" und auf solche "die mit naivem Lächeln von dem Fenster ihrer Wohngemeinschaft aus zuwinkten" und noch auf andere. Das macht mich betroffen. Erste Frage, wie soll ich mich verhalten. Anläßlich der Walpurgisnacht mich zurückziehen hinter die Tageszeitung das kann ich nicht. Da werden auf der Straße Vorwürfe laut. Vorwürfe gegen Männer. Berechtigte, aber schon das Zuhören wird mir als Beschwichtigungsversuch und Heuchelei ausgelegt. Ich behaupte: mir ist klar, daß Leben von Männern dominiert ist, so was wie linke Bewegung auch. Deine Wut auf Männer und auf Linke ist mir verständlich. Du glaubst mir kein Wort davon.
Hennig Schweichel, Detmolder Str. 623, 48 Bielefeld 18, Hillegassen

BLUMEN FÜR ANDREAS BAADER, GUDRUN ENSSLIN UND JAN–CARL RASPE

FRANKFURT
10. Mai
Wir haben, aus uns unverständlichen Gründen anonym, einen Aufruf zu einer Aktion erhalten. Es wird vorgeschlagen am 19. Mai die Gräber von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan–Carl Raspe mit Blumen zu schmücken. In dem Aufruf heißt es dazu:

"Zum einen sollten wir Gudrun, Jan–Carl und Andreas nicht so schnell vergessen und zum anderen finden wir, daß die Beerdigung zu ruhig und resigniert verlaufen ist. Und um zu zeigen, daß unsere Trauer immer noch da ist und unsere fröhliche Spontaneität nicht bgebrochen ist, rufen wir euch alle auf: Übersät die Grabstellen mit soviel Blumen wie es euch möglich ist."

Wenn ihr Blumen schicken wollt, geht in das nächste Blumengeschäft und gebt den Auftrag für folgende Namen und Adressen:

Dornhalden-Friedhof, Dornhalde 1 a, 7000 Stuttgart-Degerloch, Gudrun Ensslin–Abt. 99/5. Reihe, 5. Grab/Nr. 8749
Jan–Carl Raspe und Andreas Baader, gleiche Adresse, Abt. 99/5. Reihe, 6. Grab/Nr. 8750

§ 88a PROZESS, IN KÖLN

AM ERSTEN VERHANDLUNGSTAG WIRD DER ANGEKLAGTE FESTGENOMMEN

Köln, 11. Mai
Am 11. Mai 1978 wurde in Köln das erste Verfahren wegen § 88a eröffnet. Angeklagt ist der ehemalige Geschäftsführer des Buchladens "Der andere Buchladen" Friedhelm Becker. Anlaß für die Klage war die am 18.8.1976 bundesweit durchgeführte Suchaktion nach einer Ausgabe des "Revolutionären Zorn", einer Zeitung der Revolutionären Zellen.

Nach einigen Anträgen der Verteidigung, die nach bundeseinheitlicher Verfahrensweise allesamt abgelehnt wurden, zog der vorsitzende Richter einen Schrieb aus der Tasche, um dem Angeklagten mitzuteilen, daß er verhaftet sei. Es sei zu befürchten, daß er den Ablauf der Verhandlung stören werde. Hintergründig wurde auch auf die Gefahr der Verdunklung hingewiesen.

Nach dem Sitzungsende wurde Friedhelm aus dem Gewahrsam entlassen, da sonst über Pfingsten ein Haftbefehl erlassen werden müßte.

Friedhelm hatte bis zu diesem Zeitpunkt noch kein Wort gesagt, aus dem Zuschauerraum war nur einmal das Wort 'Scheiße!' zu hören.

Kontakt: Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln 41, Tel.: 0221/420214

1.MAI-DEMONSTRATION IN PARIS: MEHR SCHWULE ALS METALLARBEITER

PARIS 1.Mai *Die 1.Mai-Demonstration war der Ausdruck vom jetzigen Desaster der traditionellen französischen Linken (PCF, PS, CFDT und FO). Während die letzten Jahre meistens 40 - 60 000 Leute demonstrierten — 2/3 davon für eine linke Regierung und das gemeinsame Programm von Sozialisten und Kommunisten — waren es diesmal nur 25 000 Leute insgesamt. Nach ‚Liberation' waren die Schwulen zahlreicher als die Pariser Metallarbeiter und die Frauen mehr als die Gruppen der Gewerkschaftsorganisationen.*

Verlorene Wahlen, Linksbündnis und gemeinsames Regierungsprogramm in Auflösung, ein Montag mit ziemlich miesem Wetter, das waren die Bedingungen für den 1. Mai 1978. Ein Frankfurter Genosse schickte uns folgenden Bericht über die Demonstration:

„Mit einer müden Morgendemonstration der ML-er (etwa 1000 Leute) und einer anderen von Leuten der ‚Federation Anarchiste' fing es an. Die Nachmittagsdemonstration der Gewerkschaften, an die sich seit Jahren verschiedene trotzkistische Organisationen anschließen, seit 2-3 Jahren aber auch Frauengruppen, Schwule, Soldatenkomitees, ausländische Emigranten und die Regionalisten u.a. war jämmerlich. Es war ein kümmerlicher, recht unzusammenhängender Trauerzug, die Parolen der Gewerkschaften, zumal der CGT, waren ohne Aussagen und wurden auch nicht aufgegriffen. Lebendig wurde es nur, als die von Gewerkschaften und Parteien unabhängigen Gruppen vorbeikamen. Sie stellten übrigens die stärksten Kontingente: illegale Soldatenkomitees mit vermummten Gesichtern, die Emigranten aus Lateinamerika, dem Iran, Spanien und Nordafrika, darunter 3000 Mietstreiker der ‚Sonacotra' (einer schon seit drei Jahren bestreikten Wohnheimgesellschaft für Arbeitsemigranten); die Frauen, die Schwulen, die linkskatholische Jugend (Jeunesse Ouvriere Catholique), einzelne CFDT-Gruppen und das ‚Flip'Häuflein (Front de liberation des intoxiques permanents — Befreiungsfront der permanent Vergifteten (?)).
Da war es lustig, da wurde gesungen, getanzt, gelaufen, die Parolen trafen und kamen auch bei den Zuschauern gut an.

Den Schluß des Zuges bildeten starke Kontingente der trotzkistischen extremen Linken mit ihren langen rhythmischen Parolen und dem traditionellen Wald roter Fahnen. Zum demonstrieren kamen sie allerdings nicht mehr so recht, denn inzwischen hatte es vorne an der Bastille schon mächtig gescheppert.

Festzuhalten ist aber die schon seit ein paar Jahren zu beobachtende Tendenz: die Linksradikalen, von Gewerkschaften und Parteien unabhängigen Gruppen, werden für die 1.Mai-Demonstrationen allmählich bestimmend. Sie hatten sich von den Wahlen die Revolution nicht erhofft und waren denn auch nicht so enttäuscht. Soweit der Bericht über den ersten Demonstrations-Bericht ‚Place de la Republique - Bastille'.

Zum zweiten Teil, dem Rückweg ‚Bastille-Republique' ist vorauszuschicken, daß die Vermarktung des Mai 68 durch die Medien (Bücher, Film,Fernsehen,Zeitungen etc.) auf vollen Touren läuft. Das war für viele zu viel. Es lief etwa so ab:

Ganz zu Anfang hatten Autonomengruppen (nur schwer zu bestimmende Anarchogrüppchen, die in letzter Zeit oft aus dem Schutz größerer Demonstrationen Putz angefangen haben, es gab aber auch einmal eine Koordinationskonferenz der autonomen Gruppen von Paris) gleich bei der Bastille die zweigeschossige Glasfassade eines Möbelgeschäftes eingeschmissen. Darauf war es zu Auseinandersetzungen mit dem Ordnungsdienst der CGT gekommen. Anschließend defilierte der Gewerkschaftsteil der Demonstration zur Bastille und löste sich dort auf. Viele Leute gingen wie eh und je ein Stück zurück, um sich den Rest der Demonstration anzusehen.



1. Mai Paris: Uruguay Solidarität

Inzwischen waren auch die Frauen-, Schwulen- und etliche Emigrantengruppen an der Bastille angenommen. Die lösten sich aber nicht auf, sondern blieben dort und der Platz wurde immer voller. Die Bullen hatten ihn nicht abgeriegelt, sondern standen etwas abseits in Seitenstraßen. Ein paar bewachten das zerdepperte Möbelgeschäft. Dann sah einer in einer Seitenstraße Bierflaschen auf die Bullen fliegen, eine Demonstrantin sagte, sie hätte beinahe einen der 2-3 Mollies (sonst gab es anscheinend keine, wir haben jedenfalls sonst nichts bemerkt) abgekriegt, die auf die Bullen neben dem Möbelgeschäft niedergingen.

Die Bullen schossen sofort voll Tränengas und räumten militärisch den Platz. Es kommt zu einem fluchtartigen Rückzug auf die noch nachrückende Demonstration; wegen der großen Leerabschnitte in der Demonstration geht das noch so halbwegs.

Vorne wird die erste Barrikade gebaut und in Brand gesteckt. Die Bullen schießen weiter Tränengas und rücken aber erst vor, als die Feuerwehr alles gelöscht und Barrikadenräumer die Straße freigeschafft haben. Inzwischen steht 300 Meter weiter schon die nächste Barrikade (Baumaterial und Baumaschinen, später auch quergestellte oder gekippte Autos, meistens dicke Wagen!) und es wird Arbeit für die Glaser geschaffen: leider müssen oft auch Blumengeschäfte, kleine Läden u.a. ein mehr oder weniger alternativer Webstuhlladen daran glauben, alles Glas zieht magisch Hacken, Stangen und Steine an. Ein Sportgeschäft wird ausgeräumt: in hohem Bogen fliegen Turnhosen, Trainingsanzüge, Tennisschuhe, Luftmatratzen, ein Fußball etc. raus. Ein Demonstrant schaut ungläubig auf einen prall gefüllten, erstklassigen Rucksack, der neben ihm auf der Chaussee niedergeht. Er schaut ihn sich näher an, dreht ihn um, schnallt ihn sich über: für ihn ist die Demonstration zu Ende.

Indessen dünnt sich die Demo hinten aus, die Bullen nehmen die zweite Barrikade, doch schon steht weiter hinten die dritte, sind weitere Scheiben mit dumpfen Schlägen zerbrochen, und so gehts weiter: über die "République" zurück, über "Strasbourg-St. Denis", die "Rue Montmartre" rauf, bis über "Pigalle" und über den "Place Clichy" hinaus. Angegriffen wurden Banken, Luxusgeschäfte, Pornokinos- und läden, zwischendurch auch ein kleiner Laden, ein Juweliergeschäft wurde ausgeplündert.

Später griff dann berittene Polizei ein: Bullen auf Motocross und Motorrädern machten in den Seitenstraßen Jagd auf kleinere Gruppen. Mit erhobenen Händen stehen zehn Gegriffene an der Wand, 100 Bullen bewachen sie. Festgenommen wurden knapp 50 Leute, verknackt wurden bisher 8, (zwischen 2 – 4 Monaten, zum Teil ohne Bewährung).

Außer den anfänglichen militanten Aktionen lief alles unvorbereitet ab, ausgelöst durch die militärische Räumung am "Place de la Bastille". Die Passanten und Anrainer zeigten eigentlich keine Antireaktionen, von den aufgebrachten Geschäftsleuten neben ihren zerdepperten Scheiben natürlich abgesehen. Vor den zerstörten Scheiben und Auslagen der Luxusgeschäfte sah man manch freudiges Gesicht, die Touristen staunten Bauklötzer.

Scheiße aber war die Ziel- und Wahllosigkeit der Militanz: Scheiben gingen zu Bruch, egal welches Geschäft sich dahinter befand; ein Opa ging 10 Meter vor einer Bullenkette über die Straße, trotzdem wurden Flaschen geschmissen, manche flogen haarscharf an ihm vorbei. Erst später gabs gezielte Aktionen, nachher wurde es trotz desorganisierter, chaotischer Handlungsweise spontane, zähe, hinhaltende Militanz. Mitgemacht haben zeitweilig ein paar Hundert, später waren es nur noch ganz kleine Gruppen.

Aber immerhin: Nach den letzten Demos zur Ölpest in der Bretagne und gegen die Folterungen an Heide Kemper-Böttcher, bei denen die Bullen, unbeschwert durch den Wahlausgang neue Taktiken ausprobiert hatten, – sie hatten die Demos von Anfang bis Ende umzingelt und sich bei der Heidedemo sogar erlaubt, in aller Gemütsruhe Einzelne aus dem Zug herauszugreifen, – hatte sich ziemliche Mutlosigkeit bei den Linken breitgemacht, außerdem hatten sich trotz des skandalösen Ausmaßes der Folterungen an Heide die Gewerkschaften und Parteien nicht einmal zu den üblichen flauen Protesten aufgerafft. So war alles so ziemlich auf Resignation und Hoffnungslosigkeit gestimmt. Jetzt aber ist gezeigt worden, daß handfester Widerstand doch noch möglich ist.

Kleiner Epilog am Rande: "Was ist denn da los? " fragt eine verstörte Mutti. "Mai 68, Madame", sagt der Langhaarige.



1. Mai Paris: Fußballboykot

TROTZ PROZESS – WIEDER SOLDATEN BEIM ERSTEN MAI

REGENSBURG
1. Mai

An der offziellen DGB-Kundgebung zum 1. Mai haben wieder Soldaten teilgenommen. Die Regensburger begrüßten sie mit stürmischem Beifall, sogar der offzielle DGB-Redner, Kreisvorsitzender Kulig, begrüßte die "Soldaten in Uniform". Nur wenige Tage vor dem 1. Mai, am 27. April, fand der 4. Verhandlungstag im Prozeß um die Beteiligung der Soldaten bei der letztjährigen Mai-Demonstration statt. (Siehe ID 227) Die Sitzung begann gleich mit einer besonderen Schweinerei: Richter Wahnschaffe verlas Fernschreiben des bayrischen Innenministeriums und des Polizeipräsidiums Niederbayern/Oberpfalz, in denen dem Kriminalhauptkommissar Müller, der für die polizeilichen Ermittlungen zuständig war, die Aussagegenehmigung verweigert wurde. Dadurch bleibt ungeklärt, wie es die Polizei fertiggebracht hat, die zivilen Angeklagten, die sich der Staatsanwaltschaft tätlich erwehrt haben sollen, nachträglich zu identifizieren, das heißt aus einer Menge von 120 Leuten wurden gerade diese drei ausgesucht. Die Anwälte haben den Antrag gestellt, das Gericht solle eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Aussageverweigerung einleiten. Wenn es nicht will, werden sie vor dem Verwaltungsgericht klagen.

Kontakt: Johann Rötzer, Badstr. 2, 84 Regensburg

POLIZEI-TERROR AM 1. MAI

HAMBURG
9. Mai

Aus Hamburg wurde uns nachfolgendes Flugblatt geschickt, das sich mit den Ereignissen dort am 1. Mai befaßt:

Die Darstellung der Ereignisse am 1. Mai in Hamburg unterscheidet sich bei den beiden vorliegenden Berichten in einigen Punkten, die wir jedoch nicht nachprüfen können. Da wir von Frankfurt aus keine Augenzeugenberichte "korrigieren" wollen und können, drucken wir beide ab. Nach einem heute per Eilpost aus Hamburg eingetroffenen ausführlichen Bericht scheint jedoch sicher zu sein, daß die Polizei ohne vorherige Aufforderung zur Räumung mit Brachialgewalt in das Haus eingedrungen ist und dort eine gewalttätige Treibjagd auf die Besetzer veranstaltete, die sich teils durch die Eingangstür, teils über die Dächer auf die Flucht begaben. Dennoch wurden ca. 20 Leute aus dem Haus verhaftet.

„Der 1. Mai 1978 war durch eine Eskalation brutalster Gewalt seitens der Hamburger Polizei gekennzeichnet. Angefangen mit einem brutalen Überfall auf die Walpurgisnachtdemo von 400 - 500 Frauen, wo ca. 10 Frauen verhaftet und einige verletzt wurden. Am 1. Mai versammelten sich ca. 30000 Menschen, um für ihre Forderung auf die Straße zu gehen. Die Demonstration verlief bis kurz vor Erreichung des Kundgebungsplatzes sehr friedlich und zum Teil recht stimmungsvoll. Plötzlich tauchten an der Ecke Schwanenwiek ca. 60 Polizisten auf, die sich auf einen Demonstrationsblock stürzten und wild auf die Demonstranten einprügelten. 9 Demonstranten wurden bei dieser Aktion willkürlich verhaftet. Mehrere wälzten sich vor Schmerzen schreiend auf der Erde. Diese 9 sollen nun ein Verfahren wegen Landfriedensbruch bekommen, obwohl sie nichts anderes getan haben, als bei der DGB-Maidemonstration teilzunehmen. Wir hatten beschlossen, im Anschluß an die Mai-Demo ein leerstehendes Haus zu besetzen, um damit gegen ständig steigende Mieten und gegen die immer weitere Zerstörung gut erhaltenen Wohnraums zu protestieren. Das Haus in der Weidenallee 39 steht seit einem Jahr leer, so daß es nur noch eine Frage der Zeit war bis es abgerissen würde, um teuren Eigentumswohnungen Platz zu machen. Aus diesem Grunde versammelten sich gegen 14.30 Uhr auf dem Rasen vorm Schröderstift ca. 250 Menschen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Polizei bereits 15 Mannschaftswagen und 3 Wasserwerfer auf dem Grundstück einer in der Nähe liegenden, ebenfalls leerstehenden Polizeikaserne zusammengezogen. Mehrere Mannschaftswagen hielten vorm Schröderstift. Daraufhin entschlossen wir uns, in kleine Gruppen aufgeteilt zur Weidenallee zu gehen, um das leerstehende Haus zu besetzen.

Kurz nachdem wir dort angekommen waren und das Haus besetzt hatten, fuhren 10 Mannschaftswagen vor, aus denen sogleich Polizisten heraussprangen, mit Schildern und riesigen Holzknüppeln bewaffnet. Die Polizisten schlugen auf alle Umstehenden ein und räumten dadurch die Straße. Der Grund hierfür lag wohl darin, daß die Polizei keine Augenzeugen für ihr weiteres Vorgehen haben wollte. Die Polizei stürmte auf das Haus los und schlug mit Knüppeln gegen die Tür. Nach einiger Zeit öffneten die Besetzer die Tür und ergaben sich mit erhobenen Händen. Trotzdem wurden sie von den Polizisten auf das brutalste zusammengeschlagen, sie mußten Spießruten laufen und wurden teilweise aus Fenstern geworfen. Hierbei brach sich ein Besetzer beide Fersenbeine. Angesichts dieser brutalen Vorfälle entschloß sich der Rest der Besetzer, die Flucht über die Dächer anzutreten. Daß bei dieser waghalsigen Aktion keiner von uns zu Tode gekommen ist, war ein kleines Wunder.

Die Polizei hatte es bei dieser Aktion nachweislich nicht in erster Linie auf eine Räumung des Hauses abgesehen, was sie auch durch Aufforderung zur Räumung des Hauses hätte erreichen können, sondern darauf, Leute zu verhaften und durch Schläge einzuschüchtern! Während dieser Polizeiaktion versammelten sich 400 - 500 Menschen um das Haus herum und machten durch Protestrufe wie „Mörder! Mörder!" und „Deutsche Polizisten sind die Faschisten!" ihrer Empörung Luft. Die Empörung der Umstehenden wuchs, als sie sahen, daß 2 schwerverletzte Besetzer erst nach einer Viertelstunde ärztliche Hilfe erhielten. Nach Abtransport der Besetzer „widmete" sich die Polizei den umherstehenden Passanten. Dabei übertraf das MEK sogar die Prügelorgien ihrer uniformierten Kollegen. Zivile Spitzel, getarnt mit AKW- und DGB-Plaketten, sprühten Umstehenden Chemical Mace in die Augen. Immer wieder konnte mensch sehen, wie auf noch am Boden liegende eingeschlagen wurde.

Parallel dazu wurden ganze Straßenzüge von der Polizei abgeriegelt und systematisch durchkämmt. Die Anwesenden wurden, soweit sie sich nicht verstecken konnten, immer weiter durch die Straßen gehetzt. MEKler aus VW-Bussen taten sich dabei besonders hervor. Diese Szenen spielten sich über 2 Stunden im gesamten Viertel um das Haus herum ab. Dabei wurde auch auf Kinder und auf alte Leute keine Rücksicht genommen. So raste ein Polizei-VW-Bus mit einer irrsinnigen Geschwindigkeit über den Gehsteig und fuhr ein Mädchen an, das jetzt mit einer schweren Wirbelsäulenverletzung im Krankenhaus liegt. Dieses Verhalten der Polizei kann mensch nur als Bürgerkriegsmanöver betrachten. Es gibt einen Vorgeschmack auf das, was kommt, wenn das einheitliche Polizeigesetz geltendes Recht wird.

Zur gleichen Zeit wurden Häuser des Studentenwohnheims Schröderstift gestürmt, Türen aufgebrochen und ein Bewohner widerrechtlich festgenommen, weil er das Vorgefallene fotografiert haben soll. Zum krönenden Abschluß stellte die Polizei ihre „Unparteilichkeit" wieder einmal unter Beweis, als eine Zuhälterbande, die sich laut Anwohnern auch mal mit „Heil Hitler!" begrüßen, aus Oskars Bierstube, Weidenallee 19 mit den Rufen „Schlagt sie tot, die Schweine!" auf einzelne Zuschauer stürzten und wahllos auf sie einprügelten. Dabei wurde ein Mann von einem Zuhälter so gegen den Kopf getreten, daß er eine schwere Gehirnerschütterung und einen Nasen- und Jochbeinbruch erlitt. Die Polizei besah sich diesen Vorfall aus nächster Nähe, ohne einzuschreiten. Anschliessend weigerte sie sich sogar, die Täter festzunehmen! Erst

nach längerem Drängen der Passanten wurde einer der Schläger zwecks Personalienfeststellung vorläufig festgenommen. Wir bitten alle Augenzeugen eventuelle Aussagen und Fotomaterial bei Peter Bartels, Schröderstiftweg 42, abzugeben, um den sicher zu erwartenden Anklagen der Staatsanwaltschaft entgegentreten zu können.
V.i.S.d.P. Peter Bartels, Schröderstiftweg 42, Hamburg 13"

Die Organisatoren und Betroffenen der Aktionen werden eine Broschüre dazu machen.

Inhalt:

- *Vorbereitung der Aktionen*
- *Dokumentation des Ablaufs*
- *Nachbereitung der Aktionen*
- *Einschätzung der Polizeitaktik*
- *Vorschläge, wie unser Kampf weitergehen soll*

Alle Menschen in Hamburg, die noch irgendwas zu den Vorfällen berichten wollen, wenden sich bitte an folgende Adresse, über die auch die Broschüre bezogen werden kann:
Peter Gesken, Meldorferstr. 6, 2000 Hamburg 20

Von einem Augenzeugen bekamen wir einen langen Bericht zu den Ereignissen um den 1. Mai in Hamburg, aus dem wir auszugsweise zitieren:

"Der diesjährige 1. Mai in Hamburg fand im Klima der Offensive gegen die AKW-Gegner statt. Das ging schon 10 Tage vorm 1. Mai los. Eine Demo gegen die Grohnde-Horrorurteile bei denen Jerry zu 22 und Andreas zu 12 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurden, sollte nicht stattfinden. Sie wurde kurzerhand verboten.
Als es dann natürlich trotzdem zu Protesten in der Innenstadt kam, rollten die Hundertschaften an und versuchten im Samstagvormittagsgewirr in der Hauptgeschäftsstraße vor Karstadt und anderen Kaufhäusern die Versammelten aufzulösen. Eine gleichzeitig verlaufende Demo der Christusleute für Ordnung und Liebe (die freie Platonische war natürlich gemeint) war genehmigt worden.

O.k. – in dieser Stimmung fand die Walpurgisnacht mit viel Power, Spaß, Farbe, Eiern und H2So3-Bomben statt. Die heimgesuchten Sexshopbesitzer, schweinischen Ärzte und Großkapis der Zirkulationssphäre ("Kaufhaus ist Klaufhaus" oder "klaut, Leute, klaut") brauchten sich nicht einmal selbst um den Servis der Polizei zu bemühen, die Bullen wüteten auch ohne diese Aufforderung. Und wie sie das taten, kann frau/mann dem Flugblatt von einigen beteiligten Frauen entnehmen.
Was aus dem Flugblatt nicht so deutlich wird, ist die Zahl der Verhafteten. Sabine wurde direkt festgenommen; und als die Frauen die Wache stürmten, kam es zu weiteren 8 Festnahmen. Wie brutal dieser Einsatz war, geht auch daraus hervor, daß die FDP-Abgeordnete Maier Stadtler'Euler gegen den Hundeeinsatz protestierte.

War den femininen Autonomen in der Walpurgisnacht ihre Lektion erteilt worden, so stand sie für die AKW-Sponti-Anarchoscene noch an. Selbige erdreisteten sich doch tatsächlich am 1. Mai mit den klassenbewußten und kampfstarken Gewerkschaftlern des DGB auf die Straße zu gehen. Zu allem Überdruß schien an diesem Tag auch noch die Sonne. Das muß den Linksradikalen vollends in den Kopf gestiegen sein. Sie fingen nämlich an die Sonne und Allesmögliche auf Wände, Plakatsäulen und besonders protzige private Fortbewegungsmittel zu sprühen. Der Besitzer eines hellgelben Jaguars soll beim Anblick seines Wagens ersteinert sein. Die Magie eines einzigen Buchstabens muß ihm Unbewußtes dramatisiert haben.

Auch hier leistete die Polizei ihre Dienste, bevor der Gesamtveranstalter sie darum bat. Einige Beteiligte hörten DGB-Ordner nach diesem Einsatz rufen. Der Einfall der Bullen muß aber schon vorher geplant gewesen sein, weil nämlich über 60 Polizisten in voller Ausrüstung an einer für diesen Einfall günstigen Ecke an der Außenalster bereitstanden. Sie fielen in den Spontiblock ein, nahmen 5 fest und jagten im Stoßtrupp fliehende Demonstranten bis ans Wasser des Schwanenwiek. Insgesamt wurden 9 festgenommen. Ihnen wird schwerer Landfriedensbruch und einem sogar Bildung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen, d.h. die Bullen, die sie festgenommen und ED behandelt haben, erzählten das so. Ob mit diesen Punkten auch tatsächlich Anklage erhoben wird, steht noch nicht fest.

HUNDE, DIE BELLEN, BEISSEN AUCH

Am Nachmittag des 1. Mai feierten die Hexer im öffentlichen Dienst mit gezogenen Holzstäben, chemical-mace und Tränengasgranaten eine verfluchte Orgie, bei der sie 6 Genossen krankenhausreif schlugen. Wie kam es dazu?
Bei der Diskussion, was der 1. Mai für Spontis soll und was davon am 2. noch übrig bleibt, kam die Idee auf, mal wieder einen Schritt nach vorn zu machen und ein seit zwei Jahren leerstehendes (ratet mal, was jetzt kommt . . .) Kaußenhaus für schöne Sachen wieder in Betrieb zu nehmen. Es kam aber alles anders. Für die Besetzer war klar, daß sie das Haus verlassen würden, wenn es zu einer militärstrategischen Auseinandersetzung kommen würde. Der überfallartige Kommandoeinsatz der Polizei ließ dazu jedoch absolut keine Möglichkeit. Ohne vorherige Aufforderung das Haus zu verlassen und auch ohne eine Anzeige von Kaußen, der in Köln sitzt und bis heute noch keine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch stellte, fielen die Polizeihorden laut schreiend ins Haus. Mit schweren Lederjacken, großen Viereckschildern, Holzstöcken, chemical mace und Rauchgranaten ausgerüstet, knüppelten sie die Besetzer von Stockwerk zu Stockwerk hoch. In ihrer Knüpelgeilheit zerschlugen sie auch die Fensterscheiben der jeweils eroberten Stockwerke. Das soll Kaußen wohl die Anzeige wegen Sachbeschädigung erleichtern.



Im Haus und davor wurden von den 5 Hundertschaften, den diese umwimmelnden Zivis und MEK Leuten 41 Personen festgenommen. Sie wurden zur Alsterdorfer Polizeikaserne gebracht und zum größten Teil ED-behandelt. Da die Kaußenanzeige nicht vorlag, soll nach Bullenaussagen gegen

sie wegen Landfriedensbruch und den üblichen Notdelikten, wenn nichts konkretes vorliegt, also Widerstand gegen die Staatsgewalt und versuchte Gefangenenbefreiung, ermittelt werden. Erst fallen die Horden wie die Tiere ein und dann wirst du noch juristisch verknackt.

Während dieser Polizeieinsätze kamen auch einige Faschisten, von denen es hier in Hamburg eine ganze Masse gibt, in Fahrt. Einer von ihnen schlug mit einer Guitarre, die er sich irgendwoher ergriffen hatte, solange auf einen linken Fotografen ein, bis dieser am Boden lag. Dann trat er ihm solange ins Gesicht, bis Klaus ohnmächtig war. Klaus wurde bewußtlos mit schwerer Gehirnerschütterung, sowie gebrochenem Nasen- und Jochbein ins Krankenhaus eingeliefert. Er lag mehrere Tage ohne Bewußtsein. Der Rechtsradikale wurde beim Niederprügeln von Klaus gefilmt. Gegen ihn läuft ein Strafverfahren.Die 20 m von dieser Stelle stehenden Bullen, griffen weder ein, noch bestellten sie trotz mehrmaliger Aufforderung einen Krankenwagen. Sie weigerten sich auch eine Anzeige gegen die Faschisten entgegenzunehmen. Das ist keine Horrorstory, sondern wurde von mehreren Demonstranten mitverfolgt."

Aus einem Flugblatt zur Frauendemonstration am 30. April (Walpurgisnacht) in Hamburg:

"Gestern wollten ca. 500 Hamburger Frauen die Walpurgisnacht feiern. In der Walpurgisnacht nahmen sich früher "Hexen"Frauen, die nicht viel von Hausarbeit hielten und es überhaupt an Gottesfurcht und Respekt vor der Obrigkeit fehlen ließen , das Recht, unter sich zu sein und Erfahrungen auszutauschen. Wir erkennen uns wieder in den Hexen – so, wie sie gewesen sein könnten – und wir erleben, daß ihr Zerrbild gar nicht so weit entfernt ist von dem der "Emanzen" in den Medien – mit dem wir heute gemeint sind.

Wir trafen uns auf dem St. Georgs Kirchhof, z.T. verkleidet, mit Fackeln und Musikinstrumenten, um einmal o h n e Angst nachts durch Hamburgs Straßen gehen zu können. Wir machten Musik, tanzten aus der Reihe und verschönerten das Stadtbild.

Aber

schon von Anfang an wollte mann uns einschüchtern – waren Bullen da.

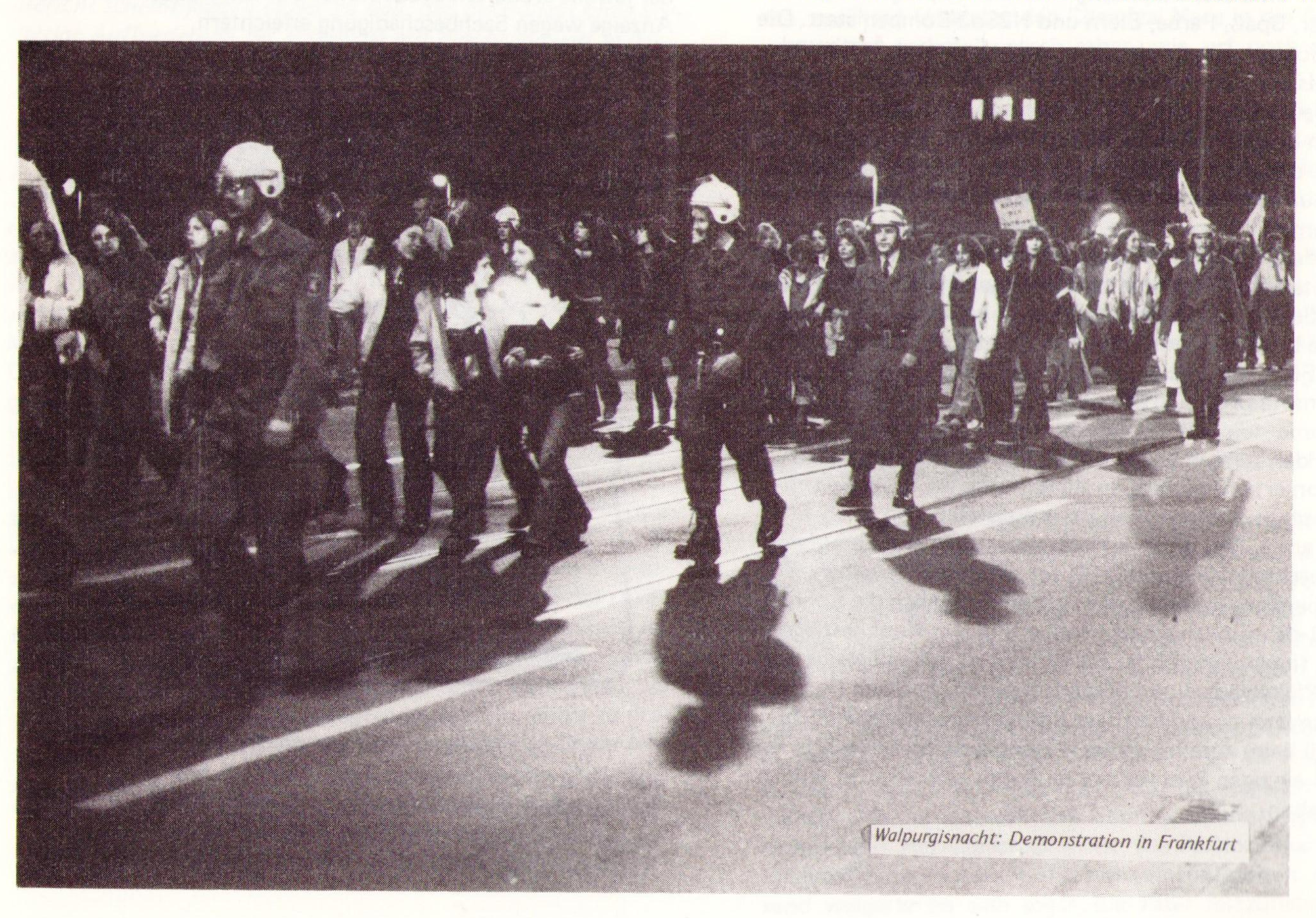
in Höhe der St. Petrikirche wurden wir gewaltsam daran gehindert weizugehen.

Eine Frau wurde willkürlich aus der Menge gezerrt. Als einige Frauen ihr zu Hilfe kommen wollten, zog der Bulle eine Pistole – das muß frau sich mal vorstellen – mit der er sie bedrohte. Sabine wurde die Pistole an die Schläfe gehalten, so wurde sie dann ins Auto verfrachtet. Gleichzeitig wurden andere Frauen von Bullen mit Helmen, gezückten Schlagstökken und Chemical Mace brutal angegriffen. Sie wurden an den Haaren gezogen, geschlagen und zu Boden geworfen.

Wir zogen zur Wache Kirchenalle um die Verhaftete freizukriegen. Als wir dort ankamen, waren die Bullen dabei, die Wache gegen uns abzusperren. Sie standen mit der gleichen Ausrüstung wie vorher und außerdem mit Schäferhunden bereit. Mit Sprechchören forderten wir Sabines Freilassung. Plötzlich versuchten "Zivile" einige Frauen aus der Menge rauszugreifen. Als sie sich wehrten, und einige Frauen ihnen zu Hilfe kamen, prügelten die "Zivilen"mit Karategriffen und Stühlen aus dem Nachbarcafe auf sie ein.

Während wir beratschlagten, war wir weiter machen wollten, meldete sich die Polizei über Lautsprecher "Achtung, Achtung, hier spricht die Polizei!" Ohne eine für uns hörbare Warnung stürmten sie mit Hunden und Schlagstöcken auf uns ein. Sie griffen sich Frauen raus, schleiften sie an den Haaren quer über das Pflaster und prügelten wahllos auf sie ein. Etliche Frauen wurden durch Hundebisse verletzt. Viele von uns mußten mit Bißwunden, Platzwunden und Gehirnerschütterungen ins Krankenhaus.

SO ENDETE UNSER VERSUCH, EINE NACHTLANG OHNE ANGST DURCH HAMBURG ZU ZIEHEN ! ! ! ! ! ! !"



Walpurgisnacht: Demonstration in Frankfurt

DIE ÖTV, DIE POLIZEI UND DER 1.MAI

HAMBURG
9.Mai

Am 1.Mai wollte in Hamburg auch der Aktionskreis Leben (Gewerkschafter gegen Atom) an der offiziellen DGB-Kundgebung teilnehmen. Da der DGB zuvor die Genehmigung für einen Stand verweigert hatte, bauten zwei Kollegen den Tisch mit Material des Aktionskreises Leben ganz am Rand des Kundgebungsgeländes auf. In der Nähe war ein Stand von Chilenen, die (mit Genehmigung) an die Unterdrückung von Gewerkschaftern durch Polizei und Militär in Chile erinnerten. Platz war reichlich vorhanden, aber den Gewerkschaftsordnern paßte der Stand nicht und so wurde er auf Anordnung mehrmals zurückverlegt.

Plötzlich tauchte ein gewisser Herr Freiberg von der ÖTV auf, und drohte aus dem schützenden Kreis von 10 mitgebrachten Polizeibeamten. Er war von Kopf bis Fuß auf Räumung eingestellt und fuchtelte wild mit der Antenne seines Funkgerätes zwischen den Beamten herum. Einer der Kollegen versuchte durch Vorzeigen des Schriftwechsels zwischen ‚Aktionskreis Leben' und DGB, den Ordner zu beruhigen, wies auch darauf hin, daß der Tisch schon mehrmals verrückt wurde. Doch als gerade ein paar Umstehende den Tisch wieder einmal ein Stück weiter in den Hintergrund tragen wollten, verlangte der Oberpolizist den Ausweis des Kollegen. Da der den Grund dafür nicht gleich einsehen wollte, wurde er festgenommen. Der ÖTV-Mann Freiberg meinte dazu nur pampig, er habe keinen Einfluß auf die Maßnahmen der Polizei.

KNÜPPEL UND CHEMISCHE KEULE AM 1. MAI

HANNOVER
1. Mai

Vom 1. Mai in Hannover folgender Bericht:

Wir zogen zu mehreren hundert Leuten, ausgelassen mit Musik und bunten Fahnen vom unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße zum Klagesmarkt. Wir, das sind Jugendliche aus verschiedenen Jugendzentren und Jugendgruppen, Schwule, Atomgegner, Studenten, Kinderladeninitiativen, autonome Frauen, Hausbesetzer, die am 1. Mai ihre eigenen Forderungen vertreten wollten. Als wir am Klagesmarkt ankamen, tönte über Lautsprecher der Hannover'sche DGB-Chef Theilmann. Theilmann wetterte gegen uns, die "radikalen Extremisten", und forderte seine "Kollegen" auf, handfest für Ordnung zu sorgen.
Wir waren eigentlich gekommen, um zu zeigen, daß es uns auch gibt und wir wollten an der Kundgebung teilnehmen. Einige von uns, vor allem Eltern mit Kindern und Jugendliche die das Kinder- und 1. Mai-Fest im Jugendzentrum Kornstrasse vorbereiten wollten, sammelten sich schon vor Ende der Kundgebung, um gemeinsam zurückzugehen.
Plötzlich kam Polizei von allen Seiten und fing an, mit brutaler Gewalt die Straße zu räumen. Sie setzte Knüppel und chemische Keule ein und nahm nicht die geringste Rücksicht auf die panisch reagierenden Kinder. Einem Vater, der sein einjähriges Kind auf den Rücken trug, wurde mit dem Knüppel auf die Kamera geschlagen und erst das entsetzte Geschrei der Leute schien die Polizei von Schlimmerem zurückzuhalten.
Kontakt: Unabhängiges Jugendzentrum Hannover, Kornstraße

WAS HABEN WIR ÜBERHAUPT MIT DEM 1. MAI ZU TUN?

DIETZENBACH
2. Mai

Wir sind Frankfurter, ehemalige Betriebsräte, der 1. Mai-Feiern in der Metropole überdrüssig, überdrüssig des Pflichtmarsches, der Kundgebung, der offiziellen Reden vor dem Römer.

Wir sind eingeladen von Dietzenbacher Gewerkschaftern. Ins Gasthaus "Zur Linde", zu einer Politrevue mit Musik, Liedern, Texten, Gedichten zum 1. Mai.

Wir kommen eine Stunde vor Beginn im Gasthaus an. Auf der Dorfbühne hängt ein Kampfplakat. An der Wand aufgemaltes Fachwerk und die Jahreszahl 1780.

Verstaubte lange Biertische. Herrje, kommen wir zum Dietzenbacher Schützenfest? Die Akteure der Revue proben, Lampenfieber, Mineralwasser. Es sind junge Gewerkschafter, die sich mit Schauspielern der Frankfurter Städtischen Bühnen zusammengetan haben.
Wir haben viel vom Dietzenbacher Ortskartell gehört. Arbeitskampf bei Volvo, ein Buch, "Die Freude zur Waffe machen".

Familien, Kinder, alte Gewerkschafter, der kleine Saal füllt sich und die Schau beginnt. Keine offiziellen Reden, sondern die Geschichte des "Kampftags der Arbeiter", des ersten Mai, beginnend mit den blutigen Kämpfen in Chicago, dem Schicksal der Arbeiter in den Schlachthäusern im Jahr 1886. Der 1. Mai hat seine Geschichte, eng verbunden mit der Sozialdemokratie.
Da heißt es im Text:

"Ende 1928 verbot der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel alle politischen Veranstaltungen unter freien Himmel. Im Frühjahr 1929 galt dieses Verbot noch immer, dennoch rief die KPD zur Mai-Demonstration auf. Nicht nur die konservative und faschistische Presse verlangte das harte Durchgreifen der Polizei und die "Trockenlegung des Sumpfes", sondern auch der "Vorwärts" tat, als wetzte die KPD die Messer. Mit Schlagzeilen wie "Der Blutkoller der Thälmänner" und "KPD braucht Leichen" heizte er die Stimmung an."

Noch applaudieren auch die Dietzenbacher Partei- und Gewerkschafts-Offiziellen. Dazwischen Kampflieder, Brecht- und Herwegh-Gedichte.

Und der 1. Mai hat auch seine Geschichte mit dem Faschismus. Erkämpft von der Arbeiterklasse als Feiertag? Oder offiziell eingeführt während des Hitler-Regimes als "Tag der Arbeit"? ?
Im Text der Revue: "Auf Beschluß des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler wird der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit erklärt. "
Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund erläßt folgenden Aufruf zum neuen Feiertag:
"Der Bundesausschuß des ADGB fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat, sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen."

Die Geschichte des 1. Mai geht weiter. Der DGB-Ortskartellvorsitzende verliest das offizielle Programm des 1. Mai in Berlin im Jahre 1973:

"1. Opening: Paul Kuhn und SFB-Tanzorchester, Worksong der Mai ist gekommen – If I had a hammer
2. Begrüßung durch Walter Sickert, Vorsitzender des DGB-Berlin
3. Diskussionsgruppe: Paritätische Mitbestimmung
4. Musikschau: Olivia Molina, Paul Kuhn und SFB-Tanzorchester a) Glory, Glory Halleluja, b) Schön ist die Welt, c) So oder so – Olivia Molina, d) Godfather – SFB-Tanzorchester, e) La Bamba – Olivia Molina
5. Diskussionsgruppe: Gewerkschaften heute
6. Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester: Manhattan Spiritual

bis zu: Brüder zur Sonne zur Freiheit, gemeinsames Lied, begleitet vom SFB-Tanzorchester.

Es redet ein Hamburger Hafenarbeiter, er erzählt von seinen Streikerfahrungen im Hafen.

Sind noch Fragen offen? Nein? Also diesmal keine Diskussion. Eine Musikgruppe spielt radikale Lieder gegen Gewerkschaftshierarchie, Bespitzelung, Gewerkschaftsausschlüsse.
Doch, eine Frage: Warum Musik, fragt eine Frau, wo doch am Nachmittag eine Demonstration in Frankfurt sei, für die Patriotische Befreiungsfront Südafrikas? Das sei doch ein Schlag gegen die Arbeiterklasse, diese Musik.

Warum nicht Musik? Nein, die Dietzenbacher lassen sich so leicht kein Parteiprogramm verkaufen, weder das einer K-Gruppe noch das sonstiger Parteien und Hierarchien.

Am Nachmittag wird der CDU-Dregger in Dietzenbach eine Wahlrede halten. Die Jugendgruppe des Ortskartells diskutiert, ob sie hingeht.

Wir fahren heim nach Frankfurt, um die Erfahrung reicher, daß Gewerkschaftsarbeit manchmal nicht neben, abgehoben, ohne die Betroffenen stattfinden muß. Wir haben erlebt, daß sich klassische Feiertage in Frage stellen lassen durch die Geschichte, durch ihre Darstellung, durch die Fragestellung von Gewerkschaftern: Was haben wir überhaupt mit dem 1. Mai zu tun?

ATOMKRAFTGEGNER EINGEKNASTET!

BERLIN
1. Mai

Am 1. Mai wurden aus der Demonstration der GEW-Berlin 5 Personen unter dem Vorwand Farbbeutel und Steine beim Aufführen eines Theaterstückes geworfen zu haben, verhaftet. Hier ein Bericht zu den Vorfällen:

"Auf der 1. Mai Demonstration der GEW Berlin, hat die Anti-AKW-Gruppe aus dem Wedding mit einem Demonstrationstheaterstück teilgenommen. Kernstück des Theaters war ein aus Pappmache hergestelltes Atomkraftwerk, das mit dem Modell einer Atombombe verbunden war. Flankiert wurde das, den echten Sicherheitsvorkehrungen entsprechend, von als Polizisten verkleideten Personen. Sie trugen weiße Motorradhelme mit der Aufschift "Pullizei" um eventuellen Verwechslungen vorzubeugen. Diese "Pulizisten" hatten innerhalb des Theaters die Aufgabe, andere Demonstranten durch spielerische Gebärden vom AKW fernzuhalten.

WIE KAM ES ZU DER VERHAFTUNG?

Der Demonstrationszug bewegte sich auf der Hauptstr. in Richtung Steglitz. Schon auf dem Weg dorthin wurde der Zug von Mannschaftswagen mit Blaulicht überholt, die sich Ecke Hauptstr. / Eisenacherstr. formierten. Anlaß dieses Einsatzes waren wahrscheinlich Auseinandersetzungen einige 100 m vorher an besagter Stelle gewesen. Als der AKW-Block diese Stelle passierte, ereignete sich folgendes: Die im Theaterstück als "Pullizisten" verkleideten Spieler stellten sich in einiger Entfernung vor den echten Polizisten auf, um genau diese Szene für das Theater zu symbolisieren, d.h. sie wollten den am Rande stehenden Zuschauern durch die Anwesenheit der "Pullizisten" und Polizisten zeigen, das Atomstaat auch Polizeistaat heißt. Die Polizisten griffen die "Pullizisten" an und schlugen wahllos auf alle Umstehenden ein. Dabei wurden auch Kinder nicht verschont. Eine Frau wurde so sehr verletzt, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Dann griffen sie sich einen (Detlef) heraus, knüppelten auf ihn ein, und schleppten ihn zum Transportwagen. Die restlichen Demonstranten standen mit hängenden Armen herum. Außer Detlef wurden noch 4 weitere Personen verhaftet. Laut Aussagen eines später Freigelassenen mußten sich die 5 Personen während des Transports in die Gothaerstr. zwischen die Bänke übereinander legen. Während weiter auf sie eingeprügelt wurde.

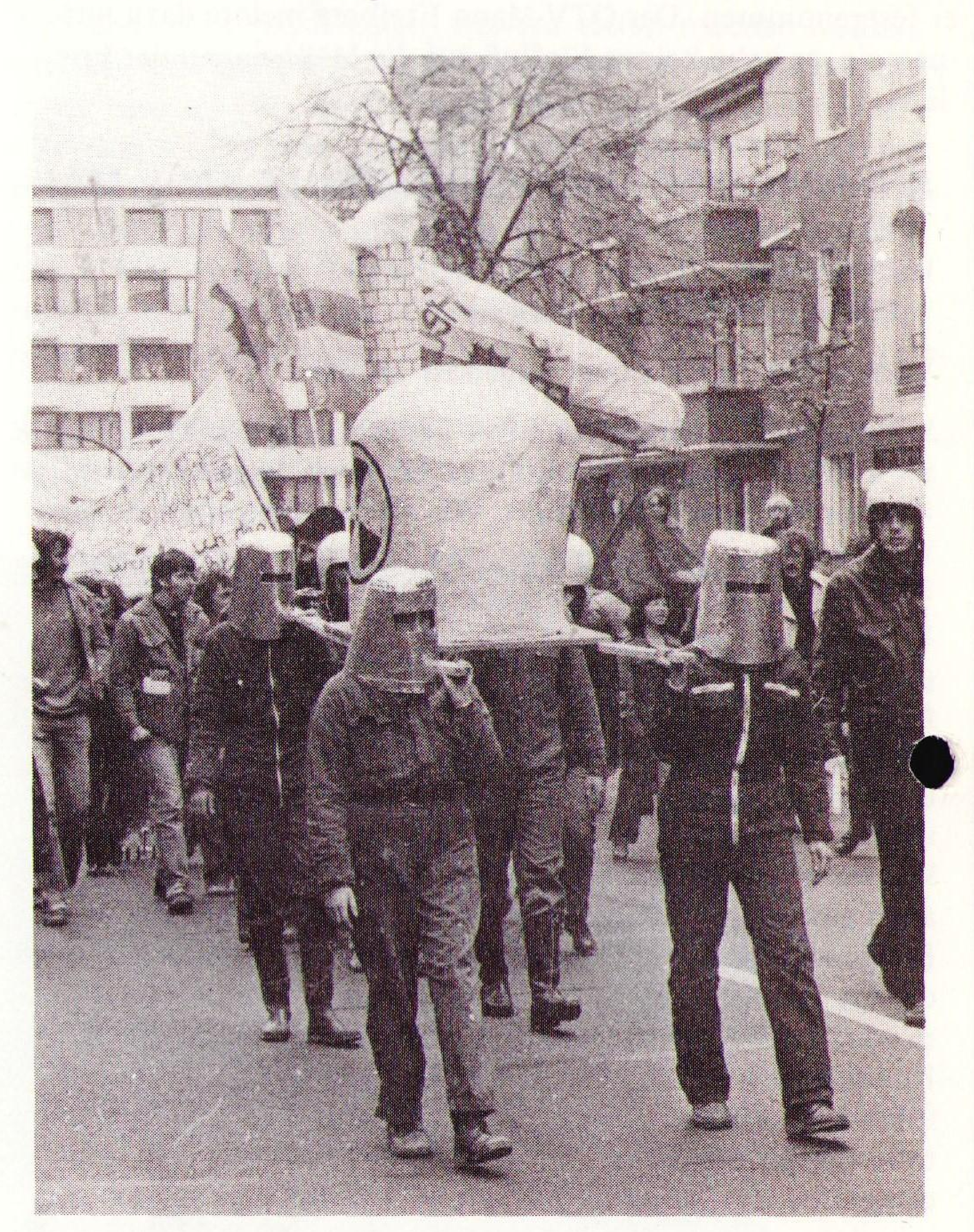
2 HAFTBEFEHLE ERLASSEN!

Die Vorführung vor den Haftrichter am 2. Mai'78 ergab:
3 Personen wurden freigelassen, gegen die jedoch ein Ermittlungsverfahren läuft. Gegen 2 Personen wurde Haftbefehl erlassen, wovon ein 16-jähriger Haftverschonung erhielt. Ob Detlef weiterhin in Haft bleibt oder nicht, entscheidet das Amtsgericht innerhalb von 14 Tagen.

Detlef wird vorgeworfen:
— schwerer Landfriedensbruch
— Widerstand gegen die Staatsgewalt
— schwere Körperverletzung
Auf § 125 a (Landfriedensbruch) steht eine Mindeststrafe von 6 Monaten und eine Höchststrafe von 10 Jahren.

In der Verhaftung und Mißhandlung von Detlef und den 4 anderen Demonstranten ist der Versuch zu sehen, einzelne Initiativen zu kriminalisieren und dadurch auch die GEW Berlin zu diffamieren. Willkommener Anlaß war die theaterspielende Anti-AKW-Gruppe, die schon aufgrund ihrer Zielsetzung beliebtes Angriffsziel ist. Bereits bei den Vorbereitugen zur Demonstration wurde die Anti-AKW-Gruppe Wedding von der Polizei kontrolliert und überprüft".

Zeugen dieser Polizeiaktion setzen sich mit Kontakttelefon: 4941967 in Verbindung.



EIN AUGENZEUGE BERICHTET:

"Wir waren 50 bis 100 Meter entfernt und sahen nur noch weiße Helme. Alle dachten, die Polizei habe uns gestoppt. Nach ungefähr 10 Minuten gingen wir nach vorn, um zu sehen, was da geschah. Wir erfuhren: Jemand hatte einen Farbbeutel geworfen, vielleicht sogar Steine (umstritten). Als Gegenschlag hatten die Polizisten eine Frau aus dem Frauenblock gedrängt und verprügelt und im Getümmel drei oder vier AKW-Gegner festgenommen.

Jetzt standen sie in mehreren Reihen im Halbkreis auf der Kreuzung, die vorderen Reihen der Demonstranten redeten mit ihnen und forderten die Freilassung der Verhafteten. Die Gespräche waren ruhig. Nach etwa einer Viertelstunde gab die Polizei endlich durchs Megafon, daß der Zug weitergehen könne, was er auch tatsächlich tat. Die, die vorn diskutiert hatten, baten die anderen, sie sollten doch bleiben, aber die Blöcke gingen hinter ihnen durch und riefen was von internationalen Solidarität. Als alle vorbei waren und nur noch die etwa hundert Leute, die zum Bleiben gebeten hatten herumstanden, und als sich die auch noch zum Gehen abdrehten, um schmollend hinterherzulaufen, da passierte, was so immer passiert: Die Polizeiketten stürmten los und prügelten auf das Durcheinander von Weglaufenden ein. Eine Frau fiel hin und wurde überrannt, konnte aber später wieder aufstehen. Einer, der gerade mit einem Polizisten geredet hatte, erzählte, der habe ihn plötzlich angeschrien und angefangen, auf ihn einzuschlagen, woraufhin die ganze Herde ohne Befehl losgelaufen sei".

DGB SPERRT ATOMGEGNER AUS

TRIER
6.Mai

Mitglieder der Trierer Initiative gegen Atomenergie (IGA) verteilten am 1.Mai vor der Europa-Halle, in der die Saalveranstaltung des DGB stattfand, die internationale Antiatomzeitung ‚Atomix' (von Bürgerinitiativen aus der BRD, Luxemburg und Frankreich). Die DGB-Ordner verboten das Verteilen unter Berufung auf das Hausrecht und wollten die Atomgegner, wie zuvor auch Leute vom KBW, vom Hallenvorplatz wegschicken (die DKP durfte verteilen). Als sich niemand um das Verbot kümmerte, griffen die Ordner zwar nicht ein, ließen aber keine Atomgegner mehr in die Halle und beförderten die, die schon vorher reingekommen waren, mit Gewalt nach draußen. Dabei gerieten sie scheinbar in nicht gerade geringe Verwirrung und so passierte es, daß sie weder vor Gewerkschaftsfunktionären noch vor Mitgliedsausweisen halt machten. In ihrem Bestreben, jeden Verdächtigen zu eliminieren, ließen sie zum Beispiel auch den zweiten Vorsitzenden der GEW-Studentengruppe draußen stehen, weil der ein Transparent gegen das Hochschulrahmengesetz dabeihatte.

Drinnen wurden dann ein paar Spitzel der Politischen Polizei entdeckt und durften mit der Begründung bleiben, sie seien Gewerkschaftsmitglieder. Überhaupt wollten die Ordner dann nur noch Gewerkschaftsmitglieder reinlassen und versteiften sich plötzlich darauf, Gewerkschaftsmitglied sei, wer eine DGB-Plakette trage (Die gibt es überall zu kaufen!)
Auf Verlangen eines HBV–Funktionärs, der selbst in der Bürgerinitiative mitarbeitet, konnten doch noch ein paar Atomgegner hinein, aber andere, die sich zu lange mit den Verteilern draußen unterhalten hatten, wurden erst garnicht gefragt, ob sie Gewerkschaftsmitglied seien, sondern standen vor verschlossenen Türen.

DAS WUNDER VON METTINGEN

Genaueres zu den Betriebsratswahlen bei Daimler (s. auch ID 227)

STUTTGART
8.Mai

Vor kurzem fanden bei Daimler-Benz in Stuttgart Untertürkheim Betriebsratswahlen statt. Die bereits im Betriebsrat vertretene Gruppe um die Kollegen Hoss, Mühleisen und d'Andrea hatte in einem Offenen Brief an die IG Metall (aus der die Kollegen vor Jahren wegen ihrer Kandidatur auf der 2. Liste ausgeschlossen wurden) das Angebot gerichtet, Persönlichkeitswahlen durchzuführen. Das Angebot wurde abgelehnt. Bei den Betriebsratswahlen ging die Gruppe Hoss daher wiederum mit einer eigenen Liste in die Wahl. Auf der Arbeiterseite kandidierte außerdem die IG Metall und der Christliche Metallarbeiterverband. Die Wahlen brachten folgendes Ergebnis: IG Metall ca. 7800 Stimmen, 19 Mandate (23); Hoss/Mühleisen ca. 3250 Stimmen, 8 Mandate (5); Christliche Metaller 780 Stimmen, 2 Mandate (1).

In einigen Werksteilen erreichte die Gruppe Hoss, die mit 12 Kandidaten angetreten war, unter ihnen wiederum langjährige Mitglieder und Funktionäre der IG Metall, zwischen 40-60% der Stimmen. Den IG Metall-Mitgliedern, die auf der 2. Liste kandidiert hatten, droht voraussichtlich wiederum der Ausschluß aus der Gewerkschaft, wie bei den Wahlen in den vorangegangenen Jahren den anderen Kandidaten der Hoss-Liste auch. Das durchschnittliche Stimmergebnis für die oppositionelle Liste – 27%.

Der Betriebsrat, hatte übrigens abgelehnt, die Gruppe Hoss im Wahlausschuß zu beteiligen. Auch die Vorschläge für einige der rund 300 Wahlhelfer wurden abgelehnt.

Bei der Stimmauszählung, die öffentlich ist, gab es handfeste Überraschungen. So hörte man, daß Urnen nicht richtig versiegelt waren, wie es der Vorschrift des Betriebsverfassungsgesetzes entspricht. In einer Urne wurden bündelweise Stimmzettel gefunden (Stöße mit 20, 30, 50 und mehr Umschlägen), die allesamt auf "IG Metall" lauteten. In etlichen Abteilungen, vorwiegend des Werksteiles Mettingen, hatte die IG Metall dadurch erkleckliche 100 % erreicht. Informierte Kollegen sprechen seither vom "Wunder von Mettingen". Übrigens waren alle diese "auffälligen Stimmzettelstapel" offenkundig von gleicher Hand ausgefüllt (Wahlkreuze mit Rotstift bzw. Bleistift und in gleicher Manier). Die IG Metall konnte sich auch dieses Novum nicht erklären.

Jetzt wurde die Wahl wegen Verdachts der Wahlfälschung angefochten. Das Stuttgarter Arbeitsgericht wird am 24. Mai über die Frage entscheiden, ob die hier geschilderten Umstände, für die es Zeugen gibt, für die Wahlanfechtung ausreichen.

Bei der konstituierenden Sitzung des Betriebsrats wurde festgestellt, daß der Transport der Urnen durch Mitglieder des Wahlvorstands bzw. Kandidaten der IG Metall erfolgte. Der Antrag von Willi Hoss, alle Wahlunterlagen bis zur endgültigen Klärung einem Notar anzuvertrauen, wurde abgelehnt. Stattdessen beschloß die Betriebsratsmehrheit, die Wahlunterlagen dem Werksschutz von Daimler-Benz auszuhändigen.

Weitere Informationen:
"plakat", Neckarstraße 178, 7000 Stuttgart 1

IM HAMBURGER HAFEN HAT DIE "ALTERNATIVE" GEWONNEN

HAMBURG
30. April

Bei den Betriebsratswahlen der Hamburger Hafen und Lager AG (HHLA) hat die oppositionelle Liste "Alternative" mit acht Sitzen einen Mordsaufschwung genommen (vorher 5 Sitze von insgesamt 27 Betriebsräten).

Kontaktadresse: Jörg Wessels, Rainvillterrasse 5, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/392552

ARBEITSGERICHT MAINZ BESTÄTIGT BERUFSVERBOT GEGEN STEFAN SCHÄFER!

MAINZ
9. Mai

Am 26. 4. 78 wurde vor dem Mainzer Arbeitsgericht das Berufsverbot gegen Stefan Schaefer, Realschullehrer per Richterspruch bestätigt. Für Stephans Berufsverbot wurden folgende "Beweisgründe" für sein "Nichtjederzeitiges Eintreten für die Verfassung" zusammengesucht:
– Teilnahme an mehreren Demonstrationen "Linksextremistischer Gruppierungen"

Der Inhalt solcher Demos (z.B. gegen die neofaschistische NPD) ist für das Kultusministerium und das Gericht unerheblich ("mehr oder weniger obskure Demonstrationen" – so der Richter im Prozeß), worauf es ankommt, sind die Veranstalter.
– das zweite Mosaiksteinchen im Bild ist das Mainzer Komitee gegen Berufsverbote, politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse. Stephan trat öffentlich bei einer Veranstaltung dieses Komitees auf. – Verunglimpfung unseres ach so freien Rechtsstaates!
– das dritte Bausteinchen bildet eine angebliche Äußerung von Stephan in einem Seminar an der Uni Mainz. Hier soll er die Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten von Drenckmann gutgeheißen haben. Dieser Vorwurf wurde zeitlich "günstig" gebracht: im Oktober 77 war gerade die Schleyer-Fahndung in vollem Gang und die Sympathisantenhetze auf dem Höhepunkt.
Die bisher angeführten Vorwürfe wurden in der letzten Arbeitsgerichtsverhandlung noch um weitere "Erkenntnisse" des Verfassungsschutzes "bereichert": Es wird immer deutlicher, daß der VS den Lehrer schon während seiner Studienzeit fest im Auge hatte. Die Schnüffeleien födern plötzlich Äußerungen zu Tage, die Stephan vor 4 Jahren in einem Seminar über "Didaktik der Sozialkunde" getan haben soll. Stephan habe sich in diesem Seminar mündlich und schriftlich als überzeugter Marxist-Leninist dargestellt und aus seiner Überzeugung keinen Hehl gemacht. Zeuge für diese Einschätzung: der Seminarleiter, Dr. B. Sutor!
Die Entscheidung über Stephans Berufsverbot ist gefallen. Die schriftliche Begründung des Richterspruches wird noch erfolgen. Stephan wird auch Berufung einlegen, aber mit welcher Aussicht?
Die Radiaklenjägerin des KUMI, Frau Herr-Beck, war mal wieder erfolgreich. Charakteristisch ist ihre Prozeßstrategie: Dickplump strotzend hält sie Statements über die Gefärhlichkeit von "Verfassungsfeinden". Alles, aber auch alles wird von ihr einbezogen, um dem Richter das staatsgefährdende Antlitz dieses Realschullehrers zu zeichnen. Sogar die Zuschauer ("Sehen Sie sich einmal Ihre Freunde an, die sie hierher mitgebracht haben!"). Ihre Unverschämtheit auf der Spitze. Ein weiteres "Argument" sei, daß ein anderer Autor der Gruppenarbeit ebenfalls beim Verfassungsschutz bekannt sei.
Ein ausrführlicher Bericht zum Fall Stephan Schäfer steht in der Mai-Ausgabe der "Provinz", Stadtzeitung von Wiesbaden. Adlerstraße 30, 6200 Wiesbaden.

Das Mainzer Berufsverbotskomitee trifft sich jeden Freitag, 19.30 h, in der Evangelischen Studentengemeinde, gegenüber der Universität.

ARBEITSMEDIZIN IN EINEM KLEINBETRIEB

FREIBURG
30. April

Aus "Dr. med. Mabuse", Medizinerzeitung April 78 (gekürzt)

Spohn und Knoell? Noch nie gehört. So oder ähnlich fallen die Antworten von Freiburger Passanten aus, wenn sie auf den Mittelbetrieb im Westen der Stadt angesprochen werden. Kaum einer kennt diesen Teil der örtlichen Arbeitswelt. Was nicht verwunderlich erscheint, zu groß ist die Zahl dieser "Klitschen", in denen die meisten der Freiburger Arbeitnehmer ihr Brot verdienen. Man verbindet Rhodiaceta mit Zigarettenfiltern, Metz mit Garn und erkennt in Hellige den Hersteller chromblitzender Medizincomputer. Spohn und Knoell löst aber eher ein Achselzucken aus, als daß der Befragte dahinter Plastikböden und das PVC sieht, aus der sie hergestellt wurden, oder daß ihm der Lärm in den Ohren dröhnt, der das Weben der Teppich-Grundgerüste begleitet.
Um den Gegensatz zu den "Großunternehmen" darzustellen, haben wir exemplarisch Spohn und Knoell untersucht. Aufbau und Arbeitsorganisation erschienen uns typisch für Firmen dieser Größe.

Von den 240 Mitarbeitern sind 210 im Zwei-, Drei-, und Viertschichtbetrieb untergebracht., die 30 Angestellten kümmern sich um die verwaltungstechnischen Belange. Je zwischen 2 und 6 Arbeiter "führen" die Maschinen, ein Großteil von ihnen sind Frauen. Sie sorgen dafür, daß die Abteilungen ihre Erzeugnisse ausspucken: PVC-Böden, Jutesäcke, Grundgerüste für Teppiche und feste Plastiksäcke.

Ein "chemischer Betrieb mit breitgefächertem Produktionsspektrum" so könnte ein Werbeprospekt diese Firma beschreiben, geschmückt mit diesem oder jenem Industriephoto in Kodakcolor. Auch das gute Betriebsklima läßt sich vorteilhaft erwähnen. Bis auf Auseinandersetzungen mit einigen KBWlern hat es schließlich kaum Schwierigkeiten gegeben, und die "Kommunisten" wurden letztlich auch entlassen. Dafür finden wir seit 10, 15 und 20 Jahren dem Betrieb treue Freiburger, ein gesprächsbereiter und kooperativer Chef bügelt manche Schwarte aus, wie man uns versicherte. Ein weiteres Beispiel also für Sozialpartnerschaft, aus der jeder der jeweils 70 anwesenden Schichtarbeiter seinen Nutzen zieht, der Gastarbeiter aus dem Süden ebenso wie sein aus dem Elsaß eingependelter Kollege.



NOTIZEN AUS DER PRODUKTION

Zeichnen wir also diese Betriebsrealität auf. Als zentral soll dabei das Ausmaß gelten, mit der der Gesichtspunkt "Gesundheit" in die Produktion mit eingeht.

Zunächst in die Abteilung, in der Plastiksäcke hergestellt werden. Grundstoff für die derben Behältnisse bildet Polyäthylen. Das mit Zusätzen (Kadmium, Stabilisatoren, Phtalate) versetzte Granulat wird zur ersten Maschine geschafft. Diese arbeitet mit Heißluft. Sie bläßt das Granulat gleichsam auf, bläst es zu Folie, Die noch warmen Plastiks werden in langen Bahnen ausgestoßen. Problemlos ist das beileibe nicht, große Mengen von Ausschuß fallen an. Dafür hat die Firma einen Tiegel beschafft, der die mangelhaften Teile einschmilzt und danach der Produktion wieder zuführt. Schon kurz nach dem Einstopfen verkünden Dämpfe die Funktionsfähigkeit des Apparates.

Geglättet und gewalzt werden die Folien zur nächsten Maschine weitergeschafft. 20000 m laufen pro Schicht zwischen den offenliegenden Walzen dieses Druckwerkes hindurch. Schneller geht's, wenn man am Rollenende die Folie mit einer Hand anhält und gleich eine neue Rolle auflegt. So erspart man sich das Einfädeln. Der Rhythmus dröhnt so im Takt, das Pensum ist zu schaffen. Störend sind nur die Spiritusdämpfe. Stän-

dig entweichen sie der Maschine, senken die Konzentrationsfähigkeit, wirken euphorisierend. Äthylalkohol ist schließlich kein Wasser, und über die Lunge gelangt die hochprozentige Droge schnell in die Blutbahn. Das Ping Pong-Spiel zwischen Alkoholspiegel und fehlenden Schutzvorrichtungen beginnt, die Mehrarbeit steuert ein Übriges bei. Müdigkeit und Abwesenheit lassen die Hände unsicher werden, der am Tag so exakt vollzogene Griff des Einfädelns wird zur Gefahrenquelle. Eine falsche Bewegung, und schon ist die Hand vom Räderwerk erfaßt. Ein nach einem solchen Unfall hinzugezogener Sicherheitsbeauftragter: "Da müßt ihr schon selber schauen, wie ihr das mit der Produktion und der Sicherheit vereinbart".

Im nächsten Raum wird die Folie nun vorbehandelt. Zwischen zwei Walzen aus Kupfer sind 5000 Volt angelegt. Meter für Meter schiebt sich die Folie an dem Lichtbogen vorbei, der durch die hohe Spannung entsteht. Schon mancher hat sich hier seinen Finger verbrannt, zumindest aber einen "Schlag" geholt. Das am Lichtbogen entstehende Ozon und der nicht funktionierende Abzug machen auch die letzten Illusionen darüber zunichte, man könne an einem angenehmen Arbeitsplatz leicht zu Geld kommen. Die bedruckte Bahn wird jetzt zerschnitten und verklebt. Schwaden von Trichloräthylen schlagen von dieser Maschine entgegen, in einem Umkreis von vier Metern. Schichtarbeiter haben das Trichloräthylen mit Harz gemischt, Härter muß noch zugesetzt werden. Dies bildet Grundstoff für Leim. Er klebt die Kunststoffsäcke. In den Vorratsbäuchen des wuchtigen Apparates verschwinden Folie und Kleber. Die ihn überwachenden Leute springen dann ein, wenn der Vorgang gestört ist, wenn der Strom ausgespuckter Säcke abreißt.Oder wenn das Mischen, Nachfüllen oder Säubern der Leimwerke anfällt. Dies passiert etwa viermal pro Schicht. Mehr als die dazu nötige Viertelstunde könnte wohl keiner dafür aufbringen. Die Tri-Dämpfe sind zu konzentriert, schon nach kurzer Zeit beginnt es, im Ohr zu rauschen, vor den Augen zu flimmern, kommt es zu Empfindungsstörungen in den Fingern. Wie im gesamten Betrieb hat man es auch hier nicht für nötig befunden, Entlüftungsanlagen funktionsfähig zu halten. Der einzige Abzug in der "Folienverarbeitung" machte jedenfalls keine Anstalten dazu, die schweren Gase in die Außenluft zu befördern. Besonders schwer wiegt dieser Faktor bei anfallenden Reparaturen. Dann unter die Maschine zu kriechen, erfordert mehr als guten Willen. Liegengebliebene Schwaden machen längere Arbeiten unmöglich.

Gehen wir nochmals in die Folienverarbeitung, wo das Granulat aufgeblasen wird. Die dem Polyäthylen beigemischten Stoffe führen zu entzündlichen Reizungen der Nasenschleimhaut, zu Bronchitiden und Augenbrennen (1). Und wer wissen möchte, wozu Schleimhautschäden führen, dem schlage ich vor, sich einmal die Patienten einer Intensivstation zu betrachten, deren mangelhafte Atemreserven sich an blauen Gesichtern, Fingern und Füßen ablesen lassen. Das uns in der Atmosphäre schützende Ozon führt am Arbeitsplatz zu Bindehautentzündung, Schwindel, Kopfschmerzen, Beklemmungen (2). Spiritus (Äthylalkohol) führt zu den bekannten Alkoholschäden wie Leber- und Nierendegenerationen, den Wirkungen auf das zentrale Nervensystem (3). Am bedenklichsten aber wirkt das Trichloräthylen. Das Verwundern der Arbeiter darüber, daß ihre Haut beim Frühschoppen von roten Flecken übersät war, können wir beim Nachlesen in einem arbeitsmedizinischem Lehrbuch lösen. Hier wird die absolute Alkoholunverträglichkeit der Chemikalie beschrieben, die die Vergiftungserscheinungen von Bier und Schnaps erheblich steigert. Gehirnschäden (tox. Encephalitiden), die zur Erblindung führen können (4), oder die Entzündung einzelner Nerven an Kopf und Hand (N. Hypoglossus, N. Radialis) führen zu empfindlichen Ausfallserscheinungen. Schon in geringen Dosen machen sich Schwindelgefühle bemerkbar, der ständig dem Tri ausgesetzte wird vergeßlich, müde, schlaflos.

Nicht, daß wir uns nur über die Schweinerei ereifern, daß Abzüge defekt sind oder fehlen. In gleichem Maße ereifern wir uns darüber, wie selbst gesetzliche Mindestbestimmungen ausser Kraft gesetzt sind. Danach ist nämlich zu beachten, daß "berufliche Vergiftungserscheinungen melde- und entschädigungspflichtig " sind, daß "alle mit Halogenwasserstoffen beschäftigten Personen einer regelmäßigen ärztlichen Überwachung" unterliegen sollen (5). Der Betriebschemiker versprach zwar nach der Aufdeckung dieser Zustände (durch eine KBW-Betriebsgruppe), das noch vorhandene Tri würde aufgebraucht und dann ersetzt werden. Wer aber ersetzt die fehlenden ärztlichen Kontrollen, wer reagiert auf die Schlampigkeit, mit der an der Gesundheit von Betriebsangehörigen Raubbau betrieben wird.

PVC – WEITERVERARBEITUNG

Die Abteilung ist kein Einzelfall. An anderen Plätzen und an anderen Automaten fanden wir ähnliche Zustände. So gelangen wir in die Fußbodenabteilung. Besser wäre sie wohl nach dem Rohstoff zu bezeichnen, und der heißt PVC. Die alten Maschinen flößen nicht gerade großes Vertrauen ein. Baujahr 38 können wir auf der einen entziffern. Grundchemikalie für die Böden bildet ein Granulat oder Pulver. Um die Eintönigkeit langer Flure etwas aufzulockern, werden den Substanzen bleihaltige Farbstoffe zugesetzt. Regelmäßig steigen beim Entleeren Staubwolken auf. Im thermoplastischen Verfahren werden die Granulate jetzt erhitzt, bei 220 bis 250 Grad beginnt die Masse zu schmelzen. Dann ist der Zeitpunkt erreicht, sie ergießt sich in Formen, wird fester, kühlt ab. Rechteckige Platten sind das Endprodukt. Sorgfältig gestapelt warten sie auf den Abtransport.

Erwiesen wurde die Gefährlichkeit des Werkstoffes PVC in Herstellerfirmen. Hier, wo noch vor einigen Jahren Vinychloridkonzentrationen von 500 ppm (parts per million) zulässig waren, konnte man die ersten Fälle der PVC-Krankheit diagnostizieren. SPIEGEL und STERN-Schlagzeilen waren in aller Munde. Kennzeichen der Krankheit: Risse an Gelenken und Veränderungen an den Fingerspitzen (M. Raynaud), ein an den Finger- und Zehenenden beginnender Knochenschwund (Akroosteolyse), Lebertumoren (Hämangiosarkome).

Ein Bezug zwischen Einzelsymptom und Vinylchloridist im Einzelnen nur schwer nachzuweisen. Die Anzeichen der PVC-Nebenwirkungen können unspezifisch sein, eine Latenzzeit von einem bis vierzehn Jahren lassen den Arzt auch nicht unbedingt an PVC denken. Wobei wir in Rechnung stellen wollen, daß er im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen mit arbeitsmedizinischen Problemen vertraut ist.

Welche Gefahren bietet jetzt die Weiterverarbeitung? Das aus der giftigen Substanz Vinychlorid hergestellte PVC ist nie reiner Stoff. In seinen Poren bleibt immer Vinylchlorideingeschlossen, das sich dann langsam als Gas verflüchtigt. Messungen in PVC-verarbeitenden Betrieben konnten Konzentrationen zwischen 10 und 100 ppm festellen. Kommt bei fehlender Absaugung bzw. Einhaltung der Sicherheitsvorschriften dieser VC-Gehalt in die Atemluft, ist mit Nebenwirkungen zu rechnen.

Doch gerade dies fiel uns bei Spohn und Knoell auf. Weder konnten wir dem Ungetüm aus dem Jahre '38 Vertrauen schenken (welche Sicherheitsvorschriften galten damals?), noch können wir großes Vertrauen zu einer Betriebsleitung hegen, die es nicht für nötig befindet, Eignungsprüfungen (gesetzlich vorgeschrieben!) für die PVC-Arbeiter durchzuführen. Von funktionierenden Abzugsanlagen konnte bei unserem Besuch nicht die Rede sein.

Wir werden davon absehen, auf die restlichen Abteilungen genauer einzugehen. Anbei aber die Bemerkung, daß es im letzten Jahr zeitweise wöchentlich zu einem Unfall kam. Daß es der extreme Krach in der Weberei nur wenigen erlauben wird, die technischen Qualitäten seiner Stereoanlage auszukosten, falls sie eine besitzen; wahrscheinlicher ist die Anschaffung eines Hörgerätes. Es wurden zwar Ohrenschützer ausgeteilt: altmodische Stöpsel aber, die von keinem benützt

werden, da sie schmerzen, die Kommunikation behindern, die akustische Maschinenüberwachung behindern (im Gegensatz zu modernen Kopfhörern). Daß weiterhin von den Näherinnen manche eine Staublunge mit sich herumschleppen wird: Folge der fast obligatorischen Quarzzusätze, die die Flachsverarbeitung zu einem selikoseträchtigen Arbeitsplatz machen. Und daß von den Schichtarbeitern mit ihrem gestörten Wach-Schlafrhythmus sich einige mit Herzinfarkten melden werden, wie sich die Bleistäube aus der PVC-Verarbeitung anhand leichter Vergiftungen ankündigen. Langsam, aber stetig.

DIE BETRIEBSÄRZTLICHE VERSORGUNG

Unerwartetes Feedbäck wurde unserem Artikel über das Arbeitsmedizinische Zentrum in Freiburg zuteil (s. „Mabuse" Nr. 7). Die STADTZEITUNG druckte den Bericht ab, kurz danach wußte die Badische Zeitung zu berichten:

„Wenn Kinder Schokolade aus Silberpapier wickeln, soll die süße Tafel sauber und frei von Krankheitserregern sein. Erste Voraussetzung dafür sind hygienische Arbeitsplätze, an denen gesundes Personal beschäftigt ist... Selbst wenn sie nur einen Mitarbeiter hat, muß eine Baufirma einen Betriebsarzt einstellen. Auch in anderen Branchen, wo die Arbeitsplätze weniger gefährlich sind, müssen die Firmen dafür sorgen, daß die Arbeitnehmer medizinisch betreut werden.... Wie das Gewerbeaufsichtsamt in Freiburg mitteilt, sind in Freiburg 15 Ärzte in Firmen tätig, womit die Betriebe zufriedenstellend betreut würden" (BZ vom 30.3.78).

Mag sein, daß die bei uns unter der Abkürzung Frau Dr. K. genannte Frau Dr. Knoblauch die Zeit gekommen sah, Positiveres zu berichten. Auf alle Fälle konnte der Artikel das angeknackte Image so aufpolieren. Obige Mitteilung läßt schließlich hoffnungsfroh blicken: Denn trotz aller Kritik an den Möglichkeiten der Arbeitsmedizin freuen wir uns darüber wenn Werksärzte eine Elementarversorgung der Betriebe gewährleisten. Schließlich werden ihnen bei „Planung und Erstellung von Betriebsanlagen" beratende Funktionen zugestanden, sollen sie arbeitsmedizinische Untersuchungen (u.a. bei Einstellung und Entlassung) durchführen und Erste Hilfe leisten.

Im Gegensatz aber zu dem zitierten Artikel konnten wir bei Spohn und Knoell keine so geartete Versorgung entdekken. Wir können der BZ und der von ihr befragten Leiterin des arbeitsmedizinischen Zentrums natürlich keine böse Absicht unterstellen, im Betrieb aber erinnert sich keiner an einen Mediziner.

Festzuhalten bleibt, daß in einem gesundheitsgefährdendem Werk wie Spohn und Knoell keine regelmäßige Gesundheitsüberwachung stattfindet, daß mensch es sich leisten kann, mit den aufgezeigten Methoden unbeschadet zu arbeiten.

„DER GRÖSSTE SKANDAL IST, DASS ES KEIN SKANDAL IST"

Die Überschrift sagt alles. Denn warum sollte Spohn und Knoell zum Skandal werden. In vielen anderen Klein- und Großfirmen finden wir schließlich ähnliches vor (s. Wallraff, Industriereportagen). Und zum objektiv existierenden Zustand („So ist's überall und wir können daran nichts ändern") tritt für den Einzelnen das hinzu, wie er diesen Zustand erlebt und wie er ihn verarbeitet. Kaum einer von ihnen wird sein gekrümmtes Rückrat auf die Plackerei beim Lastenheben zurückführen, er wird einen „schwachen Knochenbau" oder etwas finden, „was in der Familie steckt", Leberschäden werden als Säuferleber diffamiert, und die Leute, die Sicherheitsvorschriften übergehen, sind selber schuld am verstümmelten Unterarm. Schädigungen durch den Betrieb tauchen erst nach 10, 20 Jahren auf, von ihm unabhängig, oder können auf alte Erkrankungen zurückgeführt werden. Das durch dieses subjektive Verhalten ermöglichte „Weitermachen" beruhigt zwar den Einzelnen, behindert aber auch den solidarischen Einsatz für eine andere, menschliche Technologie.

Was tun? Das bleibt zunächst noch unklar. Ansätze könnten sich etwa darin zeigen, mit und durch die Medizin Partei zu ergreifen für diese Leute: durch eigenes Engagement in der Arbeitsmedizin, durch Doktorarbeiten usw.... Denn trotz aller gegenteiligen Statements von Presse und Unternehmerverbänden wird sich nichts an obiger Situation ändern, falls wir die Hände in den Schoß legen. Eine breite Diskussion über uns und unsere Auseinandersetzung mit der Arbeitswelt tut not.

Literaturangaben:
1 – 4 Hoelsch, Handbuch der Berufskrankheiten S. 192, S. 212, S. 292
5 Betriebsärzte, VBG 123 (1.12.74) der Berufsgenossenschaft Chemie
Ford, Pharmakologie S. 372 ff
Kasiske (Hrsg.), Gesundheit am Arbeitsplatz S. 106 – 133
Levinson, PVC zum Beispiel
Funke, Geißler, Thoma (Hrsg.), Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß

Die Medizinerzeitung „Dr. med. Mabuse" ist zu erreichen über: Fachschaftsvertretung Medizin, Theodor-Stern-Kai 7, 6000 Frankfurt 70, Tel.: 0611/ 6301-6058 oder 63 76 75

WAS SUCHT NESTLE IN BERLIN?

WESTBERLIN 2. Mai *In Berlin wurde kürzlich die „Berliner Kinderärztliche Gesellschaft" gegründet. Die Gründung war verbunden mit einer ersten Fortbildungsveranstaltung, auf der ein Schweizer Arzt, Dr. Rossi, die Referate „50 Jahre im Dienste des Kindes" und „Kinder in der dritten Welt" hielt. Die Finanzierung der Veranstaltung wurde – mensch beachte die Thematik ! – von der Firma Nestle getragen. Daraufhin verteilten Berliner Ärzte folgendes Flugblatt:*

Wir begrüßen es, daß in Berlin eine kinderärztliche Gesellschaft gegründet wurde! Wir empfinden es jedoch als Hohn, daß die Hauptreferate unter den Titeln „50 Jahre im Dienste des Kindes" und „Kinder in der Dritten Welt" angekündigt werden, und gleichzeitig die Fa. Nestle als Sponsor der Veranstaltung auftritt, von der wir wissen, daß Tausende von Kindern durch ihre Finanz- und Werbepraktiken sterben mußten!

Wir wollen aus diesem Grund den Zusammenhang kurz darstellen: Die Fa. Nestle Alimentana A.G. sagt:

„Wir sind uns bewußt, daß das Problem der Ernährung in diesen Ländern, in denen eines von drei Kindern mehr oder weniger an Unterernährung leidet, in seinem sozioökonomischen Zusammenhang gesehen werden muß."

Sozioökonomische Verhältnisse, d.h. in Wirklichkeit: 80% der Bevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 75% der Bevölkerung leben in ländlichem Millieu, die Analphabetenrate beträgt 20 bis 80%, in vielen Ländern liegt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf unter 100 US-Dollar.

Sozioökonomische Verhältnisse, d.h. auch: fast ausschließliche Rohstoffproduktion, landwirtschaftliche Monostruktur, wachsende Verschuldung, Auslandsabhängigkeit.

Kinder der Dritten Welt

- 87% aller Kinder werden in Ländern der Dritten Welt geboren.
- Die Säuglingssterblichkeitsraten bewegen sich zwischen 80 und 200Promille.
- Bis zu 2/3 der Kleinkinderpopulation leidet unter subklinischer und manifester Protein-Kalorien-Mangelernährung (PCM), deutsch: Hungerdystrophie.
- Bei 1 bis 7% der Kinder treten schwere Formen der PCM

auf: Kwashiorkor und Marasmus.
— In Zahlen: 20 Millionen Kleinkinder sterben jährlich in der Dritten Welt.

Todesursachen sind meist Pneumonien oder Durchfallserkrankungen. Die körpereigene Abwehrkraft gegen Infektionen ist bei latenter PCM bereits deutlich herabgesetzt. Der Ernährungszustand stellt einen der wichtigsten Faktoren der Lebenserwartung der Kinder der Dritten Welt dar. Normalerweise wurden Kinder in der Dritten Welt ca. 2 Jahre gestillt. Mangelernährungskrankheiten konnten nur auftreten, wenn nicht rechtzeitig und ausreichend zugefüttert werden konnte, wie es in den Slums der rapide wachsenden Städte allerdings zur Regel wurde.

Die Babynahrungskonzerne der westlichen Welt taten nun das ihre, die bereits bestehende Problematik zur Katastrophe zu wenden. Mit aggressiven Werbemethoden wurde den Müttern der Dritten Welt suggeriert, sie könnten durch Kauf künstlicher Säuglingsnahrung am „Fortschritt" teilnehmen. Gezielte Fehlinformationen unterstellten, künstliche Säuglingsnahrung sei das Beste für die Kinder. Die Großkonzerne legten ein typisches Heroinhändlerverhalten an den Tag, indem sie zunächst Gratismuster an die Mütter verteilten, durch Werbung und Einsatz sogenannter „Milchschwestern" die Stillfreudigkeit senkten und zuletzt — nachdem so die Laktationsreize in den ersten Tagen nach der Geburt gründlich unterdrückt worden waren — eine große Zahl abhängiger Kunden hatten, die auf den Kauf künstlicher Säuglingsnahrung angewiesen waren.

„Als die Firma Nestle das Pelargon als vorzügliche Säuglingsnahrung von der Geburt an anpries und in allen Apothekerschaufenstern entsprechende Plakate ausstellen ließ, verlangte ich als frischgebackener Professor, daß diese Plakate, weil ‚gegen das Stillen gerichtet', unverzüglich zurückzuziehen seien, ansonst ich an die Presse gelangen würde. Von da datierte eine unfreundliche Stimmung zwischen Nestle und dem Kinderspital Zürich, die erst in Freundschaft umschlug (aber ohne daß ich je meine Seele als Wissenschaftler verkauft hätte), als ich 1947 zum Präsidenten der Internationalen Pädiater-Gesellschaft gewählt wurde und den Auftrag erhielt, 1950 in Zürich den VI. internationalen Kongreß zu organisieren. Ohne die große finanzielle und auch sonstige Hilfe von Nestle und von vielen anderen schweizerischen Firmen hätte ich diesen Kongreß nicht durchführen können."(Professor Fanconi, Zürich)

Flasche oder Stillen?

Die Konzerne verkaufen ihre Produkte so gern als „Lebensspender". Wahr ist jedoch :

Muttermilch ist so gut wie nicht kontaminiert, schützt also vor gastrointestinalen Infektionen. Außerdem fördert Stillen das psychosoziale Mutter-Kind-Verhältnis, hat Stillen einen negativen Effekt auf die Fertilität, belastet Stillen das Familienbudget nur gering und liefert vollwertige Säuglingsnahrung. Flaschenmilch wird meist zu stark verdünnt, weil sie zu teuer für die meisten Familienhaushalte in der Dritten Welt ist. Flaschenmilch dient als Infektionsüberträger, da die Flaschen nicht lege artis gesäubert werden können und kein sauberes Trinkwasser zur Zubereitung vorhanden ist.

Entgegen der Versicherung der Hersteller wird Säuglingsnahrung in Entwicklungsländern keineswegs nur an reiche Oberschichten mit europäischem Lebensstandard verkauft. Auch Berufstätigkeit der Mütter ist nicht für die Aufgabe des Stillens verantwortlich.

Durch systematische Verhaltensänderung mit unethischen Propagandamethoden wird versucht, die noch relativ unerschlossenen Märkte zu eröffnen: in Europa und Nordamerika sinkt die Geburtenrate und wird sogar rückläufig, in den Entwicklungsländern liegt die Geburtenrate bei 50 Promille und die Bevölkerungszuwachsrate bei 2,3%. Hier kann das Geschäft also noch expandieren.

Die Säuglingssterblichkeitsrate war bei einer Untersuchung in Chile bei den Säuglingen, die in den ersten drei Lebensmonaten gestillt wurden dreimal niederer als bei den Flaschenkindern Auch die Bevölkerungsgruppe mit mittleren Einkommen war stärker betroffen von der Säuglingssterblichkeit als die ganz Armen, weil sie bereits der Werbung der Flaschenindustrie erlegen war. Bei den ganz Armen wurde gestillt: mensch sieht, daß die Flaschenernährung selbst einen noch gravierenderen Effekt auf die Säuglingssterblichkeit in der Dritten Welt hat, als die dort herrschende Armut und die schlechten Umweltbedingungen.

Die — öffentlich nicht eingestandene — Einsicht in diese Zusammenhänge, die von allen kompetenten Tropenpädiatern und Ernährungswissenschaftlern mit Beweisen untermauert waren, führte dazu, daß im „Nestle-Prozeß" die Strafanträge gegen folgende Behauptungen der Arbeitsgruppe 3. Welt von der Fa. Nestle zurückgezogen wurden:

— Nestle sei für den Tod oder die bleibende geistige und körperliche Schädigung tausender von Kindern verantwortlich.
— die Tätigkeit Nestles sei unmoralisch und unethisch
— Nestle-Verkäuferinnen in Entwicklungsländern träten als Krankenschwestern getarnt auf.

Der Grund: Die Fa. Nestle befürchtete Freispruch der Angeklagten in diesen Punkten! Nur der Strafantrag wegen des Titels, den die schweizerische Arbeitsgruppe 3. Welt Bern der deutschen Übersetzung der Studie „The Baby Killers" gegeben hatte, nämlich:„Nestle tötet Babies", wurde aufrechterhalten. In diesem Anklagepunkt wurden die Beschuldigten zu je 300 sfr Buße verurteilt, weil der Richter diesen Titel als ehrverletzende Aussage zu beurteilen beliebte.

Immerhin: dem Sinne nach wurde Nestle vom Richter moralisch für schuldig befunden:

„Nestle muß seine Werbepraktiken grundsätzlich überdenken, wenn sie sich in Zukunft den Vorwurf unethischen und unmoralischen Verhaltens ersparen will!"

Kann ein Multi Moral zeigen?

Die Nahrungsmittel-Multis haben sich noch während des Prozesses einen eigenen Kodex der Werbemoral geschaffen, um die Auswüchse zu mildern! Aber:

1. traten dieser Übereinkunft nicht alle Produzenten bei,
2. beruht sie auf Freiwilligkeit und ändert am Prinzip der zunehmenden Durchdringung auch der abhängigen Länder mit künstlicher Säuglingsnahrung nichts.

Länder wie Guinea-Bissao z.B. haben deshalb staatliche Maßnahmen ergriffen: Säuglingsnahrung und Flaschen können nur auf Rezept in Apotheken erworben werden, in den Fällen also, wo es medizinisch indiziert ist. Plastiksaugflaschen wurden ganz und gar verboten. Die Herstellung von Kleinkindernahrungsgemischen aus den jeweils verfügbaren lokalen Grundnahrungsmitteln wird in vielen Staaten und von internationalen Gremien gefördert, teilweise gegen politischen und ökonomischen Druck der multinationalen Nahrungsmittelkonzerne!

Wieso jetzt diese Fortbildungsveranstaltung über Kinder in der Dritten Welt

— unterstützt von den Säuglingsnahrungsfirmen? Soll hier nicht von der Fa. Nestle die erste wissenschaftliche Fortbildungsveranstaltung der Berliner Kinderärztlichen Gesellschaft dazu benutzt werden ein angekratztes Image aufzupolieren? Uns Ärzten sollen die Fortschritte und Verdienste dank Nestle, Milupa etc. demonstriert werden. Unter unseren Lebensbedingungen werden nicht alle Nachteile der künstlichen Säuglingsnahrung sichtbar. Wir eignen uns als Werbeträger — nicht nur, daß wir dazu gemacht werden!

Wir Ärzte müssen unsere Mitverantwortung für die negativen Auswirkungen unserer Medizin, unserer Pharmaindustrie, unserer Säuglingsnahrungsherstellung auf die Verhältnisse hier und besonders in der Dritten Welt erkennen und uns ihr stellen.

Wir dürfen unsere Erkenntnisse nicht nur in den Lehrbüchern niederlegen. Wir müssen diese Erkenntnisse in der Öffentlichkeit vertreten. Wir müssen praktische Konsequenzen daraus fordern: Wir Berliner Ärzte nehmen es nicht hin, daß eine Fortbildungsveranstaltung von der Fa. Nestle mitfinanziert wird!

Kontakt: Arbeitskreis Berliner Ärzte „Tötet Nestle Babies? ", W. Bichmann, Holsteinische Str. 33, 1000 Berlin 41.

Fortbildungswilligen Kollegen empfehlen wir folgende Literatur:

1. Pädiatrie:

Ebrahim, G.J.: Preventive Paediatrics in the Tropics, in: Trop. Doct. 1 (1971) 180-183

Morley, D.: Paediatric priorities in the developing world, London 1973

Nordberg, O. u.a. (Hg.): Action for children. Towards an optimum child care package in Africa, Dag Hammerskjöld Found. Uppsala 1975

2. Flaschenernährung: Folgen der Konzerninteressen

Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern: Exportinteressen gegen Muttermilch, Reinbek 1976

Bader, M.B.: Breast-feeding: the role of multinational corporations in Latin America, in: Int. J.Hlth.Serv. 6(1976) 609-626

Cottingham, J.: Flaschenkinder, ISIS/CMC, Carouge, Rom, Genf 1976

Greiner, T.: The promotion of bottle feeding by multinational corporations: How advertising and the health profession have contributed, Cornell Univ. Int. Nutrition Monograph Series No.2, Ithaca, New York 1975

Jeliffe, D.B.: Commerciogenic malnutrition, in: Nutr. Rev. 30,9 (1972) 199 - 205

Jeliffe, D.B. und E.F.P. Jeliffe: The infant food industry and international child health, in: Int.J.Hlth.Serv. 7 (1977) 249 - 254

Muller, M.: The Baby Killer, War On Want, London 1974

Plank, S.J. und M. L. Milanesi: Infant feeding and infant mortality in rural Chile, in: Bull. WHO 48 (1973) 203 - 210

Wade, N.: Bottle feeding: Adverse effects of a Western technology, in: Science 184 (1974) 45 - 48

3. Ernährung

Berg, A.: The Nutition Factor, Washington, D.C. 1973

Breast-feeding – a myth or a must? Kwashiorkor and the „protein gap", in: Trop. Doct. 7 (1977) 28 - 32

Jeliffe, D.B. und E.F.P. Jeliffe: Human milk, nutrition and the World resource crisis, in: Science 188 (1975) 557 - 561

Jeliffe, D.B. und E.F.P. Jeliffe: An overview, in: AmJ.Clin.Nutr. 24 (1971) 1013 - 1024

Jeliffe, E.F.P.: A new look at weaning multimixes, in: J.Trop. Pediatr. 17 (1971) 135

King, M., Morley, D. u.a.: Nutition for developing countries, London, Nairobi 1972

McDowell, J.: In defence for African foods and food practices in: Trop.Doct. 6 (1976) 37 - 42

Self-reliance and nutrition, contact 32, April 1976, CMC Genf

HÄUSERKAMPF FRANKFURT BESETZTES HAUS BOCKENHEIMER LANDSTR. 93 SOLL GERÄUMT WERDEN

FRANKFURT 8. Mai *Aus einem der letzten besetzten Häuser sollen wir durch Gerichtsbeschluß vom 3.5. aus der "93" geräumt werden und das Haus dem Besitzer, dem persischen Bankier und stadtbekannten Spekulanten Ali Selmi wieder zurückgeben. Das inzwischen unter Denkmalschutz stehende Haus will er angeblich renovieren und neu vermieten, um seine monatliche Kosten von 12.700,-- DM wieder reinzuholen*

ZUR VORGESCHICHTE DES HÄUSERKAMPFS:

Mit Hilfe der damaligen SPD-regierten Stadt Ffm (jetzt CDU) blühte die Grundstücksspekulation besonders stark im Frankfurter Westend auf. Häuser wurden von Spekulanten wie Selmi, Bubis, Perel, Markiewic, Preisler, Rosen, Israeliwicz usw. aufgekauft (öfters ganze Straßenzüge), die deutschen Vormieter gekündigt und ausländische Arbeitsemigranten gegen hohe Mieten reingepreßt, um dann, kaputtgewohnt, die Abrißgenehmigung zu bekommen. Der nächste Schritt: Abriß der Wohnhäuser und Neubau von Bürohochhäuser, die an herangelockte in- und ausländische Banken und Industrien vermietet oder verkauft wurden.

Auf diese Weise wurde eines der besten Wohngebiete Frankfurts zerstört. Wer nicht ausziehen wollte, wurde mit Gewalt vertrieben. Schlägertrupps halfen dabei etwas nach, den Rest besorgten organisierte Zerstörertrupps, indem sie sanitäre Einrichtungen, Treppen usw. zerschlugen. Noch heute zeigen im Westend eine Menge zugemauerte und zerstörte leere Häuser die Situation. Etwa 20 000 – 30 000 Westend' Bewohner wurden auf diese Weise in die Außenbezirke vertrieben. Auch stehen heute mehr als 200 000 qm Büroräume leer (teilweise Hochhaus–Bauruinen), die durch Überangebot nicht vermietet werden können.

Finanziert wurden diese Projekte z.B. durch die HeLaBa (Hess. Landesbank), die zu 50 % dem Land Hessen und 50 % den hess. Sparkassen – und Giroverband gehören (also auch den Gemeinden und Kommunen). Aufsichtsratvorsitzender war der abgesägte Hess. Ministerpräsident Albert Osswald, Mitglieder der ehemalige OB Rudi Arndt und andere SPD–Parteibonzen, die den Spekulanten einerseits Riesenkredite in den Rachen warfen, andererseits in ihrer Rolle als Volksvertreter die Spekulation aufs schärfste "bekämpften".

Selmi konnte mit 82 Mill. DM Kredite rund 82 000 qm, Bubis mit 50 Mill. DM etwa 15 000 qm und Preisler, Faktor, Buchmann und Israeliwicz mit 175 Mill. DM 62 000 qm Grundstücke im Westend erwerben. (Stand 1974) Inzwischen sind diese Zahlen um ein Vielfaches übertroffen.

Der ehemalige Block Bockenheimer 111/113/Schumannstr., bekanntgeworden nach der spektakulären Räumung mit der anschließenden Straßenschlacht wurde sofort abgerissen. Heute, 4 Jahre danach gähnt ein riesiges Bauloch an der Stelle, wo diese prachtvollen Wohnhäuser gestanden haben. Der Auflage zur Abrißgenehmigung, 50 Sozialwohnungen zu bauen sowie das Abrißgrundstück selbst zu bebauen, kann Spekulant Bubis nicht mehr nachkommen. Er hat sich verspekuliert, ihm ist das Geld ausgegangen.

Als im Jahre 1971 eines der leerstehenden Häuser Grüneburgweg 113/115 (Besitzer Selmi) besetzt werden sollte, verhinderte der SPD-Magistrat mit Bulleneinsatz die Nutzung als Wohnraum. Im gleichen Jahr gewährte die HeLaBa Selmi einen Kredit von 2 Mill. DM, obwohl Selmi die beiden Häuser nach der versuchten Besetzung zerstören ließ, so daß sie völlig unbewohnbar wurden.

ZUR SITUATION DER "93"

Am 2.12.1971 besetzten Genoss(in)en das leerstehende Haus Bockenheimer Landstr. 93. Nach dem spektakulären Bulleneinsatz im Grüneburgweg war Selmi bereit, auf Anraten der

Stadt die Besetzer drin wohnen zu lassen, bis die Abrißgenehmigung vorliegt. Er glaubte, sie in 6 – 8 Wochen zu bekommen. Das Angebot der Besetzer, Miete zu zahlen (10 % vom Einkommen) lehnte Selmi großzügig ab ("Kauft euch lieber was Schönes zu Weihnachten"). Mündlich wurde ein Nutzungsvertrag bis zur Abrißgenehmigung abgeschlossen. Doch diese bekam er nicht, weil es Unstimmigkeiten über die Höhe der Geschoßzahlen beim Neubau mit der Stadt gab. Inzwischen wurde die Fassade unter Denkmalsschutz gestellt, so daß Selmi normalerweise nicht abreißen darf. Wir zahlten keine Miete, steckten aber in das Haus etwa 200 000 DM im Laufe der 7 Jahre an Material und Eigenleistungen rein, um es vor Verfall zu bewahren.

Doch trotz Denkmalsschutz gibt es Hintertürchen: dieser kann zurückgezogen werden, wenn der Besitzer nachweist, diesen nicht finanziell aufrechtzuerhalten und die Stadt die Finanzierung von sich aus ablehnt. Der zweite Fall wäre die Genehmigung vom Magistrat, die Fassade abzutragen und an anderer Stelle wieder aufzubauen. Der Rest wird dann abgerissen. Die dritte Möglichkeit: die Räume gewerblich zu vermieten, ist ebenfalls Wohnraumzerstörung, denn es gehen für 30 Leute Wohnraum verloren.

Inzwischen will die Stadt Ffm bzw. das Land Hessen die Bockenheimer wegen zu hohen Verkehrsaufkommen und Ab-[illegible] aus dem Bebauungsplan als Wohngebiet ausklammern. (Was ist mit denen, die dort den ganzen Tag malochen?) Das heißt, die übrigen Bewohner müssen sich demnächst was anderes zum Wohnen suchen. Weiter ist geplant, zwecks Untertunnelung beim U–Bahnbau rund 200 alte Kastanien und andere Bäume umzuhacken, die Vorgärten abzureißen und später die Bockenheimer 4, 5 oder 6 spurig zu einer "Autobahn" auszubauen.

ZU UNSERER SITUATION

Durch eine Räumung verlieren wir nicht nur unsere sozialen Zusammenhänge, denn so ein großes Haus bekommen wir nicht mehr in Krankfurt. Auch die Kinder fangen schon an, den Streß mitzubekommen (vorher waren die Kita–Räumungen). Wir wohnen teilweise schon 7 Jahre hier, Frauen, Kinder und Männer, es sind WG's wie anderswo, nur daß wir öffentlich als Terroristen oder zumindest als Sympathisanten denunziert werden. Da waren zahlreiche Bullenbesuche zu bekannten und unbekannten Gelegenheiten. Es wurden Scheiben nachts eingeworfen, letzten Herbst sogar ein Brandanschlag, [illegible] zum Glück rechtzeitig entdeckt wurde. Unter der Holztreppe zum 1. Stock hatten Faschisten mit Benzin Feuer gelegt und Sprüche wie 'euch kriegen wir auch noch, die Bürgerwehr' geschmiert.

Noch vor dem 1. Verhandlungstermin machten wir Selmi ein Vergleichsangebot über die Zahlung einer ortsüblichen Miete. Sein Gegenangebot lautete Zahlung von 12.700.-- DM monatl. und Weiterwohnen ohne Mietvertrag, oder in vier Wochen raus. Vor Gericht zog Selmi sein Angebot zurück und bestand auf Herausgabe und Räumung seines Eigentums. Das Gericht entsprach diesem Antrag voll und verurteilte uns "Im Namen des Volkes" (Lachen der Anwesenden) zur Räumung unseres Hauses innerhalb von vier Wochen. Überdies müssen wir die Gerichtskosten von DM 5 000.-- tragen. Da wir in Berufung gehen wollen, müssen wir diesen Betrag als "Sicherheitsleistung" sofort zahlen. Also spendet massenhaft

Spendenkonto: Frankfurter Sparkasse von 1822
Konto–Nr. 339-012722 O. Hitzelberger
Stichwort: 93

SCHUSSENRIEDER JUZ GESCHLOSSEN

BAD SCHUSSENRIED 9. Mai — *Vom selbstverwalteten Jugendzentrum:*

Das selbstverwaltete Jugendzentrum Bad Schussenried ist seit 2. Mai, 9 Uhr früh, geschlossen. An diesem Vormittag kreuzte ein städtischer Angestellter in Begeleitung von drei grünberockten Herren und des städtischen Schlossers vor dem Juz auf und schickte den einzig jugendlichen "Besetzer" nach Hause, ließ dann das Schloß auswechslen.

Wir hatten nicht mit einer sofortigen Schließung gerechnet weil wir fristgerecht Widerspruch gegen die Kündigung eingelegt hatten. Das Mietrecht kennt zwar einen Kündigungsschutz – der gilt aber nur für Wohnraum und nicht für Jugendzentren. So konnten wir juristisch nichts mehr gegen die Schließung tun.

Andererseits hatten wir durchaus an die Möglichkeit einer polizeilichen Räumung gedacht und deshalb eine "Rund-um-die Uhr-Besetzung" des Juz organisiesrt. Das klappte in der Nacht auf den 1. Mai und am 1. Mai selbst auch ganz hervorragend, die Polizei wollte bereits am 1.Mai, 3 Uhr früh, das Juz räumen. Nach einer kurzen Diskussion mit uns zogen sie aber wieder unverrichteter Dinge ab. Das hat einige von den für die Nacht auf den 2. Mai eingesetzten "Besetzern" aber offensichtlich so begeistert, daß sie nicht mehr mit einer polizeilichen Räumung rechneten und deshalb gar nicht erst im Juz blieben. Ein "Besetzer" war zu wenig, um die Schließung zu verhindern.

Außerdem stellte sich für uns das Problem, daß wir nicht genügend Leute in unserer Kleinstadt haben, die sich für eine Besetzung dauernd frei machen können. Die meisten sind berufstätig oder in schulischer oder betrieblicher Ausbildung. Arbeitslose Jugendliche gibt's hier zur Zeit am Ort fast keine. Schlechte Voraussetzungen also, eine erfolgreiche Besetzung zu organisieren und durchzuhalten.

WAS NUN?

Wir haben nicht resigniert. Die erste reguläre Juz-Mitarbeitersitzung nach der Schließung fand bereits statt – an der Hauptstraße vor dem Rathaus. In einer fast einstimmig verabschiedeten Stellungnahme kündigen wir publikumswirksame Aktionen gegen die Schließung an, die wir nicht kampflos hinnehmen. Außerdem wollen wir die Stadt auch auf Schadensersatz verklagen, weil wir Jugendlichen die städtischen Räumlichkeiten des Juz überwiegend in Eigenarbeit ausgebaut haben.

Konkrete Aktionen liefen bereits. Am Mittwoch nach der Schließung haben wir ein Arbeitsgespräch zwischen dem hiesigen Landrat und der Stadtverwaltung/Gemeinderat im Foyer der Stadthalle massiv gestört. Weil wir mit Mofas, Motorrädern, Autos und Knallkörpern einen Heidenlärm vor der Eingangstür machten, verstanden die örtlichen Honoratioren ihr eigenes Wort nicht mehr.

Außerdem werden wir die Hauptstraße durch einen Sitzstreik zur Hauptverkehrszeit blockieren. Die Passanten und Autofahrer informieren wir per Flugblatt über unsere Ziele. Im übrigen bereiten wir bereits einen Hungerstreik vor dem Rathaus vor.

PROTEST REGT SICH MÄCHTIG

Nicht als offzielle Kampfmaßnahmen des Juz, aber als durchaus verständliche Protestreaktion der unter 16-jährigen Juz-Besucher sind folgende Aktionen einzuschätzen:

1. Im Kurpark wurde der Minigolfplatz heimgesucht. Die Golfbälle werden in den nächsten Tagen vergeblich ihre angestammten Löcher suchen. Unbekannte haben alle Löcher zubetoniert.
2. Die gesamte Bestuhlung vor dem Musikpavillon im Kurpark schwamm vergangenen Sonntag (7. Mai) im Zierteich – ebenfalls im Park!
3. Bürgermeister Kohler wurde ein großer Gartenzwerg entführt – auf einen Kinderspielplatz. Alle Blumen in seinem Garten wurden mit Stumpf und Stiel ausgerottet, 2 große Blumenschalen vor der Haustüre zusammengeschlagen.

4. Ein Elektrogeschäft in der Nähe des Juz wurde durch ein metergroßes Hakenkreuz und die Aufschrift "NS-Sau" verziert. Der Inhaber hatte alle Hebel in Bewegung gesetzt, das Juz schließen zu lassen. (Ich find diese Aktion trotzdem ganz beschissen, weil sie keinen der für die Schließung eigentlich verantwortlichen Stadträte trifft! Anm. d. Verfassers).
Diese Aktionen sind das Ergebnis eines Wochenendes. Die ungezählten nächtlichen Anrufe bei Bürgermeister und Stadträten, die bewußte Ruhestörung vor den Häusern dieser Herren sind dabei noch außer acht gelassen.
All diese Aktionen bringen dem Juz politisch direkt nichts, sie jagen nur den Betroffenen ordentlich Angst ein. Aber sie machen für die Bevölkerung – und vielleicht auch für die Betroffenen – klar, daß es mit der seit knapp drei Jahren statistisch belegbaren Ruhe in Bad Schussenried vorbei ist, wenn das Juz nicht wieder aufgemacht wird (Ende 75 eröffnete das Juz).

Kontakt: Selbstverwaltetes Jugenzentrum, Schulstr. 15-17, 7953 Bad Schussenried

JUGENDHAUS GESCHLOSSEN

ASCHAFFENBURG
8. Mai

Von den betroffenen Jugendlichen bekamen wir folgenden Bericht:

"Seit wir uns vor eineinhalb Jahren ein selbstverwaltetes Jugendhaus erkämpft hatten, haben wir schon viel erlebt; Razzien, Verbote von Veranstaltungen, politische Polizei, von der Stadt verordnete Schließungen, – eben die ganze Rerpressionsmaschine, welche gegen jede Form der Selbstbestimmung losgelassen wird. Seit Freitag, dem 28.4., ist es wieder mal so weit: Der neue Jugendpfleger hat das Haus schließen lassen, wir sitzen wieder mal auf der Straße.
Durch früheren Widerstand gewitzt geworden, versuchen Jugendamt und Polizei heute unsere Gegenwehr schon im Keim zu zerschlagen: Bei einer Lagebesprechung vor dem geschlossenen Haus am 28.4. tauchen Zivile und Uniformierte auf und versuchen uns, durch Löschen unseres Feuers zu provozieren, was ihnen nicht gelingt. Am nächsten Tag informieren wir die Bevölkerung in der Fußgängerzone; dabei werden einzelne heimlich fotografiert. Am Sonntagabend (Walpurgisnacht) machen wir ein Fest auf einem Berg nahe der Stadt. Ein Feuer von der Größe einer Waschschüssel ist der Anlaß dafür, daß die Bullen mit mehreren Fahrzeugen, einem Manschaftswagen und der Feuerwehr (!) anrücken, den Platz umstellen, die Leute erkennungsdienstlich feststellen und drohen, ihnen die Kosten des Einsatzes aufzuhängen. Währenddessen löscht die Feuerwehr mit der Motorspritze das Feuer (Eine Kindersandschaufel hätte genügt ....). Vorher hatte eine andere Polizeimannschaft das Jugendhaus gestürmt, 'um die Besetzer festzunehmen'. Nur waren wir nicht drin, weil wir auf dem Fest waren. Diese ihre Pleite bringen wir am ersten Mai auf Flugblättern raus, wieder ist der große Bruder da und will uns (vergeblich) zwingen, die Flugblätter schweigend auszuteilen.
Nach wie vor werden wir für ein Jugendhaus in Selbstverwaltung kämpfen. Die Schikanen der letzten Wochen haben uns nur stärker gemacht."

REGIONALES JUGENDZENTRUMS (INITIATIVEN)TREFFEN NRW

KÖLN
8. Mai

Am 4./5. Juni ab 14.00 Uhr im JZ Rodenkirchen, Weiß-Georgstr. 2, 5 Köln 50

Im JZ kann man/frau übernachten, bitte Schlafsäcke mitbringen! Außerdem werden zwei warme Mahlzeiten gekocht (vielleicht zusammen?), deshalb auch selber was fürs Frühstück und Abendessem mitbringen!
Mit diesem Treffen wollen wir zweierlei:
– erstens uns mal kennenlernen, feststellen, was in NRW eigentlich so noch da ist. Bringt deshalb Filme, Infos usw. mit.
–zweitens überlegen, ob und wenn, wie wir in Zukunft zusammen weitermachen können. Z. B., wie können wir einen Informationsaustausch zwischen einzelnen Zentren organisieren? Wo gibts Theatergruppen, die mal woanders spielen wollen ... Und außerdem: meldet euch bitte bis spätestens zum 20. Mai an.

BDP/BDJ – Landessekretariat NRW – Stammstr. 92, 5 Köln 30

...NA LOS JETZT, AUF ZUR KÖRPERLICHEN ERTÜCHTIGUNG NACH LÜBECK !

LÜBECK
10. Mai

„Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit vergab die Veranstaltung zur bundesweiten Eröffnung der Bundesjugendspiele 1978 an das Land Schleswig-Holstein. Der Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein bat die Hansestadt Lübeck um Ausrichtung dieser Eröffnungsveranstaltung." (Zitat aus dem Einladungsflugblatt).

Allerdings ohne die Lübecker Schüler, Spontis, Anarchos und sonstigen Chaoten vorher zu fragen. Dabei sind uns eine Menge lustiger Beiträge eingefallen, die helfen könnten, dem anwesenden Lübecker Senat, dem Kumi Schleswig-Holstein sowie dem Bundesminister für Familie, Jugend und Gesundheit erst zum rechten Genuß beim Anblick der sportlichen Jugend zu verhelfen. Besonders zum Programmpunkt „Turnen leichtgemacht" glauben wir wertvolle Beiträge leisten zu können, da wir in den Disziplinen „Purpfeife", „Wasserpfeife" und „Dreiblatt" einiges zu bieten haben.

Ferner sind wir der Meinung, daß es sich beim „Sternlauf der Lübecker Schüler zum Stadion" viel besser machen würde, wenn wir statt der (vorgeschriebenen) „Schulkleidung" bunte und phantasievolle Sachen anziehen. Auch ist es der Feierlichkeit des Ereignisses angemessen, wenn wir schön geschminkt und mit vielen Musikinstrumenten vor die Hohen Herren treten werden.

Außerdem wäre es im Stadion bestimmt hübsch anzuschauen, wenn auf vielen, vielen bunten Transparenten von unseren Aktivitäten im Kampf gegen das Schulgesetz, den Notenterror und die Zensur von Schülerzeitungen berichtet wird, so daß wir letzten Endes aus dem geplanten (faschistoiden) Massenaufmarsch in Schul(Knast)Uniformen use. ein duftes und buntes Fest für uns machen werden.

Wir werden alles dransetzen, daß wir **unser** Fest feiern werden. Wir rufen alle Stadtmusikanten, Berufsdemonstranten, Arbeitsscheuen und Politrocker auf, uns dabei tatkräftig zu unterstützen. Bringt alles, was ihr habt, euren Ideenreichtum und Phantasie, Instrumente und Dope und ... und natürlich viele Leute mit. „Die Hansestadt Lübeck grüßt alle Besucher" (aus der Einladung des Senats). Wir treffen uns am **Donnerstag, 18. Mai um 8.30 Uhr** vor der Oberschule zum Dom, direkt neben dem Lübecker Dom.
Kontakttelefon: 0451/ 75 96 4, ab **15. Mai: 47 41 81**

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortliche Redakteurin: Jutta Fries

TREFFEN VON JUGENDHAUS– UND ALTERNATIVZEITUNGEN

ERTINGEN
8.5.78

Der Dachverband der freien Jugendhäuser des Kreis Biberach e. V. schreibt uns:

Der Dachverband der freien Jugendhäuser des Kreis Biberach veranstaltet am 20./21. Mai ein Wochenendseminar zum Thema "Jugendzentrums- und Alternativzeitungen". Vor allem sollen Blätter aus Oberschwaben und Umgebung angesprochen werden. Wir sind nämlich der Meinung, daß es zwar eine Menge Initiativen in unserem Raum gibt, es jedoch an der Zusammenarbeit klemmt.
Dazu machen wir folgende Themenvorschläge:
– Informationsfluß innerhalb eines Jugendzentrums, zwischen den Jugendzentren, und gegenüber der Öffentlichkeit;
– von der Jugendhauszeitung zur Alternativzeitung; – Alternativzeitungen in der Provinz; – Verbesserung des Erfahrungsaustauschs und der Zusammenarbeit; – Zusammenarbeit mit örtlichen Initiativen; – Eure Vorschläge!
Übernachtung 4 Mark, Kochgelegenheit vorhanden, für Verpflegung wird gesorgt.
Meldet euch möglichst bald an!
Kontaktadresse: "Oberamtsblättle", c/o Lucia Ragg, Kirchstr. 15, 794 Riedlingen, Tel. 07371/7682

FÜR EIN ANDERES LAND AUF DEMSELBEN GELÄNDE – HIER! JETZT UND DEMNÄCHST!

DARMSTADT
8. Mai

Von "Community Action in Europe" - Info-BRD, c/o Schupo, Frankfurter Straße 10, 6100 Darmstadt:

Community Action Europe Network – was bedeutet das, wie funktioniert das, was steckt dahinter?
Es gilt, sich immer wieder zu treffen, Informationen auszutauschen, zu reflektieren, Aktionen vorzubereiten. Wir erkennen leicht, daß Medien vorhanden sein müßten, alle zu informieren. Wir stellen einen bestimmten Bedarf an bestimmten Informationen fest und versuchen, ihn zu decken.
Jeder sollte mit seinen Möglichkeiten zugänglich machen:
– Brain-storm – Gedankensturm, wie ist alles nur möglich?
– Einheit – kein Wesen hat einen höhere Existenzberechtigung als irgendein anderes!
– Freiheit – jede Situation enthält etwas zu lernen für uns, wir haben die Freiheit, etwas zu tun oder zu lassen.
– Freundschaft – persönliche Freundschaften sehen wir als eine der günstigsten Voraussetzungen für Kooperation.
– Offenheit – wenn wir nicht von einer Entwicklung, die die unsere ist, überrollt werden, und das Nachsehen haben wollen, müßen wir für diese ganzen Counterinsurgency-Aktionen der Staaten, der Industrie, der Verwalter, der Lenker, die Durchsichtigkeit herstellen.
Wie sollte der, der seine Lage erkannt hat, aufzuhalten sein?
Brennpunkt und Vollversammlung des NETWORK sind die jährlich stattfindenden Symposia. In diesem Jahr in La Rochelle in Frankreich. Die Einladung dafür richtet sich wiederum an jede Gruppe, die sich angesprochen fühlt, aber darüberhinaus verstärkt an diese Gruppen, die momentan Unterstützung brauchen: Rauch-Haus-Kollektiv, Gorleben soll leben, Freistaat Frankfurt, Stadtteilarbeit und Häuserkampf, kleine und große Gruppen der Bewegung für eine freiheitliche Zukunft, ... Regenbogenvolk international, eine Anti-Faschistenzensur findet statt, ... keep on trucking ...

Liebe Freunde in den großen und kleinen Städten und auf dem Land! Hier soll noch einmal das internationale Symposium von /über Community Action in Europe in Erinnerung gerufen werden. 1977 in Christiania waren aus diesem Land zu wenige Leute dabei, als daß großartige Verabredungen über zukünftige koordinierte Aktionen hätten getroffen werden können. Jetzt, für das '78 Symposium vom 20. bis 28. Mai in La Rochelle, Frankreich, sind wieder unzählige Einladungen direkt an die Aktionsgruppen und Magazine geschickt worden, dennoch lagenbis zum Samstag, dem 6.5. noch keine Anmeldung irgendeiner Gruppe aus der BRD vor! Wegen der jetzt eingetretenen Eile bei der Vorbereitung in La Rochelle (Unterkunft und Verpflegung und das Filmprogramm und die Meetings müssen organisiert werden, entsprechend der Zahl der Teilnehmer) ist auch eine Anmeldung per Telefon möglich und erwünscht: 00331- 5355886 (das ist Paris) oder schriftlich bei Dilemme, 8 rue du Puits de l'Ermite, 75005 Paris, France.
Das Symposium wird, wie die der letzten vier Jahre auch, von folgenden Fragen ausgehen: welche Ziele haben die Gruppen sich selbst gesetzt, welche Strategie haben sie angewandt, und mit welchen Methoden versuchen sie, ihre Ziele zu erreichen?
Wie haben die Gruppen die betroffenen Menschen ihrer Umgebung in die Aktionen einbezogen und aktiviert?
Diese Fragen deshalb, um das Ziel des Sympsosiums zu erreichen: Die Teilnehmer sollen voneinander lernen, auch und besonders über lokale und nationale Besonderheiten, die entweder das Leben und die Aktion unterstützen oder aber behindern.(Ist jetzt klar, warum aus der BRD ein paar mehr Leute da sein sollten?!). Workshops werden eingerichtet, um einige Beispiele in ihrer ganzen Tiefe zu studieren. Zukünftige gemeinsame Aktionen könnten aus diesen Kontakten erwachsen. Ein weiteres Ziel ist nämlich auch, eine bessere Kommunikation zwischen "community action gruppen" zu erproben.
Audiovisuelle Dokumentationen (Film/Video/ Dias ...) über Aktionsgruppen und ihre Aktionen, und über die herrschende Realität und dies und das, gesammelt in ganz Europa, werden die Basis dieser Kommunikation darstellen. (Also: bringt was mit!!!) In La Rochelle erscheint dieses Material als ein öffentliches Film-Festival über "Soziale Experimente und urbane Ökologie". Diese audiovisuellen Materialien sollen dann natürlich in weiteren Teilen Europas ebenfalls der Bevölkerung gezeigt werden.
Organisation: ein Teilnehmerbeitrag von 300 franz. Francs für Unterkunft und Essen für die 8 Tage wäre erwünscht, kann in einzelnen Fällen aber, der Situation entsprechend, auch gesenkt werden. (Für Gruppen ohne Geld) Die Arbeitssprache ist englisch, aber nicht-simultane Übersetzung in alle Sprachen ist auf alle Fälle gewährleistet. Das Symposium wird an verschiedenen Stellen in und um La Rochelle stattfinden, d.h. auch nicht angemeldete werden, wenn sie nach La Rochelle kommen, sehr schnell Kontakt zum Symposium finden. (Dennoch anmelden) Lokale Probleme von den Einwohnern und Aktionsgruppen aus La Rochelle werden einen klaren Teil des Symposiums stellen, das Symposium soll dort stimulierend wirken. Da zu erwarten ist, daß trotz allem, einige die gerne wollten, doch nicht kommen können, hier schon mal einige weitere zukünftige Daten von Interesse:
Sa/So = 3./4.6.: Phantasievolle Aktionen überall gegen die Heuchelei der bürgerlichen Kräfte mit ihrem Welt-Umwelt-Tag, dem 5. Juni 78.
(Nicht vergessen auch den zweiten Juni im historischen und aktuellen Bezug!) sodann:
FOLTER-WELTMEISTERSCHAFT '78 –
Unterdrückung ist überall – der Widerstand ebenfalls.

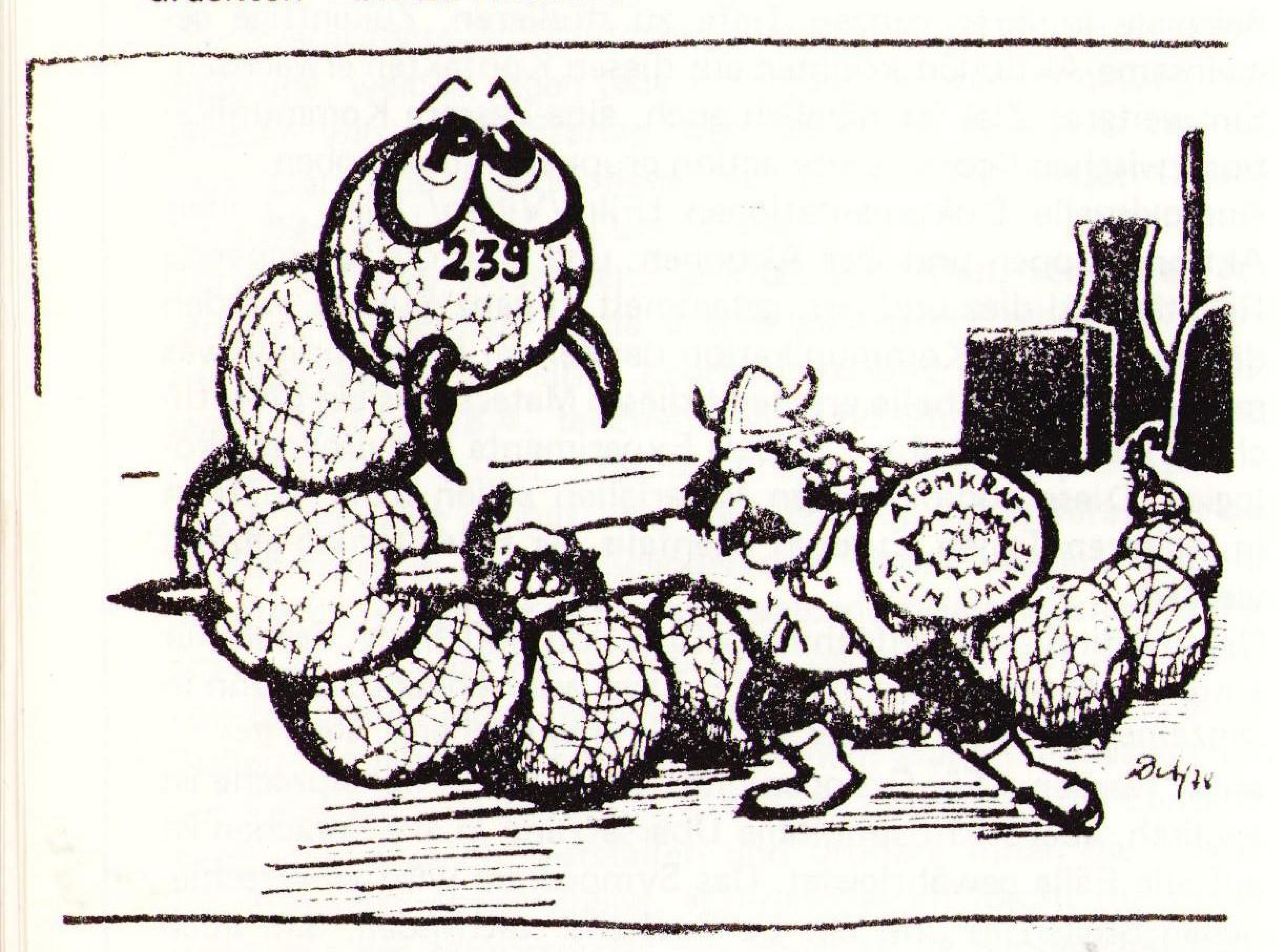
SOMMER-WORK-CAMPS in der BRD finden statt in:
Gorleben/Lüchow-Dannenberg; bei Emmaus Dachsberg/ Mühlheim-Ruhr etc.

vom 4. – 11. August: Treffen von „Animateuren der Basis" - international – auf dem LARZAC-Bauernhof ‚Le Cun', Anmeldung bei M.A.B. (Movement d'Animation d' Base) 25, Bampslaan, 3500 Hasselt, Belgien.

Anschließend vielleicht wieder Larzac-Moblisierung gegen die Ausweitung und das bestehende Militär-Lager; jedenfalls geht's dann auf Le Cun weiter mit „Die Frau in der Basis-Bewegung", Anmeldung ebenfalls bei M.A.B. (M.A.B. wendet in der dezentralen Sozial- und Stadtteil- und Fabrik-Arbeit die Paolo Freire-Pädagogik der Unterdrückten an!)

Es gibt auch eine Vorbereitung der nächsten Phase des RUSSELL-Tribunals III über Menschenrechte in der BRD: 4. – 10.Dezember: „Europäische Versammlung des Volkes", organisiert von: Campaign Human Rights '78
158 North Gower Street, London NW 1 2ND (Nach Material anfragen!)

Da könnte zwar jemand meinen, das wäre jetzt alles viel zu früh, doch besteht nur durch frühzeitige Vorbereitung, die Möglichkeit, kräftige Impulse zu geben: August 1979 in Wien wird die „Welt-Wissenschafts- und Technologie-Konferenz für menschliche/irdische Entwicklung" stattfinden. Wenn in diesem Zusammenhang der „Wissenschaft und Technologie der Herrschenden" entschieden entgegengetreten werden soll, und wenn dabei auch Aktionen von unten die entgegengesetzte Richtung von Entwicklung verdeutlichen sollen, können wir nicht bis kurz vorher stillhalten und uns dann mal wieder überraschen lassen:
Wir werden jetzt schon mit der Vorbereitung zu All' dem beginnen! Liebe und Solidarität von und für alle Unterdrückten – bis La Rochelle!



NEUES URTEIL IN DEN GROHNDE-PROZESSEN

HANNOVER 8. Mai

Am 28.4. wurde das Urteil gegen Christian, der ebenfalls wegen Landfriedensbruch angeklagt ist, gefällt: Das Gericht sah es als erwiesen an, daß Christian bei der Demonstration am 19.3.77 gegen das AKW Grohnde beim Abzug der Demonstranten einen Polizisten mit einem unbekannten Gegenstand niedergeschlagen hat. Der betreffende Polizist ist der einzige Belastungszeuge, und der hat dazu seine Aussage vor Gericht noch abgeschwächt; Christian wurde zu 11 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Im Prozess gegen Rüdiger (siehe ausführliche Zeugenaussage im ID 227) hat der Staatsanwalt eine Freiheitsstrafe von 18 Monaten beantragt. Am 9.5. folgte das Plädoyer der Verteidigung und in der kommenden Woche dann das Urteil.
Kontakt: **Atom-Info-Zentrum, c/o UJZ Nordstadt, Kornstr. 28/30, 3000 Hannover, Tel.: 0511/ 71 50 33.**

LANGSPIELPLATTE GEGEN DEN SCHNELLEN BRÜTER

MOERS/KALKAR 5. April

Am 24.9.1977 demonstrierten 50.000 Menschen gegen den Bau des Schnellen Brüters in Kalkar-Hönnepol. Dies war der bisherige Höhepunkt einer langwierigen Auseinandersetzung: Seit 1972 führt als Einzelkläger Joseph Maas - stellvertretend für uns alle - den Prozeß, der bisher 150.000 DM kostete.

Um Herrn Maas von diesem finanziellen Risiko zu entlasten (in diesem Jahr fallen 40. bis 50.000 DM Prozeßkosten an), faßten zwei Mitglieder der Moerser Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke den Entschluß, eine Reihe regional und überregional bekannter Musiker und Songgruppen um ihre Unterstützung zu bitten. Alle Beteiligten haben entweder ein bisher unveröffentlichtes oder ein eigens für diese Platte geschriebenes Stück für diesen Zweck kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die vorliegende Langspielplatte ist ein Gemeinschaftsprodukt aller an der Produktion Beteiligten. Musiker, Grafiker und Produzenten beschlossen gleichberechtigt Vertriebsform, diskutierten das Cover und die Gestaltung der Textbeilage, legten die Reihenfolge der Lieder fest und bestimmen die genaue Verwendung der Gelder. (Diejenigen Musiker, welche nicht erscheinen konnten, wurden von den Beschlüssen unterrichtet.)

Und dies sind die mitwirkenden Gruppen und die Lieder der „Bauer-Maas"-Platte:
Frank Baier (Lied vom Bauern Maas); Mundwerk (Was habt ihr heut' in der Schule gemacht?); Manfred Jaspers (Der blinde Michel oder: Die Reise nach Dortmund); Saitenwind (Der besondere Katastropheneinsatzplan); Tom Kannmacher (Kernkraft-Variationen op. 1); Schmetterlinge (Hände über Hönnepel); Fiedel Michel (Laßt euch nicht betrügen); Bruno und Klaus (Kalkar-Lied); Walter Mossmann (Ballade von Heiteren); Kladderadatsch (Almelo-Lied)
Der Platte liegt eine umfangreiche Textbeilage bei, die neben den Noten und Texten der Lieder auch Textbeiträge von Robert Jungk, Heinz Brand, Gerda Degen, Joseph Maas u.a. enthält und im Verkaufspreis von 18.-- DM enthalten ist.
Die Platte erscheint im Selbsverlag "pass opp" und ist für Wiederverkäufer über den ARAGON-Buchvertrieb zu erhalten. Dabei wird die Platte nicht an bürgerliche Läden versand, sondern ausschließlich an BI-s gegen AKW's und linke Projekte.
Die Platte wird an Wiederverkäufer zu einem Preis von 13,-- DM – Porto und Verpackungsfrei – bei einem Zahlungsziel von 30 Tage geliefert.

Bestellungen an: Aragon – Buchvertrieb, Postfach 1710, 4130 Moers 1

AUFRUF ZUM WIGGEL-WAGGEL IN GRONAU AUF ZUR MAINSTRASSE VON GIFT UND URAN AKTIONSTAG GEGEN URANKONZENTRATIONSANLAGEN

GRONAU 9. Mai

Am 28. Mai findet in Gronau ein Aktionstag gegen die geplante Urananreicherungsanlage statt.

Hierzu sind alle, die ein wenig Lust am Zusammen-sitzen-trinken-spielen-essen-musizieren-theaterieren usw. haben, aufs allerherzlichste und liebste eingeladen. Wir suchen hier für Gronau eine neue Form des Widerstandes gegen eine Anlage, die auf den ersten Blick nicht sehr gefährlich erscheint, auf den zweiten jedoch zur Bedrohung für sehr viele Menschen im In- und Ausland sowie in der sog. 3. Welt (Brasilien-Vertrag) wird. Wir halten es für wichtig, daß Unterstützung von außerhalb

DA VERGEHT DER SONNE DAS LACHEN

ESSEN 3.Mai *Die Bürgerinitiative Lübeck e.V., die den ‚Alleinvertretungsanspruch' hinsichtlich des Symbols der lachenden Sonne besitzt, strengt wegen des angeblichen Mißbrauchs der Sonne Prozesse gegen Atomkraftgegner an und sorgt dadurch für reichliche Verwirrung und Empörung. Deshalb schreibt der Verband Linker Buchhändler (VLB) folgenden Offenen Brief:*

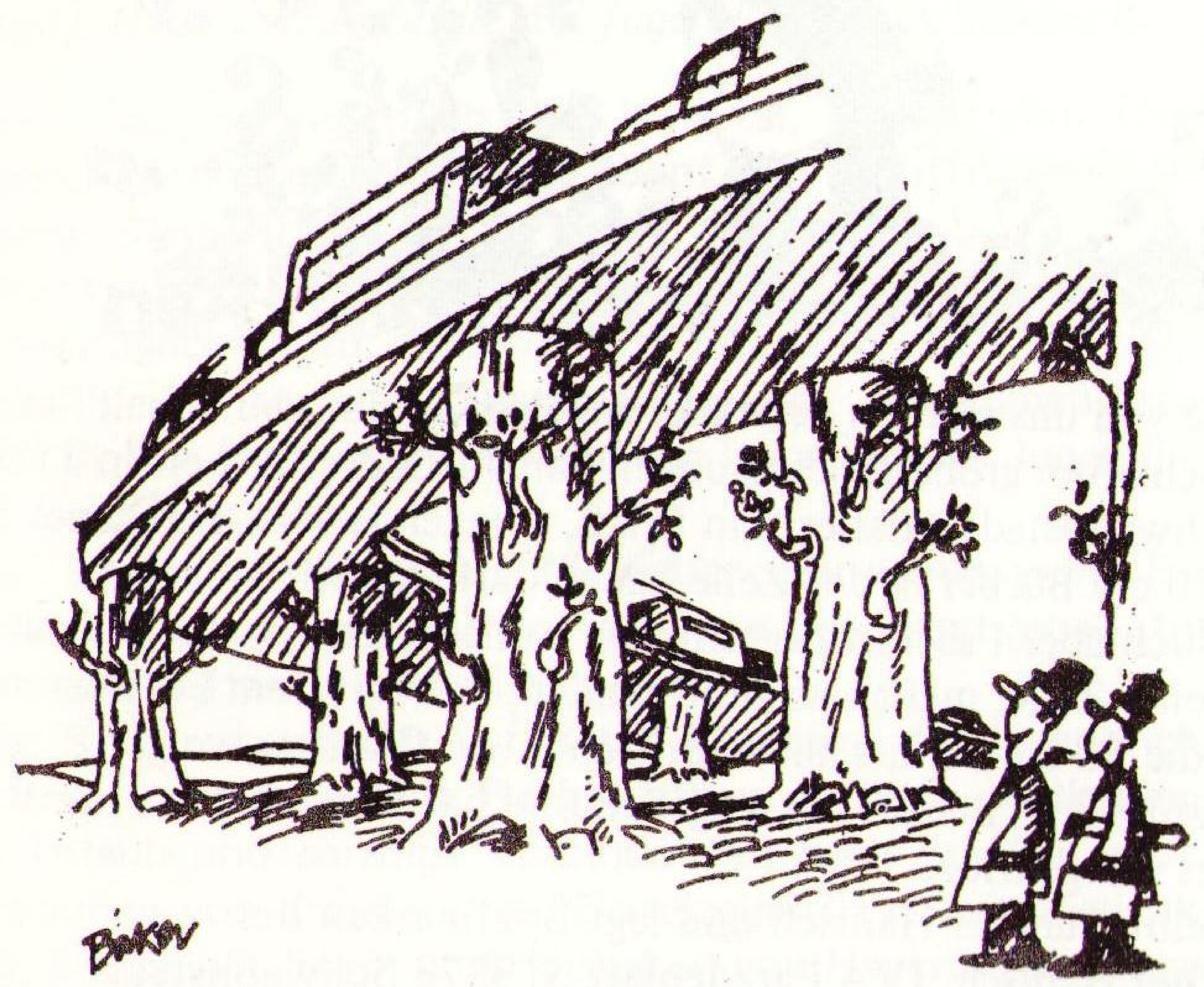
„Das Maß ist voll! Wir können und wollen nicht länger stillschweigend hinnehmen, wie eine Bürgerinitiative ihren bürgerlich verbrieften Monopolanspruch (sprich Copyright) ausnutzt und in maßloser Weise gegen jeden Benutzer, Nachahmer, Verunglimpfer „ihrer" ‚lachenden Sonne' Prozesse anstrengt, ohne darüber in der Anti-AKW-Szene ein Wörtchen verlieren zu müssen. Das ist bis jetzt die Krönung eures grundlegend anonymen Verhaltens. Stets habt ihr euren Teil der Verkehrsformen auf Ausstellen von Rechnungen reduziert.

Nie war es euch wichtig, Erfolge, Schwierigkeiten und Änderungen, die mit dem Vertrieb der ‚lachenden Sonne' zusammenhängen, transparent zu machen – geschweige denn zu diskutieren. Wir möchten endlich wissen, wo die ganze Kohle hingeht, die in den letzten Jahren so auf eurem Konto gelandet ist, wie es sich mit dem plötzlichen Erscheinen des Copyrightzeichens auf den Aufklebern verhält, in welchem Zusammenhang das von uns neuerdings in einen Fond zu zahlende Geld mit dem internationalen Anti-AKW-Zeitungsprojekt steht und was ihr eigentlich mit den sich häufenden gerichtlichen Verfahren gegen angebliche Mißbraucher der ‚lachenden Sonne' bezweckt?

Das sind Fragen, die uns seit einiger Zeit brennend beschäftigen. Bringt das Faß nicht noch zum Überlaufen. Steigt ein in die Diskussion.

für den VLB (Verband Linker Buchläden /NRW):
Politischer Buchladen, ‚Bundschuh', Tiegelstr.39,43 Essen.

(das holl. Landesenergiekomitee hat seine Unterstützung zugesagt) anrollt, damit den Gronauern klar wird, was wir vergeblich seit fast 2 Jahren versuchen, daß diese Anlage für unser aller Leben eine ernste Bedrohung darstellt. Wir würden uns himmlisch oder höllisch freuen, wenn auch aus anderen Städten der BRD Leute vertreten wären.
Leute, die Musik machen, Theater spielen, oder Filme oder Dias haben, können sich schnell melden.
Keine Urankonzentrationsanlagen in Gronau, Almelo oder sonstwo
BI Gronau, c/o Theo Hendricks, Thiecker Damm, 4432 Gronau, Tel.: 02562/5393



"Wir wollten von dem uralten Wald so viel wie möglich erhalten..." (Aus: Punch)

PROZESS GEGEN DETLEF SCHULZ UND JOHANNES ROOS

FRANKFURT 10. Mai Der Prozeß gegen Johannes Roos und Detlef Schulz – beide angeklagt wegen Polizistenmordes (siehe IDs 198, 205, 209 – 219, 221 226, 228) hat sich als ein aufwendiges, teures und für alle Beteiligten nervenaufreibendes Windei entpuppt. Am 5. Mai krachte die Anklage der Staatsanwaltschaft mit gedämpftem Getöse zusammen. In der Frankfurter Rundschau stand am nächsten Tag zu lesen "Sensationelle Wende im Polizistenmordprozeß".

Die "sensationelle Wende" war nichts anderes als das, was Prozeßbeobachter schon länger wußten: Die tödliche Kugel im Kopf des bei einer Schießerei an der Sprendlinger Kiesgrube umgekommenen Polizeiwachtmeisters Sippel stammt eindeutig aus der Dienstwaffe seines Kollegen Korol, der seinerzeit in wilder Panik um sich schoß.

Die offizielle Version dieser Erkenntnis stammt von dem Wissenschaftlichen Leiter des Bundeskriminalamtes Wiesbaden, Dr. Gross, der als Sachverständiger aussagte, es sei erst jetzt möglich gewesen, das zu bestimmen. Und zwar mit einem "völlig neuen Verfahren": dem Rasterelektronenmikroskop. Diese Methode wird jedoch nach unserer Information seit 1974 angewandt (z.B. auch im Prozeß gegen Verena Becker).

Als zweiter Gutachter wird der Dozent an der Universität Bonn, Prof. Sellier, gehört. Er untersuchte die Schußkanäle und widerlegte ein früheres, vom BKA geliefertes Gutachten. Danach verlief der Schußkanal der zweiten – ebenfalls tödlichen – Kugel, die Sippel getroffen hatte, von der Brust zum Rücken. Sellier beurteilte den Schußkanal als genau umgedreht verlaufend, nämlich vom Rücken zur Brust.

Pausengespräch des Dr. Groß mit einem Polizisten, zufällig gehört von einem Zuhörer: "Zu dumm, daß das jetzt passieren mußte."

Die Mordanklage gegen Detlef Schulz ist endgültig zusammengebrochen. Mit Hilfe dieser war er seinerzeit zwar aus Frankreich an die Bundesrepublik ausgeliefert worden, verurteilt kann er jedoch nicht werden. Der Rechtsstaat, hier repräsentiert durch Richter Spahn, steht jedoch grollend im Hintergrund. Soll eine "rechtliche Belehrung", daß durch die Aufhebung des Haftbefehls die Bedingungen des Auslieferungsverfahrens hinfällig seien, Detlef Schulz unter psychischen Druck setzen oder ist sie lediglich als private und perfide Geschmacklosigkeit des vorsitzenden Richters zu verstehen?

Der zweite Punkt der Tagesordnung ist die Aufhebung des Haftbefehls gegen Johannes Roos. Nachdem sich die Belastungszeugen der Staatsanwaltschaft, die Johannes am Tatort gesehen haben wollten, als wenig überzeugend erwiesen hatten, waren die Entlastungszeugen beim besten Willen nicht unglaubwürdig zu machen. Die Anklage behauptete, Johannes sei kurzhaarig und rasiert am Tatort gewesen. Fünf Zeugen sahen den ihnen gut bekannten Johannes Roos jedoch im fraglichen Zeitraum so langmähnig und bärtig wie seit Jahr und Tag.

Frage an den Zeugen Dieter Coy: Warum ist Ihnen denn das Plakat so aufgefallen? (Es handelt sich um ein Plakat der Verteidigung, daß Johannes in seiner gewohnten Haartracht und daneben nach der Zwangsscherung durch die Justiz darstellt, die Red.).

Der Zeuge erklärt das geduldig, an Richter Spahn gewandt: "Johannes mit kurzen Haaren, das hat mich erschreckt, das wäre ja genauso, als wenn ich Sie morgen auf einmal mit ganz langen Haaren treffen würde".

Johannes kassiert an diesem Tag als Zugabe noch eine Woche Ordnungshaft. Er nannte die Staatsanwälte am vorher-

gehenden Verhandlungstag Heuchler. Diese Beurteilung hatte sich ihm aufgedrängt, als die Staatsanwälte Rammelmeyer und Waldschmidt sich beschwerten, daß "ein so glaubwürdiger Zeuge wie der Herr Coy" von der Verteidigung erst so spät repräsentiert werde. Man wäre glücklich gewesen, diese Aussage schon früher zu hören.

Die nun erfolgte Aufhebung des Haftbefehls gegen Johannes bedeutet nicht etwa, daß er das Gefängnis verlassen kann. Gegen ihn besteht noch ein zweiter Haftbefehl, mit dem die Staatsanwaltschaft in einem späteren Prozeß versuchen wird, aus ihm eine "terroristische Vereinigung" zu machen.

Die nächsten Prozeßtermine sind der 17. und 19. Mai, 9 Uhr. Mit der Urteilsverkündung ist an einem der beiden Tage zu rechnen.

2. JUNI UND HUNGERSTREIK

BERLIN
9. Mai

In einem Brief vom 17. April 1978 schreibt Ralf Reinders, warum der „2. Juni" den Hungerstreik der RAF nicht mitmacht (an dem Hungerstreik, der vom 10. März bis zum 20. April andauerte, sollen sich bis zu 24 Gefangene aus der RAF und der Bewegung 2. Juni beteiligt haben. Es ist anzunehmen, daß Ralf Reinders in seinem Brief für die 2.Juni-Leute spricht, die gemeinsam mit ihm zur Zeit vor Gericht stehen. Gründe der Nicht-Teilnahme an dem Hungerstreik:

1. Sind alle fehlgeschlagenen, oder besser unsere Fehleinschätzungen der letzten Hungerstreiks, sind nie aufgearbeitet worden. Da wird einfach neu angefangen.
2. Enthält er keinerlei Zusammenhang mit den sogenannten ‚normalen' Gefangenen.
3. Baut er auf keinerlei Unterstützung von draußen. Wir meinen, daß ein Hungerstreik draußen mobilisieren muß. Nur der Druck von beiden Seiten, drinnen und draußen, kann was erreichen.

Es ist hier nur die Fortsetzung der falschen Politik der bewaffneten Gruppen, die Gefangenen und die Guerilla kämpfen nur noch für den eigenen Bedarf. Die Gefangenen kämpfen ausschließlich gegen den Justizapparat ohne die sozialen Gefangenen. Die Guerilla kämpft ausschließlich (außer die RZ)gegen den Staatsapparat, ohne die Linke, ohne die Unterdrückten. Davon wollen wir aber weg. Wir wollen Kampfformen aufzeigen, die nachvollziehbar sind, die jeder machen kann, zumindest sich solidarisieren kann. Natürlich verzichten wir dabei nicht auf Schläge gegen den Staatsapparat. Der Hungerstreik verläuft ohne Interesse. Wieso fragen die sich nicht mal selbst, noch vor 1 Jahr waren es 100 Gefangene, heute 18 die hungern."

SCHREIBT GÜNTHER HANISCH

SCHWALMSTADT
10. Mai

Günther Hanisch sitzt seit 18 Jahren im Gefängnis. Er wurde wegen Mordes an einem Polizisten zu Lebenslänglich plus Sicherheitsverwahrung verurteilt. – 16 Jahre lang versuchte er immer wieder die Wiederaufnahme seines Verfahrens, alle seine Anträge wurden abgelehnt. Schließlich sah er keine andere Möglichkeit, als mit Gewalt Öffentlichkeit für seinen Fall zu erzwingen, um so die Wiederaufnahme durchzusetzen. Er bewaffnete sich mit einem selbstgebauten Schußapparat, nahm eine Sekretärin als Geisel und versuchte Kontakt mit dem Hessischen Rundfunk aufzunehmen. In dieser Situation unternahm der Anstaltsleister Künkeler den Versuch, ihn zu überwältigen – er starb dabei.

(ausführliche Informationen über den Geschehensablauf und die Situation im Gefängnis in Butzbach sind enthalten in dem Buch „Alles unter Verschluß"; zu beziehen über Justizgruppe c/o AStA Frankfurt 6 Frankfurt/M, Jügelstr. 1)

Günther Hanisch wurde zwischenzeitlich in die Psychiatrie gesteckt, untersucht, ob er verrückt sei, in seinem Fall noch Recht verlangen zu wollen, es mit Gewalt einklagen zu wollen. Hier ist ein Brief des Günther Hanisch-Untersützungsbüros:

„Günther Hanisch ist noch immer in Schwalmstadt isoliert. 23 Stunden am Tag alleine auf der Zelle – das nach über 17 Jahren Knast. Isolation, die schleichende Vernichtung ist hier nicht nur die Rache der Justiz – man erinnere sich an den kläglichen Tod des ehemaligen Anstaltsleiters von Butzbach, Künkeler bei einer Auseinandersetzung mit Günther Hanisch, sondern auch die Abtrennung eines Gefangenen von den anderen, der sich und seine Geschichte begonnen hat, im politischen Zusammenhang zu begreifen, mit anderen diskutiert, Kollektivität entwickeln will. Günther schreibt in einem Brief über seine Situation:

‚Wegen Besuch habe ich dir ja schon geschrieben, daß ich keinen mehr wünsche, da mich die eine Stunde immer ganz kaputtmacht. 720 Stunden im Regen stehen, bis auf die Knochen nass und dann eine einzige Stunde dem Sonnenschein entgegenfiebern – das hält kein Mensch aus, zumindest ich nicht. Solange bis das Gericht nicht über meine, die Psyche zerstörende Isolation entschieden hat. Es wird höchste Zeit, denn die Sache (er meint wohl den Antrag auf Umschluß) *läuft schon drei Monate. Ich bin der Überzeugung, daß man-fr mich kaputtmachen will. Muß alle meine Kräfte zusammennehmen, um durchzuhalten. Es fällt mir sehr schwer. Mein Zustand ist bös.'*



Briefe von uns werden verstärkt angehalten, da „der Inhalt der Schriften grobe Beleidigungen von Justizorganen enthält." In Schwalmstadt existiert ein Erlaß, wonach jeder Gefangene nur 50 cm Bücher in der Zelle haben darf. Als wir Günther ein Buch über Faschismus schicken wollten, kamen die Grünen auf seine Zelle, maßen ab, und fanden, daß mit dem Faschismus die 50 cm bereits überschritten seien. Günther weigerte sich zunächst, Bücher rauszugeben und hat so auch noch nix Neues reingekriegt.

Schreibt Günther Hanisch und legt Briefmarken bei:

Günther Hanisch, JVA Paradeplatz 5; 3578 Schwalmstadt

Hanisch Unterstützungsgruppe,Grabenstr.11; 62 Wiesbaden

SELBSTHILFE IM KNAST

FRIEDRICHSDORF 8. Mai

Bereits im letzten Jahr wurde eine Solidaritätskomitee für Rechtsuchende im Knast von Gefangenen und ehemaligen Gefangenen gegründet. Nach langen Schwierigkeiten will die "Bewegung undogmatischer Gefangener" mit einem weiterentwickelten Konzept 'neu' anfangen. Hierzu schreiben sie:

Wir streben weiterhin an, jeder/jedem Gefangene(n) sein Recht auf freie Informationen zu garantieren — wir sind es leid, über die Knastzensur zu jammern, sondern wollen die unterbliebenen, realen Informationen verbreiten. Aus diesem Grunde erscheint es uns richtig, verstärkt mit der in- und ausländischen Alternativpresse zusammen zu arbeiten.
Weiterhin wollen wir einen Bereich der kostenlosen Rechtsberatung einrichten, da festgestellt wurde, daß selbst die ohnehin mageren Rechte der Gesetzgebung, nicht voll ausgeschöpft werden.
Neu am Komitee ist auch eine Bücherzentrale, von der jede(r) Gefangene kostenlos Gebrauch machen kann (näheres könnt ihr über die Kontaktadressen erfahren).
Damit unsere Arbeit fruchtbar wird, benötigen wir dringend f[illegible]zielle Unterstützung; denn Briefmarken, Pakete, Knastbesuche usw. verschlingen Unsummen an Geld, das wir unmöglich alleine aufbringen können. Verlage, Buchläden und Genossen bitten wir um weitere Buchspenden. Weiter bitten wir um Tips Anregungen und solidarische Zusammenarbeit, um den Gefangenen durch Hilfe die Selbsthilfe zu ermöglichen. Alle, die im Bereich Alternativpresse arbeiten, mögen sich mit uns in Verbindung setzen. Rechtsanwälten, denen es nichts ausmacht, mal ohne Honorar Rechtsberatung zu gewähren, wenden sich bitte an eine der Kontaktadressen."

für die "Bewegung undogmatische Gefangene", c/o Egon Spittka, Landgrafenpaltz 1, 6382 Friedrichsdorf, Manfred Patzer, Einigungsstr. 43, 294 Wilhelmshaven, Norbert Leetz, Postfach 301 (JVA). 476 Werl, Werner Franke, Gartenstr. 1 (JVA) 4154 Willich 2

MATERIAL ZUM JUGENDKNAST GESUCHT

HAMBURG 2. Mai

Für den Mitte November 1978 stattfindenden Jugendhilfetag existieren schon mehrere Arbeitsgruppen, und es [illegible]t auch schon mehrere nationale Vorbereitungstreffen gegeben. Vom 25. bis zum 28. Mai findet nun ein Treffen in Bremen statt, bei dem als Schwerpunkt Heimerziehung gesetzt wurde (speziell: Jugendknast als konsequente Fortsetzung der staatlichen Heimerziehung — geschlossenes Heim, Jugendarrest Knast). Hierzu schreibt die AG Jugendknast aus Hamburg:

"Wir brauchen eigentlich alles Material, was ihr zum Thema Jugendknast/arrest auftreiben könnt. Das betrifft sowohl statistisches Material:
Wieviel Jugendliche sind in der Anstalt, Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, (werden alle Minderjährigen beschult?), 'Bezahlung', soziale Zusammensetzung, Zusammensetzung nach Delikt, Heimerfahrung und wie lange, wieviel Jugendliche auf einen Betreuer ...
Wie: allgemeines Material: Wir haben sehr wenig, wenn Euch Eure Bücher zu wertvoll sind zum aus der Hand geben, bitte zumindest LIteraturhinweise!
Wie: Beschreibung der konkreten Situation der Jugendlichen in den Knästen, welche Rechte haben sie noch, Bedingungen für Urlaub und sonstige Verbindungen nach draußen, gibt es Betreuung von draußen, nur Einzelzellen? Freizeitmöglichkeiten, Einschluß, Form und Häufigkeit von Hausstrafen, Auswirkung auf "Vergünstigungen', gibt es und in welcher Form Arrest? Wie läuft das mit vorzeitiger Entlassung, Entlassungsvorbereitungen, womit insgesamt werden die Jugendlichen konfrontiert, kaputtgemacht ....
Außerdem interessiert uns, in welchem Rahmen der Knast im gesamten Fürsorgebereich steht.
Wichtig auch die strukturelle Eingliederung des Betreuungspersonals, wo sind eigenen Entscheidungsmöglichkeiten, Einflußnahme auf Entscheidungen, Spannungen zwischen Betreuungs- und anderem Personal, allgemeine Strukturen der Anstalt, welche Ausbildung hat das Personal, die Leitung.

AG-Jugendknast Hamburg, (ehemalige Betroffene, Sozialarbeiter aus der JVA Vierlande, Erzieher- und Sozialarbeiterstudenten) Telefonischer Kontakt: Matthias Görig, Wiesingerweg 1, 2 Hamburg 20, Tel: 040/497516.
Peter Schönwiese, Max-Brauer-Allee 225, 2 Hamburg 50, 040/433296

KNASTGRUPPE LÜBECK

EINE TERRORISTISCHE VEREINIGUNG ?

LÜBECK 27. APRIL

Im folgenden ein leicht gekürzter Bericht der Knastgruppe Lübeck:

„Vor ungefähr einem Jahr haben wir in Lübeck die „Knastgruppe" gegründet. Unsere Arbeit besteht darin, daß wir Briefe an Gefangene schreiben, Besuche machen und Pakete schicken, Anwälte besorgen und auch versuchen wollen, Entlassenen weiterzuhelfen. Natürlich unterstützen wir auch Gefangene, die gegen die Mißstände im Knast kämpfen, bzw. machen diese öffentlich. Wir machen keine Unterschiede zwischen politischen und sozialen Gefangenen.

Unser Ziel ist die Abschaffung der Knäste, als Alternative treten wir für den Aufbau von Wohngemeinschaften und Kollektiven, in denen Gefangene die Aufhebung ihrer Isolation in der Gesellschaft erfahren und lernen, gemeinsam und in gegenseitiger Verantwortung zu leben, ein.

Kaum haben wir mit der Arbeit begonnen, schon werden wir, wie viele andere Knastgruppen auch, von den Staatsschutzbehörden kriminalisiert. Dazu bedient man sich kurzerhand des neugeschaffenen § 129a StGB, der die Bildung oder Unterstützung einer sogenannten „terroristischen Vereinigung" unter Strafe stellt.

Daß dieser Paragraph dazu dient, Einzelpersonen und Gruppen, die sich kritisch mit diesem Staat und Gesellschaftssystem auseinandersetzen, die sich gegen den Abbau auch der letzten noch verbliebenen demokratischen Rechte wehren, zu kriminalisieren und ihre Arbeit in den illegalen Bereich abzudrängen, wird bei der Anwendung des §129a besonders deutlich. Allein in Lübeck sind fünf (!) Fälle bekannt, wo Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gegen § 129a laufen.

Die Versuche, die Lübecker Knastgruppe auszuschalten und die Friedhofsruhe über den Gefängnissen wiederherzustellen, fand in der Mitteilung des Justizministers des Landes Schleswig-Holstein an Frank Riefenstahl einen vorläufigen Höhepunkt:

„... daß der Generalbundesanwalt (Rebmann) ein Ermittlungsverfahren wegen B i l d u n g einer terroristischen Vereinigung eingeleitet hat."

Daß mit der angesprochenen terroristischen Vereinigung die Knastgruppe gemeint ist, geht aus der Vorgeschichte der Gruppe eindeutig hervor.

Die Kriminalisierung begann mit Schreib- und Besuchsverboten für den Lübecker Lauerhofknast, weil angeblich „...Schriften übersandt wurden, in denen die Gewalttaten der Roten Armee Fraktion (RAF) gebilligt werden, ..." - gemeint sind Zeitungen und Zeitschriften, in denen der Göttinger Buback-Nachruf und auch Gedichte von Erich Fried abgedruckt sind.

Dann wurden uns systematisch die „...Nutzung aller Räumlichkeiten der Hansestadt Lübeck..." für Info-Veranstaltungen, bei denen über das repressive Vollzugsklima im Lauerhofknast berichtet werden sollte, verboten, obwohl sie bereits mehrfach zugesagt waren. Ebenso die Räume für regelmäßige Gruppentreffs. Genau wie bei den Besuchsverboten liegt die Begründung dieser staatlichen Maßnahme in der angeblichen Billigung der RAF-Aktionen.

Nachdem wir auf diese Weise schon in die Nähe von RAF-Sympathisanten gerückt worden waren, unterstellte man uns auch gleich noch terroristische Anschläge. Im Knast erzählt das Anstaltspersonal einem Gefangenen, die Knastgruppe hätte eine „Drohung mit Dynamitstangen" gegen Anstaltsleiter Greif gemacht.
Als dann am 22./23. Oktober in der Lübecker Innenstadt Parolen zu den Toten in Stammheim gesprüht wurden, brachte man das natürlich gleich mit der Knastgruppe in Verbindung.

Frank Riefenstahl wird verdächtigt, an dieser Aktion beteiligt gewesen zu sein, er wird noch in der selben Nacht festgenommen und 38 Stunden lang in Haft gehalten. Nach der erkennungsdienstlichen Behandlung wird die Wohngemeinschaft, aus der Frank kommt, in seiner Abwesenheit und ohne richterlichen Befehl durchsucht. Die beschlagnahmten Gegenstände zeigen, welche Interessen die Polizei verfolgt: Arbeitsunterlagen und Post der Knastgruppe und Russell-Initiativgruppe werden mitgenommen; ebenfalls 1.500 Flugblätter, die zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung aufrufen. Außer persönlichen Gegenständen dann auch noch eine Hungerstreikerklärung der RAF und vervielfältigte Gedichte von Erich Fried, in der Absicht, die terroristische Gesinnung der Knastgruppe damit zu belegen.

Gegen die anderen Mitglieder der Wohngemeinschaft, Brigitte Peukert und Harald Schütte,werden sofort, genau wie gegen Frank, Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet. Auch bei Brigitte und Harald nehmen die Staatsschutzbehörden an, daß sie zur Knastgruppe gehören und Parolen gesprüht haben.

Am 15. November geht Frank dann ein Beschluß des Oberlandesgerichts Schleswig zu, daß ein Brief vom 25.10. an den Gefangenen Bodo Johlke beschlagnahmt worden sei, „... weil dieser Brief als Beweismittel für das Verfahren (129a) von Bedeutung sein kann." In diesem Brief setzt Frank sich mit der gesellschaftlichen Realität und der von Faschisten ausgehenden Gefahr und der Situation in der BRD nach der Schleyer-Entführung auseinander.
Ebenfalls wurden als Beweismittel Briefe beschlagnahmt, die ein Gefangener (!) an Professor Gollwitzer und Erich Fried schrieb, und darin über den Strafvollzug berichtete.

Der letzte bisher bekanntgewordene Versuch, Beweise zu konstruieren, bestand darin, einen ehemaligen Mitarbeiter der Knastgruppe als Spitzel für den Verfassungsschutz anzuwerben. Ihm wurde als Gegenleistung wahlweise ein Schulplatz mit Abiturabschluß, eine Lehrstelle oder Studienplatz sowie 300 Mark monatlich angeboten. Sollte er in Schwierigkeiten geraten, wollte man ihm ebenfalls behilflich sein. Als besonderes Entgegenkommen sprach man davon, daß ein gegen ihn geplanter Prozeß nach § 129a nicht stattfinden sollte.

Die eben aufgezeigte schrittweise Kriminalisierung der Knastgruppe und ihrer Mitarbeiter durch Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung bzw. Gründung einer „terroristischen Vereinigung" steht einerseits im Zusammenhang mit der von uns geleisteten Arbeit, nämlich der Öffentlichmachung der Mißstände und Unterdrückung im Knast, der dort angewandten Isolationsfolter. Dieser Staat hat ein Interesse daran, sich nicht hinter die Gefängnismauern blicken zu lassen. Die Knäste und die Gefangenen sind für diesen Staat Bereiche, genau wie seine Polizei, BGS (Bundesgrenzschutz) und Bundeswehr, in denen es gilt, den Widerstand zu brechen und kritische Frager mundtot zu machen.

Die Kriminalisierung bedingt durch die tatsächlich geleistete Arbeit ist allerdings nur eine Seite. Die andere Seite sieht so aus, daß nach dem Sympathisantenkonzept der Bundesregierung jede Gruppe, die Gefangene betreut, als potentielles Terroristen-Umfeld gilt, aus dem sich der Nachschub rekrutiert. Sollte dazu noch der Fall eintreten, daß Parolen gemalt werden und Gefangene in den Hungerstreik gehen, eine Widerstandsform, die anfänglich von politischen Gefangenen praktiziert wurde, hat sich für den Staatsschutz und die staatlichen Ermittlungsbehörden der Kreis geschlossen: Aus einer Knastgruppe ist eine „terroristische Vereinigung" geworden."

Kontakt: „Knastgruppe Lübeck", c/o Frank Riefenstahl Mühlenstr. 91-7, 2400 Lübeck 1, Tel. 0451 - 75 964.Spendenkonto: PSchA Hamburg, BLZ 20010020, PSchKto-Nr. 35 34 90 - 208 (F. Riefenstahl).

KNASTGRUPPE LÜBECK IST UMGEZOGEN

LÜBECK
10. Mai

Die Knastgruppe hat eine neue Adresse:
„knastgruppe – lübeck"
c/o frank riefenstahl
schwartauer allee 51
2400 lübeck 1
Tel.: 0451/ 47 41 81

Spendenkonto: PschA Hamburg (blz 20010020), PschK...-Nr. 35 34 90 – 208, F. Riefenstahl.



Politischer Überwachungsverein (PÜV) – Stempel gilt jeweils für ein Jahr

ANTIFASCHISTISCHE DEMO IN SOLTAU

SOLTAU
7.Mai

Folgender Bericht ist von der Antifa-Gruppe Soltau:

Am 29.4. folgten 150 Antifaschisten dem Aufruf des Antifa-Arbeitskreises, einer breiten Aktionseinheit aus Anti-AKW-BI's, Frauengruppe, DKP, KB, einzelnen Anarchos und Mitgliedern von JUSO's und Pfadfinder.

Der Anlaß ist das in Breloh (Munster) stattfindende Frühlingsfest und Kameradschaftstreffen der NPD. Vor einigen Wochen sprach dort bereits der NPD-Vorsitzende Mußgnug im Rahmen einer neo-nazistischen Wahlveranstaltung. Doch der braune Sumpf in der Heide ist noch viel tiefer:

- in Harber das Wehrmachtsmuseum Hartung, wo NAZI-Material ausgestellt und vertrieben wird
- in Munster der Buchladen Hoffmann, von wo aus faschistische Propaganda bundesweit vertrieben wird

– in der Umgebung von Töpingen veranstaltet die Wiking-Jugend wehrsportähnliche Übungen
– in Schneverdingen der CDU-Landtagsabgeordnete und ehemalige Justizminister Bosselmann, dessen nazistische Vergangenheit sich nicht vertuschen läßt.

Über wenig Unterstützung braucht sich die NPD hier also nie zu beklagen, aber nach der Flucht des SS-Massenmörders Kappler wagten sich die Rechten noch weit offener aus ihren Löchern:

– regelmäßige SS-HIAG-Kameradschaftstreffen in Soltau!
– mehrere Ehrenwachen von Alt- und Jungfaschisten vor Kapplers Haus, darunter Mitglieder der kriminellen Hansa-Bande, die zur NPD direkte Verbindungen aufweist!
– bei den Kreistagswahlen im Oktober 77 ein Sitz für die NPD!

(aus einer der Reden auf der Abschlußkundgebung)
Vor und während der Demonstration kam es zu zwei Zwischenfällen: den Büchertisch mußten wir wieder abbauen, unser Antrag sei angeblich beim Ordnungsamt nicht angekommen. Aus dem Demo-Zug heraus wurde ein Plakat der "demokratischen Fraueninitiative" beschlagnahmt. Nach dem Text: "Wir sind dagegen" war ein Gerippe mit einem als Hakenkreuz stilisierten Kopf abgebildet. Begründung für die Beschlagnahmung: Abbildung von NAZI-Symbolen!!
Obwohl wir seit einer Woche die Demo vorbereitet hatten, war das Echo bei den Umstehenden ziemlich ablehnend. Wir haben uns entschlossen, über die faschistischen Aktivitäten im Raum Lüneburger Heide, mit den Redebeiträgen und Berichten über die Demo eine Dokumentation zu erstellen, um damit Aufklärungsarbeit leisten zu können.

Die Antifa-Gruppe Soltau, c/o Thomas Rohde, Steinbeckerstr. 17, 3041 Hützel

Seit dem 8. Mai läuft vor der 14. Großen Staatskammer am Landgericht in Hamburg ein Prozeß gegen 10 Antifaschisten wegen Landfriedensbruch etc. (Anlaß: NPD-Kongreß am 7.8.1976 in Hamburg, wo es zu schweren Zusammenstößen kam).

SCHWULE AUF DER ANTIFASCHISTISCHEN DEMONSTRATION

KÖLN
29. April

Ein Mitglied einer Oberhausener Schwulengruppe schreibt:

Als bisher nicht üblich müssen wir Schwule die Aktionseinheit zwischen einem Teil der Linken und einigen Schwulengruppen anläßlich der antifaschistischen Demonstration in Köln werten. Dieser Aktionseinheit ging eine konkrete Vorarbeit der Kölner Schwulengruppe SAK voraus. In einem Aufruf sprach die SAK alle linken Gruppen am Ort an und forderte sie zu einem Vorbereitungstreffen auf. Gründe für die Aktivitäten der Schwulen sind wohl in erster Linie die Erfahrungen der Schwulen im Hitlerfaschismus (Ermordung zehntausender Schwuler in den KZ's); weiter die erfahrene Situation, wie sie sich für uns heute stellt (Berufsverbote, Diskriminierung durch Medien, Stereotaxie, Bullenkarteien, der ganze Katalog der alltäglich-subtilen Repressionen usw. usf.) und zum Anderen, das permanente Aussparen der Schwulendiskriminierung durch VVN (der eigentliche Initiator der Demonstration), DKP und ihrer Nebenorganisationen. So war es nicht verwunderlich, daß die VVN andere Parolen auf dieser Demonstration nicht sehen wollte, am liebsten es gäbe uns nicht.

Wir freuten uns umsomehr, daß der Einladung viele Genossinnen und Genossen folgten und folgende Gruppen vertreten waren: KB, KPD, Anarchosyndikalisten, Knastgruppe, Berufsverbotsgruppe und die Schwulengruppen HID (Düsseldorf), RAGE (Essen), glf, SAK, SGR (Köln), Rosa Winkel Gruppe Wuppertal, HSH (Hannover) und RSF (Oberhausen). Bei diesem Vorbereitungstreffen konnte ein von allen Gruppen getragenes Flugblatt verabschiedet werden.

Die Demonstration selbst:
Bei etwa 30 000 Leuten „erregte" der Schwulenblock aus ca. 60-80 Schwestern „große Aufmerksamkeit". Vielleicht lag es daran, daß ein Teil der orthodoxen Genossen bisher nie oder selten Schwule in dieser Geschlossenheit erlebt haben. Oder aber das relativ gute Schwulenflugblatt, welches sich in der Aufmachung von den anderen abhob, die Transparente mit schwulen Losungen und das NARGS-Plakat (NARGS = Initiative der Schwulen zum Russell-Tribunal) erreichten diese besondere Beachtung.



NEONAZISTISCHE VEREINIGUNG GEMEINNÜTZIG?

MÜNCHEN
18. April 78

Vom Pressedienst Demokratische Initiative erreichte uns folgende Pressemitteilung:

"Noch im Jahr 1978 sind Spenden für die 'Deutsche Bürgerinitiative e.V.' des neonazistischen und antisemitischen Agitators Manfred Roeder steuerlich abzugsfähig, da ihr die 'Gemeinnützigkeit" zugebilligt wird. Roeder hat zusätzlich von Gesinnungsfreunden ein Sonderkonto in der Schweiz einrichten lassen, um bessere Manipulationsmöglichkeiten zu haben: 'Euro-Sic-Trans, Postscheck 30-53436 Bern, Walser'. Roeder ist 'zur Festnahme wegen Strafantritt' derzeit polizeilich gesucht, weil er eine gegen ihn verhängte Strafe nicht rechtzeitig angetreten hat.

Folgende Mitteilung stammt ebenfalls vom 'Pressedienst Demokratische Initiative':

CSU-Forderung nach Freikorps in Bayern?

MÜNCHEN
20. April 78

Der ehemalige Kommandeur des Verteidigungsbezirks Oberbayern, Oberst Sepp Prentl, forderte in seiner Funktion als CSU-Abgeordneter im Bayrischen Landtag die Aufstellung eines "bayrischen Landsturms", der sich aus Reservisten der Bundeswehr zusammensetzen soll. Nach dem Muster der US-Nationalgarde soll dieser in Spannungs- und Krisenzeiten "wichtige Objekte vor Anschlägen schützen". Mit Hilfe dieser und ähnlicher Begründungen wurden in den Jahren 1918/19 in Bayern die berüchtigten "Feikorps" aufgestellt, die ihre angebliche Aufgabe darin sahen, für "Ruhe und Ordnung" zu sorgen, tatsächlich aber gegen streikende Arbeiter eingesetzt wurden und die Republik bekämpften. Sie waren maßgeblich

am Kapp-Putsch 1920 und Hitler-Putsch 1923 beteiligt und verübten eine Unzahl terroristischer Mordaktionen. Die Angehörigen der Freicorps bildeten den Kern der späteren SA- und SS-Einheiten.

Pressedienst Demokratische Initiative, Münzstraße 3 8000 München 2, Tel. 22 39 30/ 32, Telex 05/29 117

OFFENER BRIEF AN RUDI DUTSCHKE

LUDWIGSBURG 12. APRIL *Den folgenden Brief erhielten wir von Gefangenen aus der Vollzugsanstalt Ludwigsburg. Er bezieht sich auf einen Teil der Diskussion zwischen Rudi Dutschke, Sybille Haag, Dany Cohn-Bendit, einem Lotta-Continua-Mitarbeiter, einem Liberation-Mitarbeiter, Max Watts und ID-Mitarbeitern. Das Gespräch fand am Rande des Russell-Tribunals statt. Der Zusammenhang, auf den sich der offene Brief bezieht, ist im Groben folgender: Ausgehend von der Frage des Verhältnisses Russell-Tribunal – Linke entstand im Ausblick auf die zweite Sitzungsperiode der Jury eine Diskussion über die Frage der Amnestie-Forderung für Gefangene. Gegenüber der Meinung von Dany, der sich von der Diskussion um Amnestie eine fruchtbare Auseinandersetzung erhofft, vertritt Rudi die Meinung, eine Amnestie-Forderung abstrahiere von der historischen Entwicklung seit '68, wo die Amnestie Ausdruck der damaligen politischen Situation gewesen sei.*

Wir haben die (noch nicht historische!) Debatte zum Russeol-Tribunal gelesen (ID vom 6.4. Sonderausgabe zum Russell-Tribunal) an der unter anderen bekannten Linken aus Deutschland, Frankreich und Italien auch Du teilgenommen hast. Wir finden es befremdend, daß jemand wie Du, der buchstäblich auf seinem eigenen Kopf die Gewalt der anderen Seite erfahren hat, zu einem Amnestie-Projekt für *alle* Gefangenen in der BRD, sich so äußern kann:

1. Die Amnestie ist eine Zurückerinnerung an eine verlorene Schlacht,
2. Die Amnestie hat für mich rein *nostalgischen* Charakter . . .

Äußerungen, die wir um so mehr befremdend empfinden, als sie von Dir kommen, der Du doch mit der Situation der Gefangenen in der BRD vertraut bist und weißt, was in den Betonknästen – nicht nur in der BRD – geschieht. Die Nostalgie, die 60er Jahre, über die Du so viel sprichst, haben für uns, deren Leiden in diesen Knästen sehr persönlich und konkret ist, einen ganz anderen Charakter, nämlich einen reaktionären, wenn man dieser Nostalgie wegen gegen das Amnestie-Projekt ist, oder es auf diese persönlich-nostalgische Ebene reduziert. Mag sein, daß wir die Subtilitäten deiner Argumentation gegen die Amnestie nicht ganz begriffen haben, daß wir nicht verstehen können wie jemand – jemand wie Du – Nostalgie und eine ganz konkrete Situation – für einige Gefangene wohl konkret tödliche Situation – überhaupt in Verbindung bringen kann, ob das ein Ausdruck der linken Spaltung oder schon linke Arroganz ist; wir jedenfalls, die wir die Realität der bundesdeutschen Knäste aus Erfahrung kennen, haben für egal welche Nostalgie wenig übrig; – sie hat noch niemandem, der im Knast sitzt, geholfen, noch vor Hungertod oder putativem Selbstmord gerettet.

AMNESTIE FÜR ALLE !

drei Gefangene in der VA Ludwigsburg.

BUBACK–NACHRUF: VERFAHREN EINGESTELLT

KASSEL 8. Mai *Presseerklärung des Kasseler ASTAS:*

"Die Staatsanwaltschaft Kassel hat das Verfahren gegen die Mitglieder des ehemaligen Allgemeinen Studentenausschusses der Gesamthochschule wegen Veröffentlichung des "Buback-Nachrufes" eingestellt. Die Dokumentation des "Buback-Nachrufes" eines Göttinger Mescaleros in der Kasseler "Asta-Woche", im Mai 1977, hatte ein Ermittlungsverfahren wegen Billigung von Straftaten, der Volksverhetzung und der Verunglimpfung des Andenken Verstorbener nach sich gezogen. Die Staatsanwaltschaft hat nun entschieden, daß für diese Vorwürfe kein ausreichender Tatbestand vorliegt.

Der Allgemeine Studentenausschuß der Gesamthochschule ist der Meinung, daß die Staatsanwaltschaft Kassel die einzig richtige Entscheidung getroffen hat. Offensichtlich ist die Gleichschaltung der Justiz bei der Verfolgung politisch mißliebiger Gesinnung in der Bundesrepublik noch nicht ganz gelungen. Dennoch ist am Verhalten der Justiz einiges bedenklich. Es dürfte eine erhebliche Rechtsunsicherheit beim einzelnen Bürger hervorrufen, daß beim gleichen vorliegenden Sachverhalt ein Gericht Menschen zu sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, andere Gerichte zu Geldstrafen oder Freispruch kommen, eine Staatsanwaltschaft schließlich das Verfahren einstellt. Diese Rechtsunsicherheit – vor allem in politischen Strafverfahren – verstärkt noch weiter das herrschende Klima der Angst und des Mißtrauens. Der ASTA der GHK fordert alle Gerichte, die sich noch mit Verfahren wegen des "Buback-Nachrufes" beschäftigen auf, allgemein dem Beispiel der Kasseler Staatsanwaltschaft zu folgen."

MONATSKARTEN KOSTENLOS

BREMEN 10. Mai *Eine Bremer Gruppe "Revolutionärer Kampf" hat seine selbstgedruckte Monatskarte verschickt. Sie schreibt dazu folgende Erklärung:*

Ende April stellten wir mehreren 1000 Bremer Haushalten Monatsmarken eigener Herstellung zu. Wir meinen, daß es an der Zeit ist, der Bremer Straßenbahn AG für ihre unverschämte Tarifpolitik auf die Finger zu klopfen, und anfangen, uns dem zu widersetzen. Uns stinkt schon lange, mit welch einer Dreistigkeit und Selbstverständlichkeit die Kosten immer auf die abgewälzt werden, die sich der Straßenbahn am wenigsten entziehen können, weil sie mit Bahn und Bus zur Arbeit, Schule, zum Einkaufen usw. müssen. Wir meinen, daß das Streckennetz, so wie es angelegt ist, nicht uns, sondern in erster Linie den Fabriken und Kaufhauskonzernen nützt. In Ihrem Interesse liegt nämlich die reibungslose Massenverfrachtung zwischen Betonwüste, Arbeitsplatz und der Plastikkultur der Konsumzentren. Wir versichern denen da oben, daß wir den Klau aus unseren Taschen, der einher geht mit verschärften Kontrollen, nicht mehr widerstandslos hinnehmen. Das rotzige und selbstherrliche Auftreten der Kontrolleure schafft schon frühmorgens ein Klima der Angst unter uns, selbst bei Leuten, die nie schwarzfahren. Wer miterlebt hat, wie sie Leuten, die wirklich nur vergessen haben abzustempeln, den letzten Knopf abnehmen, weiß, daß sie uns wie Melkvieh behandeln! Wir werden unsere Energien nicht mehr damit verschwenden, Forderungen aufzustellen, sondern wir werden Forderungen durchsetzen.

Tips zum Schwarzfahren:

– Erst Entwerten, wenn Kontrolleure auftauchen
– Den entwerteten Fahrtausweis beim aussteigen anderen, die zusteigen, übergeben.
– Andere Fahrgäste durch lautes Rufen in der Bahn auf Kontrolleure aufmerksam machen,
– Schwarzfahren"



AUFSTAND IM IRAN

Von autonomen iranischen Studenten in Frankfurt kommt folgender Artikel:

TEHERAN April/März Die unheilige Allianz des imperialistischen Staatsstreichs aus CIA, amerikanischem Dollar, englischem Pfund und der gekauften Teheraner Unterwelt gegen die vom Volk gewählte Regierung Dr. Mossadeghs, half dem ins Ausland geflohenen Schah auf seinen Diktatorenthron zurück und unterbrach vorrübergehend den Prozeß antiimperialistischer Kämpfe, in die das Volk sein Vertrauen auf eine bessere Zukunft gesetzt hatte. Seit diesem Putsch werden unserem Volk seine geistigen und materiellen Reichtümer durch den Weltimperialismus entzogen. Das Erdöl und die anderen Bodenschätze wurden unter die Kontrolle anglo-amerikanischer Profitgeier gestellt. Die amerikanische Wirtschaft bietet heute trotz der Vervierfachung des Ölpreises im Jahre 1973, eine Inflation von 24% und ein extremes Soialgefälle zwischen milliardenschweren Spekulanten und hungernden Tagelöhnern.

Die Flucht der Bauern in die Städte in der Hoffnung, dort in der Industrie Arbeit zu finden, läßt die Erzeugung von lebensnotwendigen Lebensmitteln zurückgehen. Die Grundnahrungsmittel sind heute im Iran knapp. Eier und Zwiebeln werden zu Luxuswaren, für den Einkauf von Fisch Fleisch und Butter etc. müssen die normalen Verbraucher oft stundenlang Schlange stehen. Für Orangen z.B. werden Preise bis zu 25,- DM pro Kilo verlangt!

Nach den offiziellen Angaben des Regimes sind zur Zeit etwa 1,5 Mio. Arbeiter in den verschiedenen Industriezweigen beschäftigt. Für diese Menschen besteht ein Hauptproblem in den fehlenden Wohnungen, Wohnraum ist knapp und teuer, es werden z.B. für eine 2-Zimmer-Wohnung 1.500,-DM in Teheran verlangt.

Der Schah verwendet mehr als die Hälfte der gesamten Öleinnahmen für die Aufrüstung der iranischen Armee; im letzten Jahr 16 Milliarden Mark. Außerdem finanziert er die Unterkunft von 35000 US-Beratern. Doch die Geschichte besagt: Wo Unterdrückung herrscht, lebt auch der Widerstand! Das iranische Volk kämpft weiter für seine Recht: Am Anfang der sechziger Jahre steht der Beginn einer breiten Massenbewegung. Ihr Höhepunkt ist der 5.Juni 1962, an dem 18 000 Menschen von den Regierungstruppen ermordet werden. Daraufhin entstehen verschiedene politische Organisationen im Untergrund. Zwei davon werden durch bewaffnete Aktionen weltweit bekannt: die marxistischen 'Fedajin des Volkes' und die islamischen 'Modjaheddin des Volkes'. Ihre Aufgabe sahen sie in der Politisierung der gesellschaftlichen Atmosphäre und die Beseitigung der Angst vor den Schergen des Schahs, dem allgegenwärtigen Geheimdienst SAVAK. Wie gut ihnen dieses gelang, zeigen die jüngsten Ereignisse im Iran.

Vor etwas mehr als sieben Monaten gelangten erstmals Bittbriefe und Petitionen von Rechtsanwälten, Schriftstellern und sogar von Politikern aus der Mossadegh-Zeit an die Öffentlichkeit. Darin forderten sie die bürgerlichen Freiheiten, die Auflösung der Staatspartei 'Rastachis' und der 'Wiederauferstehungspartei' deren Mitglied, nach kaiserlichem Erlaß, jeder Iraner mit Geburt wird.

Am 11.Januar dieses Jahres kam es zu einer großen Massendemonstration in Ghom, in deren Verlauf 67 Menschen ermordet wurden. Daraufhin kam es in 45 weiteren Städten des Irans zu Solidaritätsprotestaktionen, in denen die Forderung nach dem Sturz des Schahregimes erhoben wurde. Der Höhepunkt dieser Bewegung war 40 Tage später in Täbriz, der Hauptstadt der Nord-Westprovinz Azerbaidjan. Dort beherrschte nach harten Zusammenstößen 300 000 Demonstranten zwei Tage lang die Straßen. Sie setzen die imperialistischen Institutionen – die ausländischen Banken zum Beispiel – und die Büros der faschistischen Rastachis-Partei in Brand.

Erst die Armee schlug den Aufstand nieder, wozu sie Hubschrauber, Maschinengewehre und Panzer einsetzte.
In diesem Kampf finden sich Republikaner, Sozialdemokraten, Sozialisten und marxistischte Guerillieros zusammen.

Weitere Informationen über die aktuelle Situation in Persien, insbesondere über die Aufstandsbewegung in:

1. *UNI PRESS, herausgegeben vom ASTA-Kollektiv der Liebig-Uni/Giessen*

2. *ELEFANTEN KLO Nr. 9 (Nachrichten von unten für Giessen & Umgebung)*

beides zu beziehen über: ASTA
Leihgesterner Weg 16
6300 L A H N 1

'RADIOAKTIVER ATOMFRIEDHOF' IN SPANIEN

CORDOBA im März Hornachuelos ist ein kleines Dorf, etwa 50 km westlich von Cordoba, am Fuß der Sierra Morena. Der Fluß Bembezar mit seinem stromaufwärts gelegenen Stausee durchfließt es auf dem Weg zum Guadalquivir. Wenige Kilometer von Hornachuelos liegt El Cabril, eine alte Bergarbeitersiedlung, die heute die Mine Beta beherbergt, wo sehr wahrscheinlich Abfall aus spanischen KKW's gelagert wird.

Die Junta de Energia Nuclear (JEN) errichtete den Atomfriedhof in El Cabril 1961. Nachdem dieser 15 Jahre in Betrieb war, bemühte sich die JEN um eine Betriebserlaubnis, beim Bürgermeister von Hornachuelos, die dieser verweigerte.

In letzter Zeit sind in dieser Gegend Fälle von Erkrankungen sprunghaft angestiegen, viele von ihnen sind tödlich: Leukämie, Zirrhose und Krebs. Die Bevölkerung ist beunruhigt und die JEN auch. Derzeit gibt es vier Kranke mit Hopkingscher Krankheit und vier Kranke mit Leberkrebs, außerdem eine lange Liste von Patienten mit anhaltenden Erkältungen, akuter Bronchitis und unverheilten Geschwüren.

Man konnte erfahren, daß die JEN gegenwärtig untersucht, ob die Zahl der Erkrankungen nach Inbetriebnahme des Atomfriedhofs angestiegen ist. Ebenfalls ist bekannt geworden, daß in der Sanitätsstation Reina Sofia in Cordoba Manuel Ruiz Vega wegen Leukämie behandelt worden ist. Er ging gewöhnlich einige Kilometer unweit der Mine Beta auf die Jagd. Eines Tages bekam er nach der Rückkehr 40 Grad Fieber. Der Arzt ordnete sofort seine Einlieferung in die Sanitätsstation von Cordoba an. Ruiz Vega hatte Wasser aus einem der Flüsschen getrunken, die aus der Sierra kommen und vermutlich radioaktiv verseuchtes Wasser mitführen.
Als man ihn fragte, ob seine Erkrankung (er wußte nicht, daß es Leukämie ist) in irgendeiner Form durch die Wasserverseuchung hervorgerufen sein könnte, hatte er geantwortet, daß es sein kann, aber er weiß es nicht. „Ich verstehe von diesen Sachen nichts" und weiter „Ich weiß nur, daß in letzter Zeit die Ingwerpflanzen vertrocknet sind und die Korkeichen nicht mehr so viel Kork hergeben."

Ramon Cabezas Guillen ist zwei Jahre alt und gezeichnet von angeborenen Mißbildungen, Fehlen der Hände, Hasenscharte und deformierte Augen. Bis jetzt hat niemand

aufgrund von genauen, wissenschaftlichen Untersuchungen geleugnet, daß das Kind ein Opfer des Atomfriedhofs ist. Die Familie dieses Kindes kam vor 18 Jahren nach Hornachuelos. Sie lebten am Ufer des Flusses Bembezar, nahe am Stausee, worin sich die Nebenflüsse von El Cabril sammeln. Das Wasser, das sie tranken, kam aus diesem Fluß. Die Eltern litten nie unter Erkrankungen und die anderen Kinder haben keine Mißbildungen. Ramon wurde ein Jahr unter Obhut eines Arztes gestellt und wird laufend untersucht. Seine Krankengeschichte ist die gravierendste der ganzen Station und trotzdem wurden den Eltern keine Erklärungen gegeben. Nicht einmal eine Hilfe wegen den außerordentlichen Ausgaben, die von der Familie aufgebracht werden mußten. Ihre Erwerbsquelle bildet lediglich ein sehr kleiner Garten.

Es herrscht absolutes Schweigen über diese Mißbildungen, von denen es nur 3-4 Prozent in der Welt gibt obwohl es in den USA ein kybernetisches Archiv existiert, das man heranziehen könnte, um zu klären, ob diese Mißbildungen durch Mutationen aufgrund von Radioaktivität entstanden sein könnten.

Im AKW Andujer arbeitet bei der JEN der Mechaniker Mena Santiago, 35 Jahre alt. Eine Erkrankung der Bauchspeicheldrüse war der Grund seines Aufenthalts auf der Intensivstation von Jaen. Zwei Tage vor seinem Tod erklärte ihm der Arzt, daß sie ihn in ein normales Zimmer verlegen werden.

In Madrid beginnt man unruhig zu werden wegen der Nachforschungen verschiedener spanischer Zeitungen. Vermutlich ist es so, daß die schnellen Bemühungen um die Witwe von Herrn Mena – sie schrieb einen Brief, in dem sie versichert, daß die Todesursache nicht auf den Einfluß der Radioaktivität zurückzuführen sei – und die Warnungen aus Madrid von dem Direktor der JEN in Andalusien. Ramon Perarnau Perramon eingeleitet wurden, unterstützt durch seinen Subdirektor und seinen Vertrauensmann.

Miguel Rico Fernandez, ebenfalls angestellt bei JEN in Andujar, starb mit 36 Jahren und hinterließ sieben Kinder. Sein Bruder sagte, daß er ein seltsames Verhalten des Arztes bei der JEN beobachtet hatte. Miguel war krank und der Arzt, der wußte, daß er Blutkrebs hatte, hat ihn abwechselnd gesund und dann wieder krank geschrieben. Miguel, der 1970 starb, begann seine Arbeit als Maurer auf der Baustelle der Uranaufbereitungsanlage. Als diese dann in Betrieb genommen worden ist, arbeitete er dort weiter.

Die Gerüchte gehen wie ein Lauffeuer um. Die politischen Parteien und die Ökologiebewegung beginnen mit der Untersuchung der Wasser- und Erdverseuchungen. Anscheinend hat der Zivilgouverneur von Cordoba, über die Anwesenheit der Presse in diesem Gebiet informiert, Auflagen zur Bewachung erteilt und um die Anfertigung eines Dossiers über den Atomfriedhof gebeten. Andererseits versichern verschiedene Stellen, daß die Transporteure, die für die JEN in Penarroya-Pueblonuevo arbeiten, Fahrten zu den verschiedenen AKW's Spaniens unternehmen und auch nach Frankreich und anderen Ländern fahren.

Für die Fahrten kann man zwei Hypthesen aufstellen; entweder nimmt der Atomfriedhof von El Cabril Atommüll aus Europa auf oder aber er lagert angereichertes Uran für den späteren Verbrauch spanischer AKW's.

aus: gekürzter Artikel aus El Pais und Mundo Diario vom 7.3.



Castro: Nein zu den eritreischen "Sezessionisten"

ADDIS ABEBA
April 78 **Aus Liberation:**

Gerade in seiner Funktion als "Führer der Revolution" ist der Colonel Mengistu zu einem offiziellen Staatsbesuch in Havanna empfangen worden. Nach dem gemeinsamen Sieg über die somalische Armee und die Guerilleros der Westsomalischen Befreiungsfront vor zwei Monaten in Ogaden, diskutierten Castro und Mengistu jetzt die nächste Offensive gegen die eritreischen "Rebellen".

Hatten auch die kubanischen Führer zu anderen Zeiten den 'nationalen Befreiungskampf' des eritreischen Volkes gegen das kaiserliche Äthiopien unterstützt, so meinten sie immerhin letzten Winter noch, daß es nicht ihre Aufgabe sei, die Nachfolger des Kaisers Haile Selassies bei der Rückeroberung des fast gänzlich unter der Kontrolle der Befreiungsfronten stehenden Eritreas zu unterstützen. Noch im Februar hatte der kubanische Vizepräsident gegenüber einer amerikanischen Zeitschrift erklärt, daß sich Kuba nicht in das eritreische Problem, als 'interner äthiopischer Angelegenheit' einmischen werde; im Gegensatz zu dem Ogadenkrieg, bei dem sich das 'revolutionäre Äthiopien' einer äußeren Aggression ausgesetzt sehe.

Im Verlauf der letzten Wochen aber bestätigte sich immer mehr, daß die kubanischen Führer diese ursprüngliche Ausgangsposition aufgegeben haben. Aus Asmara verlautete aus eritreischen Quellen, daß kubanische Piloten und 3000 Soldaten in Eritrea mitkämpften.

Offiziell anerkannt ist dieses Eingreifen noch nicht, da es auch im Umkreis des 'sozialistischen Lagers' auf Unverständnis und Mißbilligung trifft. Mehrere fortschrittliche Staaten, die mit der Diplomatie des sozialistischen Lagers verbunden sind, von den Jugoslawen zu den Jemeniten, von den Lybiern zu den Palästinensern, von Guinea Bissao zu Mozambique, haben erklärt, daß mit aller Vordringlichkeit eine friedliche Lösung vor jeder militärischen Aktion gesucht werden müsse, die nach 17 Jahren Guerillakampf nur in einem Ausrottungskrieg enden könne. Noch unlängst hatte George Habasch, der Führer der palästinensischen PFLP, – die auch eine Delegation zum letzten Kongreß der eritreischen PFLP gesandt hatte, – öffentlich erklärt, daß er eine Botschaft an Fidel Castro geschickt hatte mit der Bitte um Vermittlung zwischen Eritrea und Äthiopien. Auch Lybien, das Mengistu 1977 noch Waffen überlassen hatte, hat inzwischen wegen der Unversöhnlichkeit, die die äthiopischen Militärs gegenüber Eritrea zeigen, seine Beziehungen zu Addis Abeba eingefroren.

Da jeder Versuch der Rückeroberung Eritreas ohne den massiven Einsatz der kubanischen Truppen und des sowjetischen Kriegsmaterials von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre, bezweckt Mengistu mit seinem Besuch in Havanna vermutlich, die letzten kubanischen Zweifel auszuräumen, die zu einem guten Teil für die langsame Vorbereitung der militärischen Offensive verantwortlich sind.

Als Fidel Castro vor seinem Gast das Wort ergriff, machte auch er sich die leninistische These zu eigen, die den äthiopischen Militärs als Argument gegen die eritreische Rebellion dient. Er bezeichnete die Guerilleros als "Sezessionisten", bestätigte das Recht Äthiopiens auf seine "absolute territoriale Integrität" und warnte, "daß die kubanischen Kämpfer nicht mit gekreuzten Armen einer äußeren Aggression zusehen würden". Mit keinem einzigen Wort erwähnte er irgendeinen Vermittlungsversuch. Zwar sprach er auch von dem eritreischen Problem als "internem Problem Äthiopiens", was darauf hindeuten könnte, daß sich Kuba vielleicht doch nicht an der Repression gegen die Befreiungsbewegungen beteiligen möchte. Aber insgesamt erschienen die Erklärungen Castros zu ver-

wirrt, als daß man daraus schließen könnte, seine Soldaten würden mit den Bombardierungen eritreischer Dörfer aufhören, die jetzt schon zwei Monate andauern.
Wichtig scheint aber das Treffen des Präsidenten der FLE (eritreische Befreiungsfront) mit sowjetischen Führern kürzlich während einer Geheimreise nach Moskau. Er wird bei diesem Gespräch von dem letzten Treffen der beiden Befreiungsfronten (FLE und FPLE – eritreische Volksbefreiungsfront) am 20. April in Khartoum berichtet haben. Im Verlauf dieses Treffens war das gemeinsame Oberkommando der beiden Fronten auch wirklich gebildet worden, wie es in dem Vereinigungsabkommen vom 20. März vorgesehen war. Dieses ist jetzt als einzige Instanz befähigt, im Namen des gesamten eritreischen Widerstands mit anderen Staaten zu sprechen und es erscheint wenig wahrscheinlich, daß es Moskau oder Havanna noch vor ihrer militärischen Offensive gelingen könnte, die Einheit der Rebellion zu zerbrechen. Wenn sie also ihre Unterstützung für Mengistu weiter aufrecht erhalten wollen, dann müßten sie im Namen ihres Leninismus töten, Napalm werfen und massakrieren, ohne sich hinter der Unterstützung irgendeiner politischen Kraft in Eritrea verschanzen zu können.

AM RIO GRANDE DO SUL:

QUECKSILBER BEDROHT LEBEN VON MENSCH UND TIER

BRASILIEN
18. APRIL

Aus der Libération vom 20., 22. und 23. April:

Am Dienstag, 18. April 78, tagte in der brasilianischen Stadt Santa Vitoria Do Palmar - nahe der Grenze zu Uruguay - ein Krisenstab: Eine ökologische Katastrophe bedroht das Leben von Menschen und Tieren an der Küste des Rio Grande Do Sul. Der Tod tausender von Meeres- und Landtieren und die seit zwei Wochen herrschenden körperlichen Beschwerden der Bevölkerung an der Küste sind wahrscheinlich auf quecksilberartige Elemente zurückzuführen, die in großen Mengen im Meereswasser sind.

Diese Vergiftung zeigt ähnliche Gefahren wie die „Krankheit von Minamata", die vor etwa 10 Jahren in Japan 250 Tote und mehr als tausend Krüppel forderte.

Etwa 24 Tonnen Quecksilberelemente sollen aus dem Schiff „Die Taquari" der Gesellschaft „Lloyd Brasileiro" stammen, das im April 71 in dieser Gegend Schiffbruch erlitt. Darüber hinaus transportierte das Schiff noch andere Fässer mit gefährlichen Stoffen. Einige dieser Produkte sollen in Form von Gas ausgeströmt sein, das Atembeschwerden bei der Bevölkerung an der Küste hervorgerufen haben soll.

Damals behauptete die „Lloyd Brasileiro", sie hätte die Container beseitigt. In Wirklichkeit sind sie im Laufe der Jahre oxidiert und die Chemikalien sollen in den letzten Wochen ins Meer ausgeströmt sein. Das Hauptproblem bleibt aber im Moment die Vergiftung durch Quecksilber, das sich in Nervenzellen festsetzt und zum Tode führt. Die Behörden haben seit Montag, dem 17.4., den Fisch-und Muscheslverkauf in der Gegend des Rio Grande Do Sul verboten, und dies trotz der Empörung der 40.000 Leute, die in der Fischindustrie arbeiten. Obwohl die reale Tragweite dieser Katastrophe noch nicht meßbar ist, wird schon vom „größten ökologischen Desaster" dieses Landes (Rio Grande Do Sul), wenn nicht ganz Brasiliens gesprochen.

MEHR ALS 500 KILOMETER VERSCHMUTZTE KÜSTE

Die geheimnisvolle Verschmutzung an der Küste von Uruguay und Südbrasilien dehnt sich heute über 500 Km aus. In Santa Victoria de Palmar, an der uruguayischen Grenze ist ein Arbeiter plötzlich an einer noch unbestimmten Krankheit gestorben: er arbeitete an einem Deich, wo nach Erkrankung von 120 Arbeitern die Baustelle zugemacht wurde. Meereswasseranalysen an Versuchskaninchen an der Küste ergaben verschiedene Resultate: Einige Forscher haben Spuren von Insektizid gefunden, andere Quecksilber.

Im Moment versuchen die brasilianischen Behörden die Situation zu entdramatisieren, um Panik unter der Bevölkerung zu vermeiden. Der Fischverkauf ist immer noch im ganzen Land Rio Grande Do Sul verboten und diese Maßnahme wird vielleicht auf das Nachbarland Santa Catatina ausgedehnt.

ZUR SITUATION IN DEN SPANISCHEN GEFÄNGNISSEN

PAMPLONA/
GÖTTINGEN
3. Mai

Der folgende Artikel ist eine Zusammenfassung aus persönlichen Gesprächen mit spanischen Anwälten, ehemaligen Gefangenen und Leuten von der Gefangenenorganisation C.O.P.E.L. (Coordinadora de Presos en Lucha – Koordinationsstelle der Gefangenen im Kampf), die von einem Göttinger Genossen über die Situation der Gefangenen in spanischen Gefängnissen, vor allem in Euskadi, geführt wurden sowie aus Flugblättern und Pamphleten.

Seit der „totalen" Amnestie der politischen Gefangenen im vergangenen Jahr hat sich der Kampf der sozialen Gefangenen zugespitzt. Ein kurzer Rückblick:
Zunächst kämpften beide, soziale wie politische Gefangene, gemeinsam für Verbesserungen im Knast unter der politischen Zielsetzung TOTALE AMNESTIE.

Die politischen Gefangenen wurden während des gesamten Kampfes von ihren jeweiligen Parteien und/oder Organisationen unterstützt und fanden vor allem auch eine intensive Unterstützung durch die Bevölkerung (beispielhaft sei hier der gleichzeitige Kampf des baskischen Volkes um Autonomie und totale Amnestie genannt). Während dieser Zeit, vor allem im vergangenen Jahr, wurde von den sozialen Gefangenen die notwendige gemeinsame Vorgehensweise durch Schaffung einer Organisation in den Knästen vorangetrieben.
C.O.P.E.L. nannten sie sich. Ziel war und ist es, den Kampf im Knast auf seine politische Ebene zu bringen und einzubetten in den allgemeinen Kampf in den spanischen Provinzen um 'Demokratie und Sozialismus' (aus der Plattform der C.O.P.E.L.). Forderungen nach besserem Essen und Trinken, ausreichendem Schlaf, uneingeschränktem Besuch, Sportveranstaltungen, freie Unterhaltung mit Verwandten, Freunden und Anwälten in der eigenen Sprache (es ist den Gefangenen verboten, z.B. im Baskenland sich in baskisch zu unterhalten, was für viele Verwandten aus den Bergdörfern, die nur baskisch reden, sich stumm gegenübersitzen bedeutet), keine Verschleppungen in ferne, vom Heimatort weit weggelegene Provinzen, usw. Kurz: alles, was international in der Rechtsprechung unabdingbar jedem Gefangenen zusteht, wurde nachdrücklich aus den Knästen an die Admininistration herangetragen. Der Kampf konzentrierte sich zu jener Zeit vor allem auf die Knäste in Barcelona, Cartagena, Valencia, Carabanchel (Madrid), Bilbao (Euskadi) und Sevilla.

ZUM BESSEREN VERSTÄNDNIS DER HEUTIGEN SITUATION:

Vor der Organisierung in C.O.P.E.L. war in den Knästen das Personal ohne Waffen. Lediglich um die Knäste standen die Bewaffneten der 'Guardia Civil' (das gilt nur für die Knäste, in denen ausschließlich soziale Gefangenen waren). Nach dem Zusammenschluß in C.O.P.E.L. wurden in den Knästen das Personal bewaffnet.
So wurden in Carabanchel Anfang Dez. vergangenen Jahres die Gefangenen mit Bereitschaftspolizei bewußt provoziert und einem Gefangenen öffentlich die Haare abgeschnitten. Im Febr. dieses Jahres reagieren die Gefangenen in verschiedenen Knästen mit Selbstverstümmelung auf die sich zuspitzende Unterdrückung und machen der breiten Öffentlichkeit deutlich, wo der faschistische Machtapparat scheinbar ungehindert weiterbesteht. Dieses Aufbäumen der sozia-

len Gefangenen wird zum Anlaß genommen, die Zusammenpferchung der angeblichen 'Führer' von C.O.P.E.L. um die Jahreswende im KZ – "el dueso" in Santona an der Nordküste durchzuführen. Etwa 350 Gefangene sind seitdem in diesem Knast und erfahren eine unvorstellbare Behandlung, die jeder internationalen Rechtsprechung Hohn spricht: keine Bücher, Zensur der Post, ganz kleine Zellen mit teilweise 5 Mann drin, Isolierzellen von 1m mal 2m, nasser Fußboden, Verhöre mit physischer Folter wie Fußtritten, Ohrfeigen, Haareausreißen usw., 20 – 30 Tage ohne Waschen, Ausgang, Besuch, Kleidungswechsel, Bücher, Radio, Zusammengeschlagenwerden durch Rollkommandos. So war die Antwort drinnen auf den Mord an dem Mitglied ANGEL RUEDA im März in Carabanchel (Barcelona) nicht von der bisherigen Kraft.

Langsam erholt sich der Kampf der C.O.P.E.L. in den Knästen und die Öffentlichkeit sowie die revolutionären Organisationen sind gezwungen, darauf einzugehen. Dies ist vor allem der Asociacion de Familiares y Amigos de Presos y Expresos espanoles (Zusammenschluß der Familienangehörigen und Freunde der spanischen Gefangenen und Exgefangenen) sowie den Comites de Apoyo a C.O.P.E.L. (Komitees zur Unterstützung der C.O.P.E.L.) zu verdanken. Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß die C.O.P.E.L. bisher zumeist auf sich alleine gestellt war und kaum von Parteien, Gewerkschaften und anderen revolutionären Organisationen unterstützt wurde (bis auf die CNT – obwohl da auch mehr sporadische Unterstützung kommt). So ist es nicht verwunderlich, daß der Kampf der sozialen Gefangenen Teil jenes Kampfes, vor allem der "Randgruppen", des "Lumpenproletariats" geworden ist. Die C.O.P.E.L.-Unterstützungsgruppen arbeiten seit einiger Zeit in mehreren Städten mit den homosexuellen Gruppen (Agrupacion Mercurion para la Liberacion Homosexual) sowie der F.H.A.R., Prostituiertengruppen, Schulunterstützungsgruppen (Comision de Educacion Especial), Frauengruppen (Mujeres Libres), Psychiatriegruppen (Colectivo de psiquiatrizados en Lucha), Alkohol- und Drogenrehabilitierungsgruppen, sowie den Familienangehörigen und Anwaltskollektiven zusammen. Zu einer Demonstration im März in Bilbao, zu der Teile dieser Gruppen aufriefen, kamen 4000 Leute. Diese Gruppen haben in einem Land mit über 40 Jahren Faschismus und einer noch immer starken Verbindung mit der Kirche (das Schulwesen ist größtenteils in Privathänden und wird von 'Padres' geleitet) riesige Schwierigkeiten, vor allem auch als "Geächtete" in der Bevölkerung zu überwinden.
Vor wenigen Wochen erhielten die sozialen Gefangenen Unterstützung von einer im Untergrund kämpfenden Gruppe. Die G.R.A.P.O. liquidierte den obersten Repräsentanten der Gefängnisadministration, die ihrer faschistischen Tradition treu geblieben ist. Dieser Mann war direkt verantwortlich für den Tod des gefolterten Angel Rueda.

Der Kampf der C.O.P.E.L. ist heute Teil des Volkskampfes für 'Selbstbestimmung und Sozialismus' in allen spanischen Provinzen. So heben sie immer wieder hervor, daß ihr Kampf als Teil des allgemeinen Kampfes gegen den faschistischen Apparat zu verstehen ist. Entscheidend ist auch die Form des Kampfes, nicht nur sein Inhalt. D.h., der organisatorische Rahmen der verschiedenen revolutionären Gruppen ist integraler Bestandteil ihrer Autonomie und ihrer Zielvorstellung einer freien Gesellschaft.

JETZIGE SITUATION DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN EUSKADI:

Nach der ersten Liberalisierung im vergangenen Jahr, dem Sieg in der Amnestie und der Erreichung der Teilautonomie wird jetzt der Strick wieder enger gezogen. Redakteure und Künstler stehen vor Gericht wegen Majestätsbeleidigung und Verunglimpfung der Streitkräfte (Kriegsgericht) berichtet ein Freund aus Euskadi. So unterliegen die Genossen der bewaffneten Gruppen der allgemeinen Militärgerichtsbarkeit. Zur Zeit sind in baskischen Gefängnissen wieder 35 Genossen von E.T.A. eingekerkert; G.R.A.P.O. waren von der Amnestie im vergangenen Jahr ausgenommen und auch viele von der F.R.A.P. sind im Knast. Vor allem die F.R.A.P. intensiviert die halblegale politische Propagandaarbeit.

F.H.A.R. – Frente Homosexual de Accion revolutionaria
FREIHEIT UND GLÜCK!
Kontaktadresse: Spanien- und Euskadiinformation.
c/o Buchladen Rote Straße , Rote Str.,34 Göttingen



CHEF DER FSLN VERHAFTET

HONDURAS
Mai 1978

Der Chef der "Frente Sandinista de Liberacion Nacional" (FSLN), German Pomares, von Nicaragua wurde in Honduras verhaftet. Das – durch ein Telegramm des Dichters Ernesto Cardenal informierte – "Büro Nicaragua" in Wuppertal schreibt zu dieser Nachricht: "Es besteht die akute Gefahr der Auslieferung an Nicaragua. Das würde nicht nur seinen Tod bedeuten, sondern auch ein schwerer Verlust für den Widerstand gegen das Somoza-Regime sein".

Die FSLN ist eine Guerilla–Organisation in Nicaragua, die wohl als die stärkste Guerilla-Gruppe in Mittelamerika, vielleicht sogar in ganz Lateinamerika bezeichnet werden kann. Sie wurde 1961 nach der kubanischen Revolution gegründet. Eine breite Unterstützung innerhalb der Bevölkerung fand sie allerdings erst seit 1974. In Nicaragua herrscht seit 44 Jahren die Diktatur der Familie Somoza, die die ökonomische und politische Macht innerhalb ihres Clans behält. Sowohl durch wirtschaftliche Schwierigkeiten wie auch politische Isolierung ist die Oppositionsbewegung immer breiter geworden. Auch die Kirche hat sich deutlich gegen das Regime gewandt und die Menschenrechtsverletzungen angeklagt. Der international bekannte Priester und Dichter Ernesto Cardenal hat sich selbst öffentlich für den bewaffneten Kampf gegen die Somoza-Regierung ausgesprochen und die Unterstützung der Frente Sandinista gefordert, der er inzwischen angehört. Er schlägt vor, per Telegramm oder Luftpostbrief den Staatschef von Honduras aufzufordern, Pomares nicht auszuliefern, sondern ihm die Ausreise nach Mexico, Panama oder Venezuela zu gestatten um sein Leben zu retten. Der Text soll an folgende Adresse geschickt werden:

Presidente General Melgar Castro
Tegucigalpa/Honduras, America Central
Weitere Informationen durch:
Büro Nicaragua c/o Angelika Pappe, Ravenburger Str. 149
56 Wuppertal 1

INTERNATIONALE DEMONSTRATION GEGEN ATOMZENTRALE CATTENOM

TRIER 9. Mai *Folgender Bericht kommt von der Initiative gegen Atomenergie Trier:*

„Am 21. und 28.April trafen sich zahlreiche Bürgerinitiativen aus Frankreich, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland um über gemeinsame Schritte gegen den Bau des Atomkraftwerks Cattenom **(das ist in Frankreich im Länderdreieck Luxemburg/Frankreich/BRD)** zu beraten. Nach längerer Diskussion einigte man sich darauf, am **4.Juni 78** eine internationale Demonstration durchzuführen. Die Demonstration soll um 15.00 Uhr (14.00 Uhr deutsche Zeit) in Cattenom beginnen und zum Bauplatz ca. 2-3 km von Cattenom entfernt führen.

Die Bedeutung der Demonstration liegt darin, der Bevölkerung von Cattenom Mut zu machen, den Kampf gegen den Bau des Atomreaktors verstärkt fortzusetzen. Zudem soll ein Zeichen der internationalen Solidarität sein. Wir betonen, daß wir keine gewaltsame Konfrontation wollen. Unser Recht dort zu demonstrieren wo wir es für richtig und nötig halten, lassen wir uns nicht nehmen.

Die anwesenden deutschen Atomkraftgegner kamen vorerst überein, zwei Sammelpunkte einzurichten, von denen aus gemeinsam zur Demonstration gefahren wird. Je einer in Trier und Saarbrücken. Beide Züge treffen sich vor der französischen Grenze in Perl. Ein zusätzlicher Sammelpunkt wird in Luxemburg Stadt sein. Wir fordern alle Atomkraftgegner aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland und den umliegenden Gebieten auf, sich an dieser Demonstration zu beteiligen und Vorbereitungen zu treffen.

EINIGE INFORMATIONEN ÜBER DAS PROJEKT CATTENOM:

Cattenom liegt im französisch, luxemburgisch,deutschem Grenzgebiet in Frankreich an der Obermosel. Trier ist ca. 50 km, Luxemburg-Stadt 25 km und Saarbrücken 55 km Luftlinie entfernt.

Der Bau hat Anfang April mit großer Intensivität begonnen. Die Cattenomer Bürgerinitiative zählte den Einsatz von über 60 Lastwagen täglich. Bis 1980 soll die 1.Ausbaustufe, für die in Frankreich keine/, atomrechtliche Genehmigung notwendig ist, fertiggestellt sein. Bis eine Genehmigung für die 2. Ausbaustufe erforderlich ist, sind also schon Millionen verbaut. Noch vor 1985 soll der Atomreaktor in Betrieb genommen werden. In der Endausbaustufe sind 2 Reaktoren à 900 Megawatt (MW) und 2 Reaktoren à 1.250 MW Leistung vorgesehen. Damit ist dies nach heutigen Plänen die größte Atomkraftwerkanlage der Welt. Um die gigantischen Anlagen zu kühlen, müssen extra Staubecken gebaut werden, um in Hitzeperioden zusätzliches Wasser in die Mosel zu leiten.

Eine Besonderheit liegt darin, daß keine 15 km Flußabwärts, im Luxemburgischen Remerschen ein weiteres Atomkraftwerk mit einer Leistung von 2 Reaktoren à 1.200 MW geplant ist. Ein Teil des Baugeländes befindet sich schon in Händen der Betreiberfirma. Es ist ein gemeinsames Projekt der luxemburgischen Regierung mit dem RWE. Der Bau ist bisher nur durch einen Moratoriumsbeschluß der Luxemburgischen Regierung bis zum Sommer 1979 aufgehalten worden. Werden beide Porjekte verwirklicht, haben wir im französisch, luxemburgisch, deutschen Obermoselgebiet die stärkste Konzentration von Atomkraftwerken auf der Welt.

ZWEI BROSCHÜREN ÜBER NICARAGUA

ENDET DAS SCHWEIGEN
45 Jahre Diktatur in Nicaragua

Unter diesem Namen erschien in diesem Monat eine 60-seitige Broschüre (DIN A5) über Nicaragua, herausgegeben vom "Büro Nicaragua" in Wuppertal.
Das Büro Nicaragua, das seit Ende 1977 besteht und in enger Zusammenarbeit mit dem international bekannten Priester und Dichter Ernesto Cardenal über die Situation in Nicaragua informieren will, stellt eine Broschüre vor, in der über die Geschichte Nicaraguas, über bestehende Oppositionsbewegungen berichtet wird. Außerdem Gedichte, Poesie von Cardenal, Reiseberichte; eine Auseinader

Cardenal, Reiseberichte; *eine Auseinandersetzung mit der deutschen Entwicklungshilfe spez. für Nicaragua. Diese politisch nicht plakative, gut zu lesende und informative Broschüre ist zu beziehen für DM 2,50 über:*
Büro Nicaragua
c/o Angelika Pappe
Ravensberger Straße 149, 56 Wuppertal 1
Bankv. Bank f. Gemeinwirtsch., Essen, Nr. 101 451 8500

Eine weitere Broschüre über Nicaragua ist von zwei Bremer Frauen, die 1977 einige Monate in Nicaragua waren, zusammengestellt worden. Sie enthält Erklärungen der sandinistischen Befreiungsbewegung, einiges über die Geschichte Nicaraguas und Berichte über die aktuelle Situation der Widerstandsbewegungen dort.

Für 3 Mark ist die Broschüre erhältlich. Die Differenz zwischen Druckkosten und Verkaufserlös wird der Widerstandsbewegung in Nicaragua zukommen. Zusätzliche Spenden werden erbeten von jedem, der sich betroffen fühlt und Geld entbehren kann.

Spendenkonto Nicaragua 111 50 125, Sparkasse in Bremen, Gabi Schmitz/Petra Ebeling

KOORDINATIONSTREFFEN DER RUSSELL–INITIATIVEN

MARBURG
12. Mai *Von der Russell-Initiative Marburg:*
Für Ende Juni ist ein Treffen aller Russell-Unterstützungsgruppen (voraussichtlich am 24. – 25.6. in Frankfurt) geplant. Wir schlagen folgende Themen zur Diskussion vor:

1. Einschätzung der Vorbereitungszeit, des Ergebnisses und des Verlaufs der ersten Sitzungsperiode
2. Erfahrungsaustausch über Entwicklung Stand und Schwierigkeiten der Unterstützungsgruppen
3. Koordinierung und Planung der weiteren Arbeit bis zur zweiten Sitzungsperiode
4. Diskussion über Perspektiven von Repressionsarbeit über die zweite Sitzungsperiode hinaus.

Ein Vorbereitungstreffen wird am Samstag, den 3. 6.78 ab 10 Uhr in Marburg stattfinden. Alle Russell-Initiativen sind aufgerufen sich daran zu beteiligen, vor allem aber ihre Vorstellungen – möglichst schriftlich – einzubringen.

Kontaktadresse: Russell-Initiative Marburg, c/o Buchladen Roter Stern, Am Grün 28, 355 Marburg/Lahn

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos **bezahlt bis ID Nr.**

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressenaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld überweisen – sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr und STELLEN DIE LIEFERUNG EIN.

Posteinlieferung von ID 228: Freitag,5.5.,21.Uhr

